

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

B 47/68

23. November 1968

Günter Bartsch
Revolution
und Gegenrevolution
in Osteuropa seit 1948 (II)

Günter Bartsch, freier Journalist, geb. 13. 2. 1927 in Neumarkt/Schlesien. Von 1948 bis 1953 in leitenden Positionen der kommunistischen Jugendbewegung. Bruch mit dem Kommunismus nach dem 17. Juni 1953.

Veröffentlichungen u. a.: Kommunismus, Sozialismus und Karl Marx, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Heft 72, Bonn 1968².

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,29 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Revolution und Gegenrevolution in Osteuropa seit 1948

Die neue Opposition in der SED

Auch in Ost-Berlin und Mitteldeutschland gärte es. Auf einem Ost-Berliner Jugendforum wurde im Frühjahr 1956 die Verhaftung stalinistischer SED-Minister verlangt¹²⁵). An anderen Orten kam es ebenfalls zu turbulenten Szenen. Leipziger Studenten piffen Ulbricht aus. Er war jedoch geschickter als Rakosi in Ungarn. Hatte er Stalin noch im Grußtelegramm der SED an den XX. Parteitag der KPdSU in einem Zuge mit Marx, Engels und Lenin genannt, so genügten ihm zwei Wochen, um sich weitgehender als die meisten Führer der anderen kommunistischen Staaten von ihm zu distanzieren. Ulbricht sah sich daher plötzlich in der SED einer prostalinistischen Opposition gegenüber, die ihn falsch verstand, weil die Distanzierung von Stalin nur dem Zweck diene, eine ernsthafte Entstalinisierung in Mitteldeutschland zu verhindern. Auf Grund dieses Widerspruchs zeichneten sich deshalb andererseits Gruppen in der SED ab, die erbittert gegen Ulbrichts Behauptung rebellierten, in Mitteldeutschland sei man stets andere Wege als in Rußland gegangen, so daß eine Entstalinisierung unnötig wäre. Die profilierteste dieser Gruppen war der Kreis um Wolfgang Harich.

Nach einer kleinen Schrift von Manfred Hertwig, der dem Harich-Kreis angehörte, ist dieser im Unterschied etwa zu der Gruppe um Herrstadt keine Minderheits-, sondern „eine Mehrheitsopposition“¹²⁶) gewesen. Damit wollte Hertwig nicht sagen, daß der Harich-Kreis die Mehrheit der SED oder gar der Bevölkerung hinter sich hatte, sondern er stellte einer Minderheitsopposition von oben eine Mehrheitsopposition von unten gegenüber: „Wir waren keine Opposition innerhalb des Apparats, sondern eine Opposition gegen den Apparat, die ihre Kraft aus der überall elementar hervorbrechenden Unzufrie-

denheit der Parteimitglieder und der nicht parteigebundenen Bevölkerung zog.“¹²⁷) Nun scheint zwar auch Herrstadt keineswegs nur einem Blinkzeichen aus dem Fenster des sowjetischen Innenministeriums — das heißt von *Berija* — gefolgt zu sein; seine Opposition reflektierte ebenfalls eine gewisse Unzufriedenheit in der Parteimitgliedschaft. Gleichwohl sollte Hertwigs Unterscheidung berücksichtigt werden, weil sie auf einen neuen Charakterzug der SED-Opposition nach dem XX. Parteitag der KPdSU aufmerksam macht.

Neu war auch die Situation, in der sich diese Opposition zurechtfinden mußte. Solange Stalin noch auf seinem Sockel stand, hatte sich Ulbricht auf Moskau berufen. Das war nach dem XX. Parteitag kaum noch möglich, da die Linien des Sowjetkommunismus und der SED nun offen auseinandergingen. Ulbricht unterdrückte und zensierte Chruschtschowreden. Dies ist die Erklärung für den zunächst befremdenden Schritt, daß Harich beim sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin um Unterstützung für seine Reformpläne warb.

Der Harich-Kreis hat sich als eine Art deutscher Petöfi-Klub verstanden. Im Herbst 1956 führt er wöchentliche Diskussionsabende durch. In der Regel beteiligten sich allerdings nur 20 bis 30 Personen. Der Durchbruch in die Öffentlichkeit ist nicht gelungen, und zwar ungeachtet dessen, daß die osteuropäische Revolution im Oktober 1956 auch innerhalb der DDR einem neuen Ausbruch zutrieb. Die Unruhezentren lagen jetzt aber nicht mehr in den Betrieben, sondern in den Hochschulen und Universitäten, wo sich teils unter den Studenten, teils unter dem Lehrpersonal zahlreiche Oppositionsgruppen herauskristallisierten, die Programme für eine Änderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse entwarfen. Später hieß es in einem Artikel des Zentralorgans der SED, daß es damals Dutzende solcher Programme gegeben habe. Der Harich-Kreis ist gewissermaßen das Konzentrat und Sprachrohr all dieser unabhängig voneinander entstehenden und tätigen Gruppen gewesen.

¹²⁵) Die Welt vom 28. 4. und 18. 5. 1956.

¹²⁶) Hertwig, Die Wahrheit über Wolfgang Harich und seine Freunde, S. 1.

¹²⁷) Ebenda.

Er hätte durchaus eine ähnliche Rolle wie der ungarische Petöfi-Klub spielen können. Nach dem Bericht eines ehemals führenden Mitarbeiters der Plankommission drohte am 24. Oktober 1956 „ein neuer Aufstand auszubrechen“¹²⁸⁾. Die Studenten der Humboldt-Universität wollten zu einer Protestkundgebung gegen Ulbrichts Politik aufmarschieren, aber Ulbricht ließ sie zwei Tage und zwei Nächte in der Universität einsperren.

Drei Tage vor dem 24. Oktober hatte sich der Führungswechsel in Polen vollzogen. Am Tage davor war die ungarische Revolution ausgebrochen. Die Zusammenhänge sind unübersehbar.

Auch im Harich-Kreis verschmolzen Einflüsse aus Polen und Ungarn. Man sah ferner nach Jugoslawien und China. Praktisch sollte jedoch nur die Institution der jugoslawischen Arbeiterräte übernommen werden. Der programmatische Kern des Harich-Kreises war die Konzeption eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus — wobei man die Nachkriegsthese von Anton Ackermann wieder aufgriff — unter Berücksichtigung aller Erfahrungen beim Beschreiten neuer Wege zum Kommunismus, die in Jugoslawien, Polen, Ungarn und China bereits gesammelt worden waren. Die Normentreiberei in den Betrieben sollte ebenso wie die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft beendet werden. Man verlangte die Auflösung des Staatssicherheitsdienstes und der Geheimjustiz. Bezeichnend war auch die Forderung nach Gleichberechtigung und Unabhängigkeit der DDR im kommunistischen Lager. Unter den neuen Gesichtspunkten stachen Gewinnbeteiligung für die Arbeiter, Autonomie für die Universitäten und Wiederherstellung der Souveränität des Parlaments hervor. Der Harich-Kreis sprengte auch insofern den Rahmen der vorangegangenen SED-Opposition, als er die Re-Integration der Ideen Trotzki's und Bucharin's in den Marxismus-Leninismus empfahl, Beziehungen zur Sozialdemokratie aufnahm sowie verschiedene seiner Ansichten in westdeutschen Zeitungen und Zeitschriften publizierte. Der sowjetische Sozialismus, sagte Harich, könne nicht mehr als Vorbild angesehen werden und sei selbst in Rußland überholt. Am 29. November 1956 wurde er verhaftet. Fünf Mitglieder seines Kreises folgten ihm ins Zuchthaus.

Ein anderes Zentrum der Opposition bildete sich 1956 um Ernst Bloch, der seit 1949 den

¹²⁸⁾ Schenk, Im Vorzimmer der Diktatur, S. 304.

philosophischen Lehrstuhl an der Universität Leipzig innehatte. Es war vor allem seine Idee des menschlichen Sozialismus, die viele Studenten und Dozenten faszinierte. Bloch hatte sie auf einer Konferenz kommunistischer Philosophen Europas, die kurz nach dem XX. Parteitag in Ost-Berlin stattfand, wie folgt charakterisiert: „Die Praxis der Wahrheit ist der Sozialismus der Freiheit, die Theorie der Freiheit ist der Marxismus der Wahrheit“¹²⁹⁾. Damit waren Freiheit und Wahrheit nicht nur als untrennbar zusammengehörig und einander bedingend, sondern auch als Kriterien der kommunistischen Politik bezeichnet. Die Konzeption des menschlichen Sozialismus entstand als Antithese zum Stalinismus als einer unmenschlichen Form der Politik. Sie drückte jedoch auch die Hoffnung aus, daß der Kommunismus von innen her reformiert und auf das Marx'sche Grundanliegen einer klassenlosen Gesellschaft zurückgeführt werden könne, wenn man nur genügend aktiv sei. Das Wiederaufstrahlen der Marx'schen Utopie verknüpfte sich also bei Bloch mit einem Appell zum politischen Handeln, dem eine Anzahl seiner Schüler unverzüglich folgte. Sie verlangten beispielsweise in einer Versammlung der SED-Organisation des Leipziger philosophischen Instituts die Absetzung Ulbrichts¹³⁰⁾. Außerdem betrieben sie eine untergründige Arbeit zur Sammlung aller unzufriedenen und antistalinistisch eingestellten Kommunisten. Gerhard Zwerenz, einer der bekanntesten Bloch-Schüler, hat im Rückblick geschrieben: „Was mich erstaunte, war die große Zahl von — meist jüngeren, aber auch vielen älteren — Parteimitgliedern, die auf ein ähnliches Ziel zusteuernten, wobei unserer Tätigkeit fast ein halbes Jahr lang von der Parteibürokratie kein Widerstand geboten wurde.“¹³¹⁾. Ein anderer Schüler Ernst Blochs verfaßte ein Gedicht zu Ehren der ungarischen Revolution und einen Essay, in dem er Imre Nagy als Verfechter eines menschlichen Sozialismus begrüßte. Er wurde wenig später verhaftet. Zwerenz entging der Festnahme durch Flucht. Mehrere Assistenten verloren ihre Stellung. Über Bloch wurde ein Vorlesungsverbot verhängt. Schließlich untersagte man ihm auch das Betreten des philosophischen Instituts. Doch die Idee des menschlichen Sozialismus konnte weder ver-

¹²⁹⁾ Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus, Ost-Berlin 1956, Band 1, S. 32.

¹³⁰⁾ Zwerenz, in: Das Ende einer Utopie, Freiburg 1963, S. 183.

¹³¹⁾ Ebenda, S. 184/85.

haftet noch verboten werden. Obwohl sie in allen kommunistischen Ländern Europas nahezu gleichzeitig zu keimen begann, ist ihre theoretische Formulierung in der DDR erfolgt.

Eine dritte Oppositionsgruppe setzte sich hauptsächlich aus Wirtschaftswissenschaftlern zusammen. Chruschtschow hatte sich auf dem XX. Parteitag der KPdSU über die Verbreitung bürokratischer Methoden in der Wirtschaftsführung beklagt. Mit diesem Problem befaßte sich in der SED besonders Prof. Fritz Behrens, damals Leiter des Staatlichen Zentralamts für Statistik. Auch von seinem Mitarbeiter Benary lag im Juni 1956 das Manuskript einer neuen Wirtschaftskonzeption vor, die eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter in den Betrieben empfahl. Man wußte, daß die beiden Männer über beträchtlichen Anhang verfügten. Als die Auflage der Zeitschrift mit ihren Arbeiten beschlagnahmt und eingestampft wurde, erhob sich ein derart vielstimmiger Protest, daß sie neu gedruckt werden mußte. Erstmals wurde Ulbricht im Zentralkomitee der SED überstimmt. Behrens und Benary vertraten die Ansicht, daß eine Zentralverwaltungswirtschaft der notwendigen Masseninitiative als Haupttriebkraft kommunistischer Entwicklung widerspricht. Deshalb schlugen sie vor, als Gegengewicht zur zentralen Planung eine Selbstverwaltung der Wirtschaft einzurichten. Der Abbau des Bürokratismus erfordere auch einen Abbau des Staates. Gewisse Anleihen aus Jugoslawien waren unverkennbar. Zweifelsohne wirkte auch die in Polen nach dem XX. Parteitag aufgeflammete Diskussion über ein neues Wirtschaftsmodell auf diese Oppositionsgruppe ein, deren Ideen den Liberman-Reformen weit vorausschossen. Behrens, der durch eine bemerkenswerte Theorie der Bürokratie Aufsehen erregte, griff den Stalinismus als eine neue Form des Preußentums an: „Die Auffassung, daß der Staat alles könne und daß jede, auch die privateste Angelegenheit staatlich geleitet oder kontrolliert werden müsse, ist nicht sozialistisch, sondern ‚preußisch‘, das heißt junkerlich-monopolistisch. Sozialistisch, das heißt marxistisch-leninistisch, ist die Auffassung vom Absterben des Staates in dem Maße, wie die sozialistischen Produktionsverhältnisse sich festigen und die kapitalistische Bedrohung unwirksam wird. Das aber bedeutet, daß die Selbstverwaltung der Massen im staatlichen Leben in der Selbstverwaltung der Wirtschaft ihre Ergänzung finden muß.“¹³²⁾ Damit waren die Ansichten des Behrens-Kreises in wenigen Sätzen konzentriert.

¹³²⁾ Wirtschaftswissenschaft, Mai 1957, S. 135.

INHALT

der Ausgabe B 46

1. Zu den Begriffen

2. Der Charakter des Stalinismus

Industrialisierungsmethode
Entstehung einer neuen Bürokratie
Herausbildung eines privilegierten Systems
Anwendung des Terrors als Methode
Vorherrschaft der großrussischen Fraktion
Primat des sowjetischen Staatsinteresses

3. Hat es eine Sowjetisierung gegeben?

4. Triebkräfte der osteuropäischen Revolution

Die drei Achillesfernen
Die fünf Stützen
Die Verwandlung
Zwischen Nation und UdSSR

5. Auftakt und erste Phase: 1948—1952

Warum gerade Belgrad?
Titos Kritik an der Sowjetunion
Vom Partikularismus zum
Nationalkommunismus
Das zweifache Echo

6. Die zweite Phase: 1953—1955

Jugoslawien
Tschechoslowakei
Der 17. Juni
Sowjetunion
Ungarn
Polen

7. Die dritte Phase: das Jahr 1956

Der XX. Parteitag der KPdSU
Moskau an der Kette der osteuropäischen Revolution
Der polnische Oktober
Die ungarische Revolution

Inhalt dieser Ausgabe

Die neue Opposition in der SED
Rumänische Revolten
Auch Bulgarien zitterte
Die neue Unruhe in der Tschechoslowakei
Albanische Kommentare
Übersprung auf Asien
Ausläufer im Westkommunismus

8. Die vierte Phase: 1957—1959

Chruschtschow zwischen Molotow und Dudinzew
Die dritte Kommunismusform (China)
Gomulka oder Kolakowski?
Unter den Trümmern der Revolution
Die „neue Klasse“ und das Laibacher Programm
Ulbricht restabliert seine Macht
Andere Länder (Bulgarien, Tschechoslowakei, Rumänien)
Der Westkommunismus

Schließlich bildete sich eine vierte Oppositionsgruppe im Zentralkomitee und Politbüro der SED. Sie wurde angeführt von Ulbrichts Stellvertreter Schirdewan, dem sich der Chefideologe Oelßner, Staatssicherheitsminister Wollweber sowie die beiden höchsten Parteitechnokraten — Selbmann und Ziller — anschlossen. Alle fünf traten erst nach dem XX. Parteitag zu Ulbricht in offene Opposition. Sie strebten eine Lockerung des Regimes, die Ablösung des Parteichefs, eine Vereinfachung der Verwaltung, einen unbürokratischeren Arbeitsstil der Partei, die Auflösung unrentabler Kolchosen, eine stärkere Förderung der Konsumindustrie sowie die nationale Wiedervereinigung durch Kompromisse beider Seiten an. Schirdewan behauptete später, während des XX. Parteitags mit Chruschtschow unter vier Augen gesprochen zu haben und von ihm in seiner Opposition gegen Ulbricht unter der Bedingung bestärkt worden zu sein, daß der Führungswechsel glatt verlaufe. Für Heinz Brandt steht außer Zweifel, daß Chruschtschow „damit einverstanden war, ja erstrebte, daß Karl Schirdewan zum Ersten Sekretär der SED aufrücke und ein neues Politbüro etabliere“¹³³⁾. Die neue Opposition im Zentralkomitee setzte sich schon unmittelbar nach dem sowjetischen Parteikongreß für eine begrenzte Entstalinisierung der DDR ein. Zum entscheidenden Konflikt mit Ulbricht kam es aber erst im November 1956, als Schirdewan seine Konzeption in einen „Bericht des Politbüros“ an die 29. Tagung des Zentralkomitees der SED eingebaut hatte.

Das Jahr 1956 brachte also in Mitteldeutschland eine bis dahin unbekannte Ausbreitung und Verzweigung der innerparteilichen SED-Opposition, die jedoch so zersplittert war, daß sie außer einer Schärfung des politischen Bewußtseins kaum etwas zu erreichen vermochte. Weitgehend von der Bevölkerung isoliert, zehrte sie mehr vom Prozeß der osteuropäischen Revolution in Rußland, Jugoslawien, Polen und Ungarn als von den eigenen Kräften, produzierte aber Ideen, die zukunftssträftig waren. Ihre außerparteiliche Hauptbasis stellen nun die Universitäten und Hochschulen dar. Infolge seiner zahlreichen Verbindungen zu diesen Institutionen ist der Harich-Kreis für Ulbricht eigentlich gefährlicher als Schirdewans Fraktion gewesen.

¹³³⁾ H. Brandt, Ein Traum, der nicht entführbar ist, München 1967, S. 328.

Rumänische Revolten

In Rumänien spitzte sich die Situation im Oktober 1956 ebenfalls zu. Es soll Unruhen unter den Arbeitern und den Bauern gegeben haben. In vier Städten — Bukarest, Jassy, Klausenburg und Temeswar — kam es am 27. Oktober 1956 zu Studenten- und Jugenddemonstrationen¹³⁴⁾. Es ist nicht bekannt, ob sie auf den Straßen oder nur in den Universitäten stattfanden.

Die umfassendste Revolte gab es unter der ungarischen Minderheit, die nach der Volkszählung vom 21. Februar 1956 mehr als anderthalb Millionen Menschen umfaßte. Im nördlichen Teil Siebenbürgens, der nach dem Zweiten Weltkrieg von Ungarn an Rumänien zurückgegeben werden mußte, zeugten Versammlungen und Demonstrationen — in Timisoara, Tirgu-Mures und Cluj — für eine tiefe politische Gärung¹³⁵⁾, die auch die Kommunisten unter der ungarischen Minderheit ergriff. Noch nach dem 4. November, als die ungarische Revolution militärisch niedergeschlagen wurde, sollen sich „zum Teil hochgestellte Parteiintellektuelle der magyarisch-szeklerischen Volksgruppe zugunsten des Kabinetts Imre Nagy, sogar zugunsten der Wiedervereinigung Siebenbürgens mit Ungarn“¹³⁶⁾ eingesetzt haben. Die Folgen waren Säuberungen, Verhaftungen und die „Reorganisation“ des autonomen Gebiets der Ungarn.

Es gab sogar Gerüchte — deren Wahrheitsgehalt nicht zu ermitteln war — über die Entwaffnung der rumänischen Armee durch sowjetische Truppen im Herbst 1956, damit sie den ungarischen Revolutionären nicht zu Hilfe eilen könne. Indes ist von aufrührerischen Stimmungen in solchen Einheiten der rumänischen Armee berichtet worden, die sich ganz oder teilweise aus Angehörigen der ungarischen Minderheit zusammensetzten¹³⁷⁾. Vermutlich sind diese Einheiten entwaffnet worden.

Auch Bulgarien zitterte

Im April 1956, zwei Monate nach dem XX. Parteitag der KPdSU, wurde der Stalinist *Tscherwenkoff* als Ministerpräsident abgelöst. Die

¹³⁴⁾ Ließ, Rumänien zwischen Ost und West, Hannover 1965, S. 50.

¹³⁵⁾ Schöpflin, Die Lage der Minderheiten in Osteuropa, in: Osteuropa, Heft 2/3 1966, S. 136.

¹³⁶⁾ Ließ, Rumänien zwischen Ost und West, S. 40.
¹³⁷⁾ The Review, Brüssel, Nr. 2/63.

bulgarischen Reformkräfte faßten das als eine Ermutigung auf. Doch in Sofia hatte sich vorerst nur ein Personenwechsel vollzogen — das stalinistische System war geblieben. Ein Oppositionskreis an der Universität, dessen führender Kopf Professor *Walkoff* war, erlitt ein tragisches Schicksal: vier Beteiligte wurden erschossen¹³⁸⁾.

Die bulgarischen Studenten verlangten die Abschaffung des marxistisch-leninistischen Pflichtstudiums. Man ging gegen ihre „Rädelsführer“ mit Verhaftungen vor.

Bei Warna an der Schwarzmeerküste wurde ein Zwangsarbeitslager gestürmt. Daraufhin setzte man Truppen ein¹³⁹⁾.

Neue Unruhen in der Tschechoslowakei

Die Tschechoslowakei hatte mit ihren Unruhen in Pilsen vom 1. Juni 1953 das Signal für die zweite Etappe der osteuropäischen Revolution gegeben. 1956 regte sich hier besonders die Jugend, und es war gerade die kommunistische Jugend, von der die neuen Unruhen ausgingen.

Am Prager pädagogischen Institut faßte die Vollversammlung der kommunistischen Jugendorganisation nach erregten Debatten eine Entschliebung, in der die Presse wegen nicht-objektiver und tendenziöser Berichterstattung über den Westen kritisiert wurde. Die Störung ausländischer Sender, so wurde verlangt, müsse eingestellt werden. Die Einfuhr westlicher Zeitungen und Zeitschriften sei zu fördern, damit sich jeder Bürger der Tschechoslowakei ein selbständiges Urteil bilden könne. Im übrigen dürfe man Fehler und Mißstände der kommunistischen Staaten nicht länger vertuschen. In der Resolution hieß es: „... kritiklos übernehmen wir alles, was es in der Sowjetunion gibt... Wir führen gewaltsam in das Leben unserer Nation Traditionen ein, die allein für die Sowjetunion typisch sind“¹⁴⁰⁾. Die Forderung nach Informationsfreiheit hatte also einen nationalkommunistischen Klang.

Die rebellischen Jungkommunisten verlangten auch harte Bestrafung aller Verantwortlichen für unrechtmäßige Gerichtsurteile. Da in der Vergangenheit oft die Gesetzlichkeit verletzt worden sei, müßten alle politischen Prozesse wiederaufgenommen werden. So wurde die Revision des Slansky-Prozesses aktuell¹⁴¹⁾.

Die Resolution der kommunistischen Studenten des Pädagogischen Instituts der Prager Universität war kein Einzelfall. Im April und Mai 1956 fanden an fast allen Hochschulen und Universitäten der Tschechoslowakei erregte Versammlungen statt, die ähnliche Entschliebungen faßten. Der Zusammenhang dieser Versammlungswelle mit dem XX. Parteitag war sehr deutlich. Sie wurde aber auch vom II. Kongreß der tschechoslowakischen Schriftsteller inspiriert. Die Schriftsteller hatten schon 1955 die Freiheit des künstlerischen Gestaltens verlangt. Daraufhin war ihnen geantwortet worden, daß die Kommunistische Partei Freiheit der Kunst nicht gestatten könne, weil sie sonst zum Aufbau des Sozialismus außerstande sei. Eine solche Selbstenthüllung des Stalinismus als kunst- und freiheitsfeindliches System war beispellos. Auf dem II. Schriftstellerkongreß im April 1956 tat sich dementsprechend eine leidenschaftliche Erbitterung kund. Der Dramatiker *Vasek Kana* wies auf „Repressalien gegen ehrliche Menschen“ und auf das Diktat „unsinniger Normen“ in den Betrieben hin. Er sprach von „Organisatoren, die das Leben so organisiert haben, daß es sich nicht mehr leben lieB“¹⁴²⁾.

Unter den tschechischen Kommunisten regte sich eine aktivistische Strömung. Nicht weniger als 253 Parteiorganisationen, insbesondere Prags, haben 1956 die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags gefordert¹⁴³⁾.

Die slowakischen Antistalinisten waren besonders aktiv. *Miroslav Hysko*, Direktor des zeitungswissenschaftlichen Instituts der Universität Bratislava, sprach später von massenweise verbreiteten Broschüren.

Albaniens Kommentare

Der XX. Parteitag hatte auch in Albanien sein Echo, das jedoch sehr schnell wieder verklang. In Albanien wurde ebenfalls das Prinzip der kollektiven Führung beschworen. Es hieß jedoch, der Personenkult sei bereits 1954 durch die Trennung der Ämter von Partei- und Staatschef abgeschafft worden.

Hodscha verweigerte die Rehabilitierung des ehemaligen Innenministers *Dzodse*, den er 1949 unter der Anklage des Titoismus erschossen ließ und dem drei Mitglieder des Zentral-

¹³⁸⁾ Kersten, Aufstand der Intellektuellen, S. 217.

¹³⁹⁾ Ebenda.

¹⁴⁰⁾ Ebenda, S. 122.

¹⁴¹⁾ Ebenda, S. 118.

¹⁴²⁾ Geist und Tat, Heft 3/66.

¹⁴³⁾ Vorwärts vom 25. 3. 1964.

komitees ins Grab gefolgt waren. Er rehabilitierte nur das durch Dzodse angeblich in den Selbstmord getriebene Politbüromitglied Spiro. So brachte die albanische Parteiführung ihre Abneigung gegen die sowjetische Wiederannäherung an Belgrad zum Ausdruck, die sie als unverzeihlichen Fehler empfand.

Es fanden sogar zwei neue Säuberungen stalinistischen Typs statt. Der ersten fielen die stellvertretende Ministerpräsidentin *Jakova* und der Kultusminister *Spahiu* zum Opfer, der zweiten der frühere Partisanengeneral *Narel* und das Gründungsmitglied der Partei *Liri Gega*. Damit war, wie in der Sowjetunion, auch in Albanien nahezu die gesamte alte Garde vernichtet. Doch die letzten Säuberungen fielen in dasselbe Jahr, in dem man in der UdSSR bereits mit der Rehabilitierung eines Teils der alten Garde begann. Was noch wenige Jahre vorher in Moskau begrüßt worden wäre, wurde nun dort verdammt. Offiziell schwieg der Kreml jedoch, denn man wußte sehr wohl, daß die Triebfeder des albanischen Handelns im Haß gegen Jugoslawien lag.

Albanien hatte von vornherein eine Sonderstellung unter den kommunistischen Ländern Osteuropas eingenommen. Sie wurde dadurch augenscheinlich, daß die Kommunistische Partei Albaniens als einzige dieses Bereichs nicht im Kominform vertreten war, und das nicht etwa, weil sie zu klein gewesen wäre, um der Ehre einer Mitgliedschaft würdig zu sein, sondern deshalb, weil sie in Moskau lange Zeit als Außenstelle des jugoslawischen Kommunismus galt. Stalin stimmte, wie wir von Djilas wissen, der Einverleibung Albaniens in den jugoslawischen Staatsverband zu. Allerdings nur solange, wie er sich der Ergebnislosigkeit Titos sicher wähnte. Als das nicht mehr der Fall war, trat er als Verteidiger der albanischen Unabhängigkeit gegenüber Belgrad auf.

Die Eigenart der albanischen Situation bestand also bis 1948 darin, daß es kein Satellit der Sowjetunion, sondern Jugoslawiens war. Jugoslawische Vertreter nahmen als „Beobachter“ an allen Konferenzen der Kommunistischen Partei Albaniens teil und gaben Instruktionen. Eine gemischte Aktiengesellschaft, ganz nach dem Muster der sowjetischen, beutete Albanien aus. Schließlich wurden sogar jugoslawische Truppen auf albanisches Territorium verlegt.

Den Kominform-Beschluß über den Ausschluß der Kommunistischen Partei Jugoslawiens empfand Hodscha deshalb zurecht als einen Akt der Befreiung des eigenen Landes und der eigenen

Partei vom jugoslawischen Joch. Tirana streifte seine Satellitenfesseln mit Hilfe Moskaus ab. Das war nirgendwo anders der Fall und erklärt zu einem Teil die albanische Treue gegenüber dem Andenken Stalins. Die Wiederannäherung Moskaus an Belgrad mußte in Tirana auf Widerstand stoßen, denn sie konnte erneut die Gefahr, durch Jugoslawien aufgesaugt zu werden, für Albanien akut werden lassen. Wie übertrieben diese Befürchtung auch sein mag, wir müssen sie verstehen, um die objektive und historisch begründete Komponente der albanischen Haltung würdigen zu können.

Übersprung auf Asien

Nun sprang die osteuropäische Revolution auch auf Asien über. Ihre Ausläufer in diesem Kontinent erfaßten 1956 zwei von drei kommunistischen Staaten. Nur Nordkorea scheint verschont geblieben zu sein; dessen sind wir jedoch nicht ganz sicher, weil hier eine rigorose Pressezensur ausgeübt wird.

Nordvietnam

In Nordvietnam ist es Ende 1956 zu Unruhen unter den Bauern gekommen. Sie flammten in der Heimatprovinz von Ho Tsch Minh auf. Nach dem Bericht eines ehemaligen Mitglieds der Vietminh-Bewegung namens Hoang Van Chi¹⁴⁴⁾ mußten zu ihrer Unterdrückung im November Truppen eingesetzt werden.

Anscheinend wirkte sich in Nordvietnam nicht allein der XX. Parteitag, sondern auch Maos Hundert-Blumen-Rede aus. Die Kommunistische Partei übte Selbstkritik, weil auch in ihr bis zu einem gewissen Grade Personenkult betrieben worden sei. Dieses Eingeständnis ermutigte die Intellektuellen zu einer Kritik des politischen Systems. Ho Tsch Minh wies ihre Befürchtung, daß der Marxismus-Leninismus „die Entwicklung des Denkens und der Bildung behindern und einengen“¹⁴⁵⁾ könnte, als jeder Grundlage entbehrend schon im März 1956 zurück. Die Ideologie diene nicht abstrakten Idealen, sondern realen Interessen. Im August fügte er hinzu: „In der gegenwärtigen internationalen Lage werden die nationalen Besonderheiten und spezifischen Bedingungen in den einzelnen Ländern zu einem

¹⁴⁴⁾ Ostprobleme vom 2. 12. 1966, S. 767.

¹⁴⁵⁾ Ho Tsch Minh, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Ost-Berlin 1961, S. 337.

immer wichtigeren Faktor bei der Festlegung der Politik einer jeden kommunistischen und Arbeiterpartei" ¹⁴⁶⁾).

Dieser Anspruch auf Selbständigkeit paßte jedoch nur schlecht mit der Formel zusammen, daß an der Spitze des kommunistischen Lagers „die Sowjetunion und China" ¹⁴⁷⁾ stehe. Damit war zwar die UdSSR ihres alleinigen Führungsanspruches entkleidet, aber solange man sich überhaupt vor führenden Ländern verbeugte, konnte eine nationalkommunistische Politik nur insgeheim — hinter dem Rücken der Großen — betrieben werden.

Den Ergebnissen des XX. Parteitags der KPdSU stand Ho Tsch Minh, wie alle seine 1956 gehaltenen Reden erkennen lassen, skeptisch gegenüber, und zwar in bezug auf die Koexistenz und auf die Möglichkeit eines friedlichen Weges zum Kommunismus. Ohne Chruschtschow zu nennen, warf er ihm schon im April 1956 Einseitigkeit bei der Beurteilung Stalins vor: „Genosse Stalin hat zwar ernste Fehler begangen, man darf aber seine großen Verdienste um die revolutionäre Bewegung nicht vergessen." ¹⁴⁸⁾ Die in Nordvietnam durchgeführte Entstalinisierung bestand einzig und allein in der Absetzung des Generalsekretärs der Partei, Truong Chinh, der als Sündenbock herhalten mußte.

China

In Peking ist es 1956 zu keinerlei Veränderungen in der Führungsspitze gekommen. Trotzdem zog Mao Tse-tung viel weitergehendere Schlüsse als Ho Tsch Minh. Schon im März 1956 wurde in einem Dokument „Über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats" Stalins Entscheidung in der jugoslawischen Frage gerügt. In einem Leitartikel vom April hieß es, daß die von der KPdSU „an ihren Fehlern geübte kühne Kritik" ¹⁴⁹⁾ den zutiefst prinzipiellen Charakter ihres innerparteilichen Lebens bezeuge. Das war diplomatisch klug und dennoch klar. Chruschtschow hätte nach Maos Meinung eine Selbstkritik der KPdSU statt nur eine Kritik an Stalin als einer Einzelperson vornehmen müssen. So waren auch seine Einwände gegen die Herabsetzung Stalins gemeint, die er im April, im Oktober und im November 1956 im Gespräch mit Mikojan und dem sowjetischen Botschafter

in China vorgebracht hat. Die KPdSU sollte eine prinzipielle Kritik üben, statt sich oberflächlich in einem Angriff auf den Personenkult zu erschöpfen. Übrigens haben auch die Chinesen Stalin anfangs nicht geschont. Im gleichen Leitartikel war zu lesen, daß er seine eigene Rolle überschätzt, persönliche Willkür getrieben, die eigene Macht der kollektiven Leitung entgegengestellt, die Belange der Bauernschaft mißachtet, den Auseinanderfall von Theorie und Praxis zugelassen, den Personenkult gefördert und sich Übergriffe gegen seine Gegner erlaubt habe. Wiederum wurde auch die „Fehlentscheidung in der Jugoslawien-Frage" erwähnt.

Vier Wochen später folgte ein weiterer Schritt. Es wird heute kaum noch beachtet, daß Mao seine Hundert-Blumen-Rede, die 1957 in veränderter und erweiterter Form veröffentlicht wurde, schon am 2. Mai 1956 in einer geschlossenen Sitzung des Obersten Staatsrats gehalten hat. Der ursprüngliche Wortlaut bleibt vorerst unbekannt. Dennoch haben verschiedene Seiten genug über den Inhalt der Rede und ihre wichtigsten Akzente zusammengetragen. Diese Akzente bestanden in einem neuen Verhältnis zum Marxismus und in einer weiteren Modifizierung der Koexistenz. Eigentlich ging ihr Sinn schon aus den beiden Losungen hervor, die Mao im Mai bekanntgab. Die erste der Losungen hieß: „Laßt hundert Blumen miteinander blühen — laßt hundert Schulen streiten!" Die zweite Losung lautete: „Koexistenz auf lange Sicht und gegenseitige Kontrolle!"

Die „hundert Blumen" sollten das Ende der ideologischen Einförmigkeit bedeuten, die „hundert Schulen" standen für einen öffentlichen Wettbewerb der Ideen. Von nun an, so sagte Mao im Gegensatz zu Stalin, kann der Marxismus offen kritisiert werden, denn Pflanzen, die man in Treibhäusern zieht, sind meistens nicht widerstandsfähig. Sie müssen der Zugluft ausgesetzt werden. Nur im Widerstreit mit anderen Schulen des Denkens werden sie stark und immun. Der Marxismus sollte aufhören, sich administrativer Mittel zu bedienen, um alle anderen Ideen zu unterdrücken. Das zielte auf die von Chruschtschow vielbefehdete ideologische Koexistenz ab. Mao glaubte, daß die kommunistische Ideologie tief genug verwurzelt war, um sich dem Sturm des Meinungsstreites zu stellen.

Koexistenz auf lange Sicht hieß, daß die anderen Parteien der chinesischen Volksrepublik — die „Demokratische Liga", das „Revolutio-

¹⁴⁶⁾ Ebenda, S. 357.

¹⁴⁷⁾ Ebenda, S. 352.

¹⁴⁸⁾ Ebenda, S. 344.

¹⁴⁹⁾ Renmin Ribao vom 5. 4. 1956.

näre Komitee der Kuomintang", die „National-Demokratische Aufbauvereinigung", die „Demokratische Arbeiter- und Bauernpartei", die „Vereinigung zur Förderung der Demokratie", die „Gesellschaft des 3. September", die unter den Überseechinesen propagandistisch tätige „Chih Kung Tang" und die „Liga für die demokratische Selbstverwaltung Taiwans" —, obwohl sie ursprünglich nur bis zum „Aufbau des Sozialismus" bestehen sollten, ein vorerst unbefristetes Recht auf Weiterexistenz zugestanden erhielten. Strenggenommen verdient keine dieser Gruppen den Namen Partei, denn jede darf nur unter bestimmten Berufsgruppen werben, so daß man fast von einem ständischen Zug des kommunistischen Systems sprechen könnte. Die Kommunistische Partei beansprucht das Monopol für die Arbeiter und Bauern. Selbst der „Demokratischen Arbeiter- und Bauernpartei" wurde verboten, sich an diese beiden größten Bevölkerungsgruppen zu wenden; sie soll sich auf die Ingenieure, Techniker und Landärzte beschränken ¹⁵⁰⁾.

Formell besteht ein Mehrparteiensystem, doch real herrschen nur die Kommunisten. Das formelle Mehrparteiensystem dient — wie in der DDR und Polen — der KPCh als Fassade, um ihre Allmacht weniger deutlich werden zu lassen. Doch in keinem anderen kommunistischen Land ist es so differenziert wie in China. In der Sowjetunion hat sich ein Machtsystem entwickelt, das keinerlei anderen politischen Gruppen Existenzrecht gewährt. Insofern verkörpert das Blocksystem der Volksdemokratien schon eine etwas aufgelockerte Herrschaftsform. Selbst das formelle Mehrparteiensystem ist ein Fortschritt im Vergleich zur unverhüllten und schrankenlosen Parteidiktatur.

Unter dem Aspekt „gegenseitiger Kontrolle" sollten die in der „Nationalen Front" mit der Kommunistischen Partei verbundenen acht Gruppen sogar in den Mechanismus der Macht eingefügt werden. Daß die Kommunisten die anderen Vereinigungen kontrollierten, war nichts Neues. Neu war jedoch das den acht Gruppen zugestandene Recht, die Tätigkeit der Kommunistischen Partei überprüfen und kritisieren zu dürfen. Wer bedenkt, daß Mao Tse-tung 1952 einen Feldzug gegen die Korruption unter seinen eigenen Leuten eröffnet hatte, wird die Ernsthaftigkeit dieser Erwägung nicht von vornherein bestreiten. Möglicherweise hoffte der chinesische Parteichef, daß ihm die anderen politischen Vereinigungen

beim Ausleuchten der dunklen Winkel in seiner eigenen Partei helfen würden, ohne daß deren Macht in Gefahr geriet. Aus der gegenseitigen Kontrolle hätte ein Wechselspiel von Regierung und Opposition ohne Einführung des parlamentarischen Systems werden können. Das wäre eine echte Demokratisierung des Kommunismus gewesen und nicht nur eine Auflockerung des Systems im Sinne Chruschtschows.

Es kann nicht überraschen, daß die radikalen Reformer in den kommunistischen Parteien Europas, z. B. Kolakowski in Polen und Harich in der DDR, nachdem sie den wesentlichen Inhalt der Hundert-Blumen-Rede Maos erfahren hatten, mehr nach Peking als nach Moskau schauten. Es könnten sogar zwei sowjetische Namen genannt werden.

Die Aufmerksamkeit der Reformer steigerte sich bis zum Enthusiasmus, als die KPCh auf ihren VIII. Parteitag im September 1956 die Abschaffung aller Auszeichnungen für Parteimitglieder und die Begrenzung der Gehälter für alle hauptamtlichen Funktionäre beschloß. Hierbei deutete sich Maos Grundtendenz an, die isolierenden Wände niederlegen, die sich zwischen Partei und Volk herausgebildet hatten.

Gleichzeitig förderte er die Unabhängigkeitsbestrebungen in Osteuropa. Als sicher darf gelten, daß Peking auf Moskau eingewirkt hat, um die gewaltsame Niederwerfung des „polnischen Oktobers" durch sowjetische Truppen zu verhindern. Nach Alexandrow hat sich Chruschtschow nach langem Zögern zwar mit der Wiederwahl Gomulkas zum polnischen Generalsekretär abfinden wollen, aber nicht mit der Ausschaltung der Pro-Moskau-Gruppe im polnischen Politbüro, die aus Stalinisten bestand. Er habe in diesem Falle mit dem Bruch gedroht und sich erst nach Erhalt eines Telegramms von Mao — in dem verlangt worden sei, jede Gewaltanwendung in Warschau zu vermeiden — zum Nachgeben und zum Rückflug nach Moskau entschlossen ¹⁵¹⁾. Obwohl die Zuverlässigkeit dieser Darstellung bezweifelt werden kann, ist sie inzwischen durch Pekinger Erklärungen offiziell bestätigt worden, vor allem durch den chinesischen Kommentar vom September 1963 zu den Ereignissen in Polen und Ungarn: „Die Führung der KPdSU beging beide Male schwere Fehler. Die Führung der KPdSU setzte Truppen ein, um

¹⁵⁰⁾ Ostprobleme vom 1. 6. 1962, S. 323.

¹⁵¹⁾ Alexandrow, Das Leben des Nikita Chruschtschow, S. 149.

sich die polnischen Genossen mit Gewalt zu unterwerfen. Damit beging sie den Fehler des Großmacht-Chauvinismus. In dem kritischen Moment, als Budapest in die Hände der konterrevolutionären ungarischen Kräfte gefallen war, hatte die Führung der KPdSU einstweilen die Absicht, eine Kapitulationspolitik zu befolgen. . . . Die Führung der KPdSU nahm damals unsere Vorschläge an." ¹⁵²⁾

Das ist ein für die osteuropäische Revolution sehr wichtiges Dokument, ja eines ihrer Grundbuchblätter. Peking bestätigte, daß es Warschau schützte, während es Chruschtschow zum militärischen Eingreifen in Budapest drängte.

Aber anfangs haben sich die chinesischen Kommunisten, was sie heute nicht mehr wahrhaben wollen, auch für die Ungarn eingesetzt. Selbst die polnische Studentenzeitung „Po prostu“ hat ihnen 1956 eine „antistalinistische Haltung in der Ungarnfrage“ ¹⁵³⁾ bescheinigt. Doch plötzlich schlug ihre Haltung ins Gegenteil um.

Den Grund wird man weniger im Verlauf der ungarischen Revolution als in der innenpolitischen Entwicklung Chinas suchen müssen. Während des ungarischen Oktobers blühten ja „hundert Gedankenschulen“ auf. Es entstand auch die Grundlage einer langfristigen Koexistenz der politischen Kräfte unter gegenseitiger Kontrolle. Maos Hundert-Blumen-Rede und die Ereignisse in Ungarn verhielten sich wie Theorie und Praxis zueinander.

Die osteuropäische Revolution blieb aber nicht auf Osteuropa beschränkt. Ihr neuer Ausbruch erfolgte fast gleichzeitig in mehr als einem halben Dutzend kommunistischer Staaten. Die beispiellose, alle Grenzen sprengende und Kontinente überbrückende Kraft dieser Revolution zeigte sich besonders an der Gleichzeitigkeit des Bauernaufstands in Nordvietnam und der ungarischen Erhebung. Es gab keinen „Drahtzieher“, der die Rolle eines Koordinators spielen konnte, und doch erhoben sich die Rebellen in verschiedenen Ländern und Kontinenten wie auf Kommando.

Aus den Reden der chinesischen Prominenz und aus den Dokumenten der KPCh geht hervor, daß es in China bis September 1956 ruhig war. Auf einer Sitzung des Zentralkomitees, die im Januar stattfand, rühmte Tschu En-lai

die Fortschritte der kommunistischen Erziehung unter der Intelligenz. Sie unterstützte die Kommunistische Partei schon zu 80 0/0. Eine „wachsende Macht innerhalb der Intelligenz“ bildeten diejenigen ¹⁵⁴⁾, die bereits die Universitäten der Volksrepublik besucht hatten. Ähnlich optimistisch war man noch auf dem VIII. Parteitag im September 1956. Aber im Februar 1957 gab Mao zu: „Im Jahre 1956 traten an vereinzelt Stellen kleine Gruppen von Arbeitern und Studenten in Streik. . . . Im gleichen Jahr gab es unter den Mitgliedern einer kleinen Anzahl landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften ebenfalls Unruhe.“ ¹⁵⁵⁾

Selbst wenn man die Verniedlichung außer acht läßt, die aus dem Wörtchen „klein“ hervorlugt — bei einer Bevölkerung von damals 600 Millionen Menschen haben alle Größenverhältnisse eine andere Relation als in Europa —, fällt immer noch auf, daß Arbeiter, Studenten und Bauern in China gleichzeitig rebellierten, offenbar auch zum selben Zeitpunkt wie in Ungarn und Nordvietnam. Bedeutsam ist ferner, daß Mao die Ursache der Unruhen nicht in konterrevolutionären Umtrieben suchte, sondern im „bürokratischen Verhalten von Persönlichkeiten in führenden Positionen“ ¹⁵⁶⁾. Seine innenpolitische Konsequenz bestand hauptsächlich darin, daß er auf einen Beschluß des Zentralkomitees drängte, der alle bezahlten Funktionäre bis hinauf zu den Ministern und Generälen verpflichtet, jährlich eine bestimmte Zeit körperliche Arbeit zu leisten, damit sie die Lebensbedürfnisse des Volkes kennenlernen und sich von ihrer bürokratischen Verkrustung befreien. Dieser Beschluß fand in vielen kommunistischen Parteien ein lebhaftes und begeistertes Echo.

Im Dezember 1956 zog die chinesische Führung auch die theoretischen Konsequenzen der revolutionären Ereignisse im kommunistischen Herrschaftsbereich. Eine Erklärung — „Nochmals über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats“ — sprach erstmals von Widersprüchen „zwischen der Regierung und dem Volk“ ¹⁵⁷⁾, zwischen den kommunistischen Parteien und zwischen den kommunistischen Staaten. Das war ein Bruch geheiligter

¹⁵²⁾ Weber, Konflikte im Weltkommunismus, S. 118/19.

¹⁵³⁾ Po prostu, Warschau, Nr. 45/56.

¹⁵⁴⁾ Tschu En-lai, Bericht über die Frage der Intellektuellen, Peking 1956, S. 13.

¹⁵⁵⁾ Mao Tse-tung, Über die richtige Lösung von Widersprüchen im Volke, Peking 1959, S. 66/67.

¹⁵⁶⁾ Ebenda, S. 66.

¹⁵⁷⁾ Prawda, Moskau, 30. 12. 1956.

Tabus. Solche Widersprüche waren — speziell in der Sowjetunion — bis dahin nicht nur niemals offen zugegeben worden, man hatte sie auch für unmöglich erklärt. Sogar die Jugoslawen drückten sich gewunden aus. Der dialektische Materialismus hatte das kommunistische System, die Beziehungen zwischen den Kommunistischen Parteien und das Verhältnis der kommunistischen Länder in den Himmel metaphysischer Ruhe und glückseliger Harmonie gehoben — er war zu einer Antidialektik geworden. Diesem Zustand machte Mao ein Ende.

Ausläufer im Westkommunismus

Die Kommunisten der westlichen Welt, insbesondere Westeuropas, hielten bis 1956 fester als die Osteuropas zur UdSSR. Sie standen nicht unmittelbar unter dem Druck der sowjetischen Politik. Viele dieser Kommunisten glaubten ehrlich daran, daß Rußland ein sozialistischer Staat sei und den Volksdemokratien uneigennützig Hilfe leiste. Sie wollten es freilich auch glauben. Die jugoslawischen Enthüllungen über Stalins Verbrechen und über die Verhältnisse in der Sowjetunion fanden in den Kommunistischen Parteien des Westens auffallend wenig Gehör. Selbst in der KPD, die der Zerreißprobe des 17. Juni ausgesetzt war, blieb alles beim alten, wenn man von einer Anzahl Austritte absieht. Das bürokratische Phlegma hatte die Kommunistischen Parteien wie eine Fettschicht durchwachsen. Selbst zur Spaltung schienen sie zu faul zu sein. Das änderte sich erst nach dem XX. Parteitag.

Folgen des sowjetischen Parteitags

Es war bedeutsam, daß ausgerechnet Palmiro Togliatti das Wort ergriff. Ihn umgab ein doppelter Glanz — einer der höchsten Kominternfunktionäre gewesen zu sein und nunmehr die stärkste Kommunistische Partei des Westens zu führen. Kein anderer kommunistischer Parteichef in unserem Teil der Welt hätte mit seinem Ansehen in Wettbewerb treten können. Er war eigentlich nur mit Tito vergleichbar.

Togliatti nahm als Delegationsleiter der italienischen Partei am XX. Parteitag in Moskau teil. Er soll Chruschtschow, der ihn vertraulich über seine Absichten informierte, vor den unübersehbaren Folgen der Zerstörung des Stalin-Mythos gewarnt haben. Aber kaum nach Italien zurückgekehrt, gab er einer Zeit-

schrift sein inzwischen weltbekanntes Interview.

Togliatti verteidigte die Sowjetunion, die nach wie vor das erste große Modell einer konsequent revolutionären Aktion zur Verwirklichung des Sozialismus sei und durch Stalins Politik durchaus nicht ihren sozialistischen Charakter eingebüßt habe; er zeigte sich aber darüber unbefriedigt, daß man alle Schuld dem Personenkult gab: „Früher war alles Gute den übermenschlichen positiven Eigenschaften eines Mannes zu verdanken, jetzt wird alles Schlechte seinen ebenso außergewöhnlichen, ja unglaublichen Fehlern zugeschrieben. Im einen wie im anderen Falle befinden wir uns außerhalb marxistischer Kriterien.“¹⁵⁸⁾ Der italienische Parteichef führte den Stalinismus auf die Überlagerung kollektiver Instanzen durch die Herrschaft eines einzelnen zurück. Das Ergebnis sei gewesen, daß ein großer Teil der sowjetischen Führungskader ihre kritische und schöpferische Fähigkeit verlor, der Staat kriminelle Taten beging und das demokratische Leben eingeengt wurde, so daß der soziale Organismus zu faulen begann. „Für uns steht außer Zweifel, daß die Fehler Stalins mit dem zunehmenden Gewicht zusammenhängen, das die bürokratischen Apparate im wirtschaftlichen und politischen Leben der Partei gewonnen haben.“^{158a)} Das werfe die Frage nach der Mitverantwortung der gesamten politischen Führungsgruppe in der Sowjetunion auf, die sich bei der Verherrlichung Stalins zumindest etwas mehr hätte zurückhalten können.

Zur Frage einer evtl. erforderlichen institutionellen Veränderung führte er aus, man brauche zwar nicht das ganze System abzuschaffen, aber zweifellos müßten innerhalb dieses Systems tiefgreifende Umgestaltungen vorgenommen werden, um in Zukunft die Beteiligung der Arbeiterschaft an der Leitung des wirtschaftlichen und sozialen Organismus zu garantieren.

Togliatti zog vier Schlüsse. 1. Das sowjetische Modell könne außerhalb der UdSSR nicht mehr verbindlich sein, 2. die innere Vielfalt des Kommunismus mache eine einheitliche Führung unmöglich, 3. eine immer größere Autonomie des Urteils sei wünschenswert, 4. die Aufgabe der italienischen Kommunisten werde darin bestehen, „eine eigene Methode und einen eigenen Weg zum Sozialismus“ zu finden.

¹⁵⁸⁾ Palmiro Togliatti — Reden und Schriften, Frankfurt/M. 1967, S. 107.

^{158a)} Ebenda.

Vielfach ist von Togliattis Interview nur der Begriff des Polyzentrismus im Gedächtnis haften geblieben, und selbst er wurde willkürlich interpretiert. In seinem originalen Sinn bezog er sich nicht auf die Herausbildung verschiedener Zentren des Kommunismus, sondern auf dessen wachsende Vielfalt, die eine Komintern oder ein Kominform nicht mehr erlaube. Zumindest ebenso wichtig waren die Ansprüche auf geistige Autonomie und auf einen eigenen Weg zum Sozialismus — so hatte ja auch der jugoslawische Nationalkommunismus begonnen. Wichtig war ferner, daß Togliatti ebenso wie Tito die Ursachen des Stalinismus im sowjetischen System zu suchen begann. Seine Forderung nach Leitung der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft durch die Arbeiter enthielt die Idee der Arbeiterräte und warf die Frage auf, wer in der Sowjetunion an der Macht war.

Das sowjetische Parteipräsidium fühlte sich durch Togliattis Interview derart brüskiert, daß es eine spezielle Stellungnahme des Zentralkomitees der KPdSU für nötig hielt. In ihr wurde die Mitverantwortlichkeit der Mitglieder des Stalinschen Politbüros bestritten. Einige „Einschränkungen“ der Demokratie, die in der Stalinzeit notwendig gewesen seien, um „feindselige Strömungen“¹⁵⁹⁾ in der Kommunistischen Partei zu beseitigen, wären kein Grund, um eine Änderung des sowjetischen Systems zu verlangen. Den Stalinismus führten die Verfasser des Kommuniqués, das Togliatti namentlich nannte, wiederum auf die persönlichen Eigenschaften Stalins zurück.

Damit war klar, daß Chruschtschow keine Strukturreform der UdSSR einleiten, sondern den in der Sowjetunion jahrzehntelang aufgestauten Haß auf Stalins Leiche abwälzen wollte. Das Ergebnis sollte ein Freispruch der Kommunistischen Partei und die Neustabilisierung ihres Machtmonopols sein. Nur die Herrschaftsform, nicht das System sollte geändert werden. Deshalb waren für Chruschtschow alle Kommunisten gefährlich, die wie Togliatti nach den Ursachen des Personenkults fragten. Wenn ihre Haltung um sich griff, konnte die KPdSU zu Reformen gedrängt werden, die sie nicht vorgehabt hatte.

Für das sowjetische Parteipräsidium war es vorteilhaft, daß Togliatti unter den kommunistischen Parteiführern der westlichen Hemisphäre vorerst isoliert blieb. Nur in der Kommunistischen Partei der Niederlande äußerte

sich eine starke Gruppe in ähnlichem Sinne; Ende 1956 bildete sie unter Führung von *Brug* eine eigene Fraktion, die sich jedoch nicht von der Partei abspaltete.

In der Kommunistischen Partei Schwedens nahmen die Dinge einen anderen Lauf. Hier sagte sich eine starke Gruppe von Moskau los, weil Stalin zu Unrecht verdammt worden sei.

Folgen der Intervention in Ungarn

Das Eingreifen sowjetischer Truppen in Ungarn führte zu einer psychologischen Erschütterung der öffentlichen Meinung des Westens, die auch den westlichen Kommunismus betrafte. Innerhalb eines Jahres erlebte er seinen zweiten Schock, der noch tiefer als der erste wirkte. Konnte der XX. Parteitag von den Kommunisten im Westen vor der Bevölkerung ihrer Länder so gedeutet werden, daß die KPdSU mit den Methoden der Vergangenheit brach, so entwertete die Niederwalzung der ungarischen Revolution dieses Argument bereits wieder.

Nach meiner Schätzung verlor allein der westeuropäische Kommunismus wegen der sowjetischen Intervention in Ungarn mindestens 250 000 Mitglieder. In Italien, Frankreich und Dänemark sagten sich jeweils 10—20 % aller Kommunisten von ihren Parteien los. In Norwegen traten 3000, in Dänemark 4000, in Finnland 5000 Mitglieder aus den kommunistischen Parteien aus. In Island und Dänemark legten die Vorsitzenden der Freundschaftsgesellschaften mit der Sowjetunion, *Laxness* und *Bendten*, ihre Ämter nieder. In Schweden gaben kommunistische Intellektuelle und Gewerkschaftssekretäre öffentliche Erklärungen gegen die Sowjetunion ab. Die Kommunistische Partei Norwegens empfahl Chruschtschow und Kadar, Beobachter der UNO nach Ungarn zu lassen¹⁶⁰⁾.

Am stärksten machte sich die Empörung über die militärische Intervention unter den kommunistischen Journalisten bemerkbar. Die Redakteure des englischen „Daily Worker“ standen vor der Tür ihres Chefredakteurs „geradezu Schlange, um ihm ihren Rücktritt mitzuteilen“¹⁶¹⁾; fast die Hälfte der Redakteure, unter ihnen die Korrespondenten in Budapest und Warschau, gaben ihren Posten auf. Von den 21 Redaktionsmitgliedern des Zentralorgans der dänischen Kommunisten wiesen 16

¹⁶⁰⁾ Kommunismus im Norden, Köln 1966, S. 90.

¹⁶¹⁾ Kommunistische Parteien im Westen, Frankfurt/M. 1968, S. 17.

¹⁵⁹⁾ Ebenda.

in einer gemeinsamen Stellungnahme die sowjetische Politik in Ungarn zurück.

Was in den osteuropäischen Staaten — ausgenommen Jugoslawien und Polen — nur geflüstert werden durfte, konnte von den westlichen Kommunisten offen ausgesprochen werden, soweit sie schon die Möglichkeit kritischer Äußerungen in ihren Zeitungen hatten. Es ist wesentlich auf das Drängen und den Einfluß der kommunistischen Journalisten zurückzuführen, daß die Zentralorgane der Kom-

8. Die vierte Phase: 1957—1959

Die vierte Phase war eine Zwischenetappe der osteuropäischen Revolution, in der sie auf vielen Gebieten zurückgedrängt wurde und fast aus dem Blickfeld verschwand. Es kam zu einer neuen Verhärtung der kommunistischen Systeme. Die Rückgriffe auf Stalins Methoden gegenüber Ungarn und Polen ließ viele Stalinisten wieder hoffen, da die Niederschlagung der ungarischen Volkserhebung das Ende der osteuropäischen Revolution schlechthin zu bedeuten schien.

Aber dieser Schein war trügerisch. Zwar folgte der Flut tatsächlich zunächst eine Ebbe, jedoch nur für sehr begrenzte Zeit. Die Tendenz zur Restalinisierung verquickte sich schließlich mit dem untergründigen Fortschreiten der osteuropäischen Revolution, die auch hier und da wieder an die Oberfläche trat. Freilich wich sie von ihrem Kerngebiet an die Peripherie nach Asien und Westeuropa aus. Innerhalb Osteuropas schritt sie nur in Jugoslawien ungehindert fort. Das Wichtigste ist jedoch, daß auch die Sowjetunion ihr „Posen“ erlebte. Schon vorher bildete sich dort eine neue Ebene der Entstalinisierung heraus.

Die geistigen Auseinandersetzungen jener Jahre — auch in Polen und Ungarn — waren für die weitere Entwicklung von derart großer Bedeutung, daß wir ihrer Darstellung größeren Raum als der offiziellen Politik der Kommunistischen Parteien widmen müssen. Sie nahmen die Zukunft voraus und enthüllten jene konträren Tendenzen, die für viele Kommunisten schicksalhaft werden sollten. In den Kommunistischen Parteien vollzog sich eine zwar meist noch nicht politische, aber doch eine geistige Spaltung. In vier Fällen brachen sie jedoch auch politisch entzwei.

munistischen Parteien des Westens ab 1956 teilweise zu Diskussionsforen wurden, statt weiterhin nur die Stereotypen der jeweiligen „Linien“ zu drucken. Togliattis Interview und diese Diskussionen waren die Ansätze der Entstalinisierung des Westkommunismus. Ihren Ausgangspunkt bildete die vom Feuilletonisten der norwegischen Parteizeitung öffentlich gestellte Frage, ob die Loyalität gegenüber der Sowjetunion weiterhin das Kriterium des politischen Bewußtseins der Kommunisten sein könne ¹⁶²⁾.

Chruschtschow zwischen Molotow und Dudinzew

Die beiden gegensätzlichen Tendenzen der vierten Phase zeichneten sich am verwirrendsten in der Sowjetunion ab.

Das Eingreifen sowjetischer Truppen in Ungarn hatte zu heftigen Diskussionen an den sowjetischen Hochschulen und Universitäten geführt. Chruschtschow griff zu offenen Drohungen gegenüber den Studenten: „Wenn Ihr mit der Regierung unzufrieden seid, braucht Ihr die Universität nur zu verlassen und arbeiten zu gehen! Wir haben in den Kolchosen Asiens und in den Bergwerken Sibiriens genügend Arbeitsplätze . . .“ ¹⁶³⁾. Das waren keine leeren Worte. Allein in Leningrad wurden — laut „Komsomolskaja Prawda“ vom 18. März 1958 — 4300 Studenten von den Hochschulen und Universitäten verwiesen. Etwa 3000 Studenten aus Moskau, Leningrad und Kiew sind verhaftet und wegen „Staatsverbrechen“ vor Gericht gestellt worden. Im Arbeitslager Potjma 7 lebten sie ausgerechnet mit den jungen Prosalinisten Georgiens zusammen, die man ebenfalls abgeurteilt hatte ¹⁶⁴⁾.

Eine junge Deutsche, die damals in der Sowjetunion studierte und als Kommunistin kurz danach in die DDR zurückging, schmuggelte Trotzki's Buch „Stalins Verbrechen“ über die Grenzen — eine Schrift, die unter den russischen und ausländischen Studenten von Hand zu Hand ging. Nach dem Bericht dieser deutschen Studentin breitete sich an den sowjetischen Universitäten die Meinung aus,

¹⁶²⁾ Friheten, Oslo, 28. 6. 1956.

¹⁶³⁾ Alexandrow, Das Leben des Nikita Chruschtschow, S. 154.

¹⁶⁴⁾ A. Wolgin, Hier sprechen Russen, Mainz 1965, S. 468.

daß die alten stalinistischen Apparatschiki leben, während die guten Kommunisten tot sind. Die junge Kommunistin bildete einen oppositionellen Zirkel innerhalb der SED, in der das Studium der Trotzki-Schrift fortgesetzt wurde. Es ist denkbar, daß jugendliche Kommunisten anderer kommunistischer Länder ähnliche Impulse aus Moskau oder Leningrad mitgebracht haben.

Symptome der Restalinisierung

Chruschtschow rief auch eine Anzahl der prominentesten sowjetischen Schriftsteller zusammen und erklärte ihnen, daß er nicht zögern werde, einige Schriftsteller erschießen zu lassen, falls das nötig sei, um eine Revolution in Rußland nach ungarischem Vorbild zu verhindern.

Vor Künstlern sagte der Parteichef, was Kunst sei, bestimme nach wie vor die Partei.

Schon am 17. Januar 1957 begann er mit einer Abschwächung seiner Verurteilung Stalins, der trotz gewisser Fehler und Irrtümer „ein vorbildlicher Kommunist“¹⁶⁵⁾ gewesen wäre. Vor Studenten lobte Chruschtschow Stalin deshalb, weil er sich gut auf die Vernichtung von Feinden verstanden hätte: „In diesem Sinne bin ich auch ein ‚Stalinist‘. Niemals werde ich zögern, Gewalt anzuwenden, um Lenins Werk zu retten.“¹⁶⁶⁾ Er wurde vom stellvertretenden Generalstaatsanwalt der Sowjetunion, Kudrjawzew, sekundiert, der einem amerikanischen Juristen freimütig erklärte: „Wenn es notwendig ist, werden wir die alten Methoden wieder einführen.“¹⁶⁷⁾ In der theoretischen Zeitschrift der KPdSU erschien ein von drei Autoren gezeichneter Artikel, in dem es hieß: „Die Ansichten Stalins zur Frage des Staates und der Diktatur des Proletariats haben den Standpunkt des Marxismus-Leninismus zum Ausdruck gebracht.“¹⁶⁸⁾

Am 16. Juni 1957 wurden zehn von 13 Redakteuren der Zeitschrift „Geschichtsprobleme“ gemäßregelt, weil sie „nur die Irrtümer Stalins“ kritisiert, die „gegenwärtigen revisionistischen Tendenzen“ verschwiegen, eine objektive Beurteilung von Bakunin, Kautsky und Lassalle versucht und eine klare Stellungnahme zum „faschistischen Charakter der ungarischen Revolution“ vermieden hätten. Die

drei übriggebliebenen Redakteure gelobten, Stalins Werk nach wie vor als „entscheidend“¹⁶⁹⁾ zu betrachten. Besonders heißer Zorn ergoß sich über den (abgesetzten) Chefredakteur *Burdschalow*, weil er Sinowjew gelobt hat.

Im Jahre 1959 wurde auch die Redaktion der philosophischen Zeitschrift umbesetzt. Sie hatte sich vorübergehend mehr mit den inneren Widersprüchen der Sowjetunion als mit einer Analyse der „Prozesse, die in der kapitalistischen Welt vor sich gehen“¹⁷⁰⁾, befaßt.

Zwischen diese beiden Eingriffe fiel 1958 die Hexenjagd auf den Dichter und Schriftsteller Boris *Pasternak*, der (und weil er) für seinen Roman „Doktor Schiwago“ den Nobelpreis erhielt. Man scheute sich nicht, Pasternak in der Parteipresse „schlimmer als ein Schwein“¹⁷¹⁾ zu nennen und seine Ausweisung aus der Sowjetunion zu fordern.

Auch die Russifizierungspolitik gegenüber den nationalen Minderheiten wurde wieder aufgenommen. Sie setzte mit einer Verurteilung des Freiheitskampfes der kaukasischen Bergvölker gegen den Zarismus als „reaktionäres Unternehmen“ ein. Im Januar 1959 gab die „Prawda“ zu erkennen, daß Russisch zur „Muttersprache“ aller Bürger der Sowjetunion werden müsse. Das war im gleichen Monat, als Chruschtschow auf dem XXI. Parteitag der KPdSU ausdrücklich hervorhob, daß an der Spitze des erfolgreichen Sowjetkommunismus „viele Jahre J. W. Stalin stand“¹⁷²⁾.

Auch außenpolitisch suchte Chruschtschow das gewaltige Echo des XX. Parteitags abzuschwächen. In Prag ließ er verlauten, daß spezifische Besonderheiten der einzelnen Länder keine speziellen Wege zum Kommunismus rechtfertigen würden, und in Sofia, daß keine zwei Arten von Sozialismus bestünden: Ungeachtet der Besonderheiten gebe es nur einen, den marxistisch-leninistischen Weg. Mit dieser Relativierung einer der wichtigsten Thesen des XX. Parteitags sollte weiteren Seitensprüngen in Osteuropa vorgebeugt werden. Sie war sogar als Widerruf der Belgrader Deklaration vom Mai 1955 aufzufassen. Tatsächlich bahnte sich ein neuer Konflikt mit Jugoslawien an, das zunächst in den Ostblock zurückzukehren schien. Belgrad entsandte auch Vertreter zur

¹⁶⁵⁾ Ostprobleme 5/57, S. 146.

¹⁶⁶⁾ Alexandrow, Das Leben des Nikita Chruschtschow, S. 154.

¹⁶⁷⁾ Yale Law Journal 8/57.

¹⁶⁸⁾ Zeitschrift „Kommunist“ 6/58.

¹⁶⁹⁾ Vorwärts vom 28. 6. 1957.

¹⁷⁰⁾ Woprosi Filosofii, Moskau 9/59.

¹⁷¹⁾ D. Burg, in: Osteuropa 9/64, S. 641.

¹⁷²⁾ Chruschtschow, Über die Kontrollziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft..., Ost-Berlin 1959, S. 5.

internationalen Konferenz der Kommunistischen Parteien nach Moskau. Der jugoslawische Chefdelegierte *Kardelj* machte jedoch gemeinsam mit *Gomulka* und *Kadar* den sowjetischen Plan einer neuen Komintern zunichte. Außerdem weigerte er sich, einer Erklärung aller regierenden Kommunistischen Parteien zuzustimmen, die nicht den (stalinistischen) Dogmatismus, sondern den (nationalkommunistischen) Revisionismus als Hauptgefahr der kommunistischen Bewegung bezeichnete. Als Belgrad im Frühjahr 1958 den Entwurf eines neuen Parteiprogramms der KPJ publizierte, wurde dieser sowohl von Moskau als auch von Peking mißbilligt und getadelt. Chruschtschow warf den jugoslawischen Führern auf dem V. Parteitag der SED im Jahre 1958 vor, daß ihr Programm keine Spur von Kommunismus enthalte, sondern eine „verschlechterte Variante“ sozialdemokratischer Plattformen sei. Peking klagte Belgrad des „Neo-Bernsteinismus“ an und bezeichnete die Verurteilung der jugoslawischen Kommunisten durch die Resolution des Kominform vom 8. Juni 1948 „im wesentlichen für richtig“. Sie hätten „während der Ereignisse in Ungarn die Clique des Verräters Nagy unterstützt“ und unter dem Vorwand des Stalinismus „die Einheit der Länder des sozialistischen Lagers zu sprengen“¹⁷³⁾ versucht. Es gab also eine Allianz Moskaus und Pekings gegen Belgrad, obwohl sich Mao Tse-tung schon im März 1956 gegen die neuen Thesen des XX. Parteitags der KPdSU ausgesprochen hatte.

Das Neuaufleben des Konflikts mit Belgrad war von einer verstärkten Aktivität Moskaus im Comecon begleitet. Im Mai 1958 wurde die Koordinierung der Wirtschaftspläne zur „Hauptform“ für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der kommunistischen Länder Europas erklärt. Dies bedeutete den Versuch, die Wirtschaftspläne zu einem System allseitiger Abhängigkeit der Volksdemokratien von der Sowjetunion zu verflechten. Chruschtschow nahm Stalins Hegemoniepolitik wieder auf.

Auf der anderen Seite traten zwischen 1957 und 1959 wichtige Veränderungen in der UdSSR ein.

Erneute Zusammenballung der Macht

Das wichtigste politische Ereignis auf der offiziellen Ebene war die Entmachtung der Molotow-Malenkow-Gruppe. Molotow und Ma-

¹⁷³⁾ Jen Min Jih Pao, Peking 5. 5. 1958.

lenkow, nach Stalins Tod ursprünglich Verfechter entgegengesetzter Konzeptionen, hatten sich gegen Chruschtschow verbündet, um seinen Reformkurs zu bremsen. Es war ihnen gelungen, die Mehrheit des Parteipräsidiums, das an die Stelle des früheren Politbüros getreten war, zu gewinnen. Am 18. Juni 1957 beschloß das Präsidium, Chruschtschow seiner Funktion als Ersten Sekretär der KPdSU zu entheben — der neue Parteichef sollte Molotow heißen. Das Verhältnis stand 7 : 4 gegen Chruschtschow, der jedoch unverzüglich darauf bestand, daß ein so wichtiger Beschluß nur von einer Vollversammlung des Zentralkomitees gefaßt werden könne. Mit Hilfe von Marschall Schukow, der Flugzeuge der Luftwaffe zur Verfügung stellte, wurden Chruschtschows Anhänger aus allen Teilen der Sowjetunion eilends nach Moskau geholt. Binnen kurzer Zeit hatte Chruschtschow 107 Mitglieder des Zentralkomitees zusammengezogen. Die Vollversammlung entfernte Molotow, Malenkow und Kaganowitsch aus Präsidium und Zentralkomitee. Später wurden auch Bulganin, Woroschilow, Perwuchin und Saburow ihrer Spitzenfunktionen enthoben. Am schmerzvollsten für Chruschtschow war, daß sich sogar sein Günstling Schepilow der konservativen Fraktion angeschlossen hatte. Von den Vollmitgliedern des Parteipräsidiums waren ihm nur Mikojan, Kiritschenko und Suslow zur Seite getreten. Selbst seine große Anhängerschaft im Zentralkomitee konnte ihn über die Unstabilität seiner Macht nicht länger täuschen. Außerdem waren einige Argumente seiner Gegner — etwa, daß er durch seine Enthüllungen über Stalin das moralische Kapital der KPdSU in der internationalen Arbeiterbewegung vergeudet habe — nicht ohne Zugkraft. Unter diesen Umständen brauchte Chruschtschow dringend Unterstützung im Volk. Gleichzeitig mußte er die Hauptbasen seiner Gegner, den zentralen Staatsapparat und die obersten Wirtschaftsorgane, so weit wie möglich schwächen. Das sind ohne Zweifel zwei wichtige, wenn nicht die entscheidenden Motive seiner Reformen gewesen, die in die Jahre 1957—1959 fallen. Hier liegt wohl auch die Erklärung für den Widerspruch jener Periode, in einem Atemzug die Entstalinisierung zu stoppen und zu forcieren. Immer waren es Chruschtschows Gegner, die ihn weitertrieben, als er eigentlich wollte. Alle seine Erwägungen spielten sich offensichtlich in den Denkkategorien der Macht und des Kräf-

teverhältnisses ab. Nur so ist auch die 25prozentige Reduzierung des Parteiapparats zu verstehen. Chruschtschow wollte sich innerhalb seiner eigenen Machtbasis aller unsicheren Kantonisten, das heißt aller Anhänger seiner innerparteilichen Gegner und Rivalen, entledigen. Das schwächte keineswegs die Macht des Parteiapparats. Dessen Einfluß wurde in der Chruschtschow-Ära vielmehr ständig erweitert. Beispielsweise stieg die Zahl seiner hauptamtlichen Vertreter innerhalb des Parteipräsidiums, das alle Mächtegruppen repräsentieren soll, von einem im März 1953 auf neun im Dezember 1957 an¹⁷⁴⁾.

Das entscheidende Zentrum der Partei in kommunistischen Ländern ist nicht das Politbüro oder Präsidium, sondern immer das Sekretariat des Zentralkomitees. Der Umfang seiner Vertretung im Politbüro oder Präsidium kann als Maßstab der jeweiligen Parteimacht gelten. Absolut ist sie nie. Staat, Armee, Sicherheitsdienst und Wirtschaft erlangen mit der Zeit ein tendenziell immer größer werdendes Eigengewicht, das zur Herausbildung spezifischer Interessen führt. Die Gesamtheit dieser Machtfaktoren und der Kommunistischen Partei bildet das kommunistische System, das keineswegs mit der Gesellschaft insgesamt zusammenfällt. Und innerhalb dieses Systems kommt es ständig zu einer Verschiebung der Kräfte. Was sich in der osteuropäischen Revolution als Gesamtprozeß abspielt — nämlich der Konflikt zwischen Gravitation und Zentrifugalkraft —, geht im kleineren Maßstab auch innerhalb eines jeden kommunistischen Systems vor. In jedem kommunistischen Land sind formell parteigebundene Fliehkräfte wirksam. Deshalb beobachten die Kommunistischen Parteien außerordentlich mißtrauisch die geringsten Anzeichen jeder Verselbständigung von Institutionen, die vielfach ihrer eigenen Initiative entsprangen, was innerhalb dieser Institutionen als Beweis mangelnden Vertrauens empfunden wird.

Die Entmachtung der Molotow-Malenkow-Fraktion war mit einer Verstärkung der Parteikontrolle über Staat und Wirtschaft verbunden. Dann wurde die Parteischraube innerhalb der Armee angezogen. Im Oktober 1957 verlor Marschall Schukow seine Mitgliedschaft in den höchsten Parteikörperschaften und sein Amt als Verteidigungsminister; er war als potentieller Bonaparte verdächtigt worden.

¹⁷⁴⁾ Schapiro, Die Geschichte der KPdSU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47/61 vom 22. 11. 1961.

Man warf ihm insgeheim Widerstand gegen die politische Erziehung der Armee und Personenkult vor: er hatte sich ein Porträt in Lebensgröße anfertigen lassen.

Im März 1958 übernahm Chruschtschow auch das Amt des Ministerpräsidenten, von dem er Bulganin ebenso verdrängte wie vorher Malenkov. Damit war er Staats- und Parteichef zugleich. Die „kollektive Führung“ hatte sich wiederum, wie schon unter Stalin, nur als Übergangsphase bewährt. Abermals konzentrierte sich die Macht in den Händen einer Person. Chruschtschow führte den Personenkult, diesmal um sich selbst, wieder ein. Wie bei Stalin wurde es jetzt üblich, hinter die Nennung seines Namens das Wort „persönlich“ zu setzen. Alles, was geschah, war, wie es beispielsweise in der „Prawda“ vom 18. Mai 1959 hieß, dem „Ersten Sekretär der KPdSU und Oberhaupt der Sowjetregierung, dem Genossen Nikita Sergejewitsch Chruschtschow persönlich“ zu verdanken. Schon das Wort „Oberhaupt“ erübrigte im Grunde jeglichen Kommentar. Nur hatte Chruschtschow durch seine Enthüllungen über die Stalinzeit den Unfehlbarkeitsanspruch der Partei selber zerstört. Das erwies sich als eine Begrenzung seiner realen Macht, die er nicht zu überwinden vermochte. Insofern war sein Narzißmus ungefährlicher als derjenige Stalins; er entwickelte sich auch weit weniger in die Breite und Tiefe. Dennoch war das Wiederaufkeimen des Personenkults ein wichtiges Merkmal dieser Phase. Es blieb nicht auf die Sowjetunion beschränkt.

Die Reformen

Im Juli 1957 wurde die Industrieverwaltung dezentralisiert. Obwohl diese Reform nur eine entfernte Ähnlichkeit mit der jugoslawischen Dezentralisierung hatte, kam eine einschneidende Umbildung der Regierung zustande. Die meisten Fachministerien verschwanden und ihre Vollmachten gingen auf 105 regionale Wirtschaftsräte über. Das war ein erster Schritt von der Total- zur Rahmenplanung. Er erlaubte eine bessere und unbürokratischere Ausnützung der regionalen Reserven, verwirrte aber auch die Zuständigkeiten. Da ein Teil der Industrie weiterhin unter zentraler Leitung verblieb und ein anderer den örtlichen Behörden unterstellt worden war, liefen die Fäden der drei Kompetenzen fast ständig durcheinander. Außerdem wurde den einzelnen Industrieunternehmen weiterhin die Autonomie vorenthalten. Dem ersten Schritt muß-

ten daher entweder weitere folgen oder es blieb nur die Alternative der zentralistischen Restauration. Die tiefere Bedeutung der Industriereform bestand tatsächlich darin, „daß sie einen Übergang darstellte, der zur Lösung wichtiger Probleme drängte“¹⁷⁵⁾, die nicht mehr von der Tagesordnung gestrichen werden konnten. Damals wurden die ersten Weichen für die Liberman-Reformen gestellt.

Die 1957/58 eingeleitete Reform der Landwirtschaft war etwas gründlicher. Sie umfaßte die Auflösung der Maschinen- und Traktorenstationen, den Verkauf ihrer Maschinen und den Wegfall der Zwangsablieferungen sowohl für Kolchosen als auch für private Hofwirtschaften. Damit holte die Sowjetunion reformkommunistische Experimente Jugoslawiens, Ungarns und Polens nach. Zum katastrophalen Ergebnis der stalinistischen Landwirtschaftspolitik hatte gehört, daß der Viehbestand im März 1953 unter dem des Jahres 1916 im zaristischen Rußland lag. Die Kolchosen und Sowchosen waren noch nicht einmal zur ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Brot imstande. Deshalb betrieb Chruschtschow fieberhaft die Erweiterung der Anbaufläche durch Neulandgewinnung.

Von erheblicher Bedeutung waren auch gewisse Ansätze einer Justizreform. Die im Dezember 1958 verabschiedeten neuen Strafrechtsgrundlagen wiesen vor allem insofern eine rechtsstaatliche Tendenz auf, als nur noch Delikte geahndet werden können, die im Strafgesetzbuch fixiert sind. Der Begriff „Volksfeind“ wurde gestrichen, allerdings schon wenig später durch den des „Parasiten“ ersetzt. Die Bestrafung eines Täters darf nur noch im Rahmen eines Gerichtsurteils und nicht mehr allein auf Grund eines (oft erpreßten) Geständnisses erfolgen. Auch die Sippenhaftung ist abgeschafft worden. Es entstand ein schmaler Raum privater Sphäre. So wurde die Zurückdrängung der Geheimpolizei rechtlich festgelegt, freilich nur durch eine vorerst sehr schwache Schranke. Kenner der Materie sind der Ansicht, daß diese Schranke nicht auf Initiative der Parteiführung, sondern als „Folge einer langen und hartnäckigen Diskussion in den Kreisen der sowjetischen Juristen (und ihres Drucks auf die Parteiorgane“¹⁷⁶⁾ errichtet worden ist. Allerdings schränkte die sogenannte „Rechtsverfolgung durch das Kollektiv“

die rechtsstaatliche Tendenz wieder ein. So sind z. B. nicht nur die Unionsrepubliken aufgrund der Strafgesetzgebung befugt, „Parasiten“, die sich ihrer Arbeitspflicht entziehen, mit zwei bis fünf Jahren Verbannung zu bestrafen, sondern auch neugeschaffene Kameraden- und Dorfgerichte sind bevollmächtigt, außerhalb des ordentlichen Rechtswegs kleinere Strafen zu verhängen.

Ebenso widerspruchsvoll war die Erziehungs- und Bildungsreform des Jahres 1958. Die Wiedereinführung der von Stalin aufgehobenen Schuldgeldfreiheit hatte eine erhebliche Beschränkung der Berufswahl zur Folge. Die Durchbrechung des Bildungsprivilegs der neuen Klasse verkoppelte sich mit der Verpflichtung aller Studenten und Schüler zur praktischen Arbeit in den Betrieben.

Geistige Veränderungen

Auch die erste der geistigen Veränderungen war vom Zwiespalt gezeichnet. Unter Stalin hatte das Staatseigentum als höchste Form des Eigentums gegolten, auf dessen Niveau auch das genossenschaftliche Eigentum der Kolchosen gehoben werden sollte. 1958 wurde diese These als falsch verworfen, denn von ihrem Standpunkt war der Verkauf des staatlichen Maschinenparks der MTS an die genossenschaftlichen Kolchosen ein historischer Rückschritt. Deshalb mußte die kommunistische Ideologie auf den neuesten Stand pragmatischer Politik gebracht werden. Die neue These von der Gleichwertigkeit des staatlichen und genossenschaftlichen Eigentums stimmte jedoch ganz und gar nicht mit der Tatsache überein, daß Chruschtschow die Umwandlung vieler Kolchosen in Staatsgüter eingeleitet hatte. Das ist ein Beispiel, wie praktische Reformen eine Reform der Ideologie nachziehen können. Zugleich zeigt es auf, welche Verwirrung 1958 in der Sowjetunion geherrscht haben muß, da doch die neue Theorie teilweise auch der neuen Praxis widersprach.

Es besteht aber kein Zweifel, daß die Abwertung des Staatseigentums nicht nur apolegetische Bedeutung besaß. Aus einem umfangreichen Bericht über eine wissenschaftliche Konferenz, die theoretische Fragen des kommunistischen Aufbaus erörterte und Mitte 1958 stattfand, geht einwandfrei hervor, daß schon eine beträchtliche Anzahl Wissenschaftler und Theoretiker aus dem geistigen Käfig des Stalinismus ausgebrochen war. Laut Laptew darf das Kolchos-Eigentum schon deshalb nicht geringer als das staatliche bewertet wer-

¹⁷⁵⁾ Kommentar von G. Berkenkopf, in: Ostprobleme vom 3. 1. 1958.

¹⁷⁶⁾ So z. B. W. Bronska-Pampuch, in: Ostprobleme vom 6. 3. 1959.

den, weil es mehr als Gruppeneigentum ist und die Mitglieder am Ertrag nur beteiligt sind (ohne jedoch Verfügungsgewalt zu besitzen). *Nemtschinow* deckte den Scheinkommunismus auf, der in Naturalentlohnung innerhalb von Kolchosen besteht, die manchmal nicht einmal das Existenzminimum gewährleisten können (Kommunismus soll ja volle Bedürfnisbefriedigung auf der Grundlage eines Überflusses sein). Nach *Ostrowitjanow* wird die Geld- und Warenwirtschaft (sie sollte schon unmittelbar nach der Oktoberrevolution verschwinden, wurde aber nur vorübergehend durch den Kriegskommunismus ersetzt) auch im Kommunismus möglicherweise „noch eine Zeitlang beibehalten werden“¹⁷⁷). *Konrod* schlug eine Neuformulierung der sozialistischen Produktionsverhältnisse vor, die man nicht länger als Beziehungen der freundschaftlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe verklären dürfe — als sozialistisch könnten übrigens nur solche Produktionsverhältnisse bewertet werden, „die auf der Verteilung nach der Leistung und auf der Aneignung des Mehrprodukts einzig und allein (!) durch die Werktätigen basieren“¹⁷⁸). Damit war eine alte Forderung der europäischen Arbeiterbewegung, ja selbst die Lassallesche Konzeption des vollen Arbeitsertrags wieder aufgegriffen und verschleiert angedeutet, daß die neue bürokratische Klasse, weil sie nicht werktätig ist, keinen Anspruch auf das Sozialprodukt hat.

Angesichts der sowjetischen Verurteilung des Anarcho-Kommunismus im neuen jugoslawischen Parteiprogramm mußte es verblüffen, daß die KPdSU noch im gleichen Jahr den jugoslawischen Grundgedanken der gesellschaftlichen Selbstverwaltung zu übernehmen begann, wenn sie ihn auch seltsam modifizierte. Unter Hinweis auf Chruschtschows Thesen zum XXI. Parteitag hieß es Ende 1958 in einer sowjetischen Zeitschrift: „In der Periode des kommunistischen Aufbaus häufen sich die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Voraussetzungen für das zukünftige Absterben der inneren Funktionen des Staates und ihrer Ablösung durch gesellschaftliche Organisationen für die Verwaltung der kommunistischen Wirtschaft und Kultur.“¹⁷⁹) Gleichzeitig hieß es aber: „Die weitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie ... bedeutet nicht das ‚Absterben‘, sondern die Festigung des

sozialistischen Staates“¹⁸⁰), der durch Heranziehung gesellschaftlicher Verbände und Mobilisierung ehrenamtlicher Mitarbeit noch gestärkt werden müsse. Außerdem wurde eine spanische Wand zwischen dem inneren und dem äußeren Staat errichtet. Nur der innere übertrage seine Funktionen schrittweise auf gesellschaftliche Organisationen, während der äußere sich erst dann in einen Halbstaat verwandeln könne, wenn es kein „imperialistisches Lager“ mehr gebe.

Dennoch markierte das verschämte Plagiat der jugoslawischen Selbstverwaltung einen Wendepunkt, hinter dem sich der Weg, falls man ihn nicht mehr verließ, immer weiter vom stalinistischen Staatskommunismus entfernte. In Chruschtschows Referat auf dem XXI. Parteitag der KPdSU war ausdrücklich vom Absterben des Staates die Rede. Die theoretische Zeitschrift „Kommunist“ malte anschließend sogar eine „Weltgesellschaft mit kommunistischer Selbstverwaltung“¹⁸¹) aus.

Es tauchten jedoch zwei verschiedene Ansichten darüber auf, wer die führende Rolle im Komplex der gesellschaftlichen Selbstverwaltung spielen soll. Während der Theoretiker *Dawletkeldijew* die Ansicht vertrat, daß die führende Rolle den Sowjets zufallen könne (die als „eigentliche Massenorganisationen in Stadt und Land“ nur noch in seinem Kopf bestanden), ließ ein anderer Theoretiker namens *Jegorow* verlauten: „Die Partei wird länger bestehen als der Staat“¹⁸²). Aber auch er war der Meinung, daß die Kommunistische Partei später ebenfalls absterben wird und ihre Funktionen „auf Organe übergehen, deren System die kommunistische Selbstverwaltung bildet“¹⁸³). Wie wir noch sehen werden, schloß sich Chruschtschow dieser Ansicht nur bedingt an. Im Zuge seiner eigenen geistigen Entwicklung distanzierte er sich von *Dawletkeldijew* und von *Jegorow*, aber ebenso von *Stapanjan*, der im Oktober 1958 die These von der ungleichmäßigen Entwicklung des sozialistischen Weltsystems aufgestellt hatte, obwohl er wissen mußte, daß die ungleichmäßige Entwicklung des Kapitalismus in der marxistisch-leninistischen Theorie als entscheidende Kriegsursache galt. 1959 war noch nichts ausgegoren. Den sprechendsten Beweis lieferte das abermalige Verschieben der Ausarbeitung eines neuen Programms bis zum nächsten Parteitag.

¹⁸⁰) Ebenda, S. 161.

¹⁸¹) Ostprobleme vom 16. 10. 1959, S. 667.

¹⁸²) Ebenda, S. 664.

¹⁸³) Ebenda.

¹⁷⁷) Ostprobleme vom 6. 3. 1959, S. 150.

¹⁷⁸) Ebenda, S. 154.

¹⁷⁹) Ebenda, S. 161.

Noch größere Aufmerksamkeit verdient eine Konferenz des Philosophischen Instituts der Akademie der Wissenschaften, die vom 21. bis 26. April 1958 nach Moskau einberufen wurde. Zum erstenmal seit 1932, als das stalinistische Zentralkomitee den Marxismus-Leninismus zur unantastbaren Staatsphilosophie erhoben hatte, fand eine verhältnismäßig offene Diskussion über den Dialektischen Materialismus als dem philosophischen Kern der kommunistischen Ideologie statt. Dieses Ereignis war an sich schon bedeutsam genug, jedoch erregender waren einige Referate und Symptome. Zunächst zeigte sich, daß der Dialektische Materialismus, obwohl ihm die Weihe einer Zentralwissenschaft verliehen worden war, im Grunde noch immer ein Provisorium ist. Nicht einmal über seine Grundbegriffe — Widerspruch und Gegensatz, Materie und Entwicklung — herrscht Klarheit. Auch das sogenannte Grundgesetz der Dialektik — Entwicklung als Einheit und Kampf der Gegensätze — fanden Karabanow, Gajdukow und andere Philosophen wenig ideal. Ein sowjetischer Philosoph tschechischer Abstammung, Kolman, nannte als Grundwiderspruch der Materie den zwischen Raum und Zeit, obwohl Raum und Zeit nach Engels nur Daseinsformen der Materie und nicht diese selber sind. Kolman kritisierte die Große Sowjetenzyklopädie wegen ihres primitiven Definitionszirkels. Er meinte, die moderne Physik sei zwar eine großartige Bestätigung der Dialektik und des philosophischen Materialismus, sie bestätige aber zugleich die Notwendigkeit der formalen Logik, die auch heute noch „eine riesige Bedeutung für die Entwicklung der Wissenschaft“¹⁸⁴⁾ habe. Bis dahin war die formale Logik als verschimmelte Methode der reaktionären Metaphysik und als Gegensatz zur Dialektik bezeichnet worden. Nun soll sie in die dialektische Logik offenbar zu dem Zweck eingebaut werden, den sophistischen Mißbrauch der Dialektik einzudämmen; denn einige „Dialektiker“ hatten sich bereits bis zu der Behauptung verstiegen, daß materielle Widersprüche auch zu legitimen Widersprüchen des Urteils führen könnten. Dieser Einstellung, die jegliche wissenschaftliche und philosophische Tätigkeit zu entwerten drohte, stemmte sich eine ganze Reihe Konferenzteilnehmer durch die gemeinsame Rehabilitierung der formalen Logik entgegen, weil „die logi-

¹⁸⁴⁾ Das Widerspruchsprinzip in der neueren sowjetischen Philosophie (Dokumentation des Osteuropa-instituts), herausgegeben von der Universität Freiburg/Schweiz, Dortrecht 1959, S. 63.

sche Widerspruchsfreiheit eine notwendige Bedingung für das Wahrsein der Urteile“¹⁸⁵⁾ sei.

Viele der sowjetischen Philosophen waren sich auch darüber einig, daß die Dialektik in der Stalinzeit als Ketzertum galt, weil sie die Phraseologie des glücklichen Lebens, das jeden Tag glücklicher werde, bedenklich störte. Nun müßten die gesellschaftlichen Widersprüche wieder als Triebkräfte der sozialen und politischen Entwicklung anerkannt werden. Damit wird die Dialektik von den Kommunisten auf den Kommunismus selbst angewendet. Diese neue Erscheinung ist in ihrer gewaltigen Bedeutung nur mit der Marx-Renaissance zu vergleichen. Die Dialektik stellt ihrem ursprünglichen Wesen nach eine Methode radikaler und rücksichtsloser Kritik dar; sie kann zu ähnlichen Ergebnissen wie die Marxsche Analyse des Kapitalismus führen. Daher war dieses Resultat der philosophischen Konferenz am allerwenigsten geeignet, den Männern um Chruschtschow und diesem selber Vertrauen in die Intelligenz einzuflößen. Das konnte um so weniger der Fall sein, als sie von einem der Philosophen gleichsam warnend darauf hingewiesen wurden, daß eine „Teillösung der Widersprüche (etwa des Stalinismus — G. B.) deren Wiedererstehung im nachfolgenden Zyklus zur Folge hat“¹⁸⁶⁾.

Auf der Konferenz machte sich auch erstmals ein geistiger Einfluß Mao Tse-tungs in der Sowjetunion bemerkbar. Fedosew lobte ihn direkt, Dudel verschwieg seinen Namen, doch bestand sein gesamtes Referat aus einer Rezeption der maoistischen Ideen, wie sie in den philosophischen Schriften des chinesischen Parteiführers niedergelegt worden waren¹⁸⁷⁾. Stalins Wegfall als „Klassiker“ hatte anscheinend ein geistiges Vakuum geschaffen, das von Chruschtschow zumindest auf philosophischem Gebiet nicht ausgefüllt werden konnte. Mao bot sich als neuer und einzig lebender Klassiker an, was zu gegebener Zeit auch einen politischen Führungsanspruch Peking begünstigen konnte. War es ein Zufall, daß Chruschtschow die chinesischen Volkskommunen schon 1958 altmodisch nannte und im Mai 1959 mit dem chinesischen Verteidigungsminister in Tirana zusammentraf, um ein Komplott gegen Mao zu schmieden?

Zum Kreis der geistigen Veränderungen in dieser Phase gehörte schließlich auch eine

¹⁸⁵⁾ Ebenda, S. 65.

¹⁸⁶⁾ Ebenda, S.12.

¹⁸⁷⁾ Ebenda, S. 11/12/13.

Neubewertung der Wissenschaft. Man wird sie ebenfalls in jene Wandlungsprozesse einreihen können, die für lange Zeit die Richtung der Entwicklung zu bestimmen vermögen, ohne daß sie dem oberflächlichen Betrachter, der sich ganz im Sinne des Vulgärmarxismus schon vielfach angewöhnt hat, nur noch nach „materiellen Fakten“ Ausschau zu halten, überhaupt zu Gesicht kommen.

1959 erschien ein Aufsatz von W. J. Jelmejew über die Rolle der geistigen Arbeit, der ohne Übertreibung sensationell genannt werden kann. Er revidierte nämlich den kommunistischen Produktivitätsbegriff, rückte den anti-intellektuellen Vorurteilen zu Leibe und stellte insgeheim ein neues Wertsystem auf. Der Autor stellte fest, daß die physische Arbeit nur noch ein Prozent der Weltproduktion an Energie ausmacht. Zu den einfachen Arbeitern gesellen sich in den Betrieben immer mehr Menschen mit Oberschul-, Fach- und Hochschulbildung. „Die Hauptrichtung der Entwicklung... ist die Umwandlung der körperlichen in ingenieur-technische Arbeit“. Infolgedessen dürfen nicht länger allein diejenigen — das heißt die Arbeiter — als produktiv gelten, deren Tätigkeit in der unmittelbaren Erzeugung materieller Güter besteht. Gesellschaftliche Produktion heißt, daß in der industriellen Gesellschaft alle Produkte gemeinsame Erzeugnisse eines kombinierten Arbeitspersonals sind. Auch die Ingenieure und Techniker „werden zu produktiv Tätigen, und deshalb gehören sie zusammen mit den körperlich Arbeitenden zu den Produktivkräften der Gesellschaft“.

Daneben treten die Naturwissenschaften und technischen Wissenschaften neuerdings als ein besonderer Produktionszweig auf. „Wenn die Arbeit der Ingenieure und Techniker der erste Schritt bei der Umwandlung einer bestimmten Art der geistigen Tätigkeit in produktive Arbeit war, so ist der zweite Schritt in dieser Richtung die Vereinigung der wissenschaftlichen Arbeit mit der produktiven“. In einigen Industriezweigen hat die wissenschaftliche Tätigkeit sogar jetzt schon die Bedeutung unmittelbar produktiver Arbeit erlangt. „So bedarf zum Beispiel die Lenkung von Kernprozessen in den Atomreaktoren und deren Kontrolle der wissenschaftlichen Arbeit. Das trifft auch auf die Arbeit mit den elektronischen Rechenmaschinen zu. Unter diesen Bedingungen verwandelt sich der Wissenschaftler in einen produktiv Tätigen...“ Während die Handarbeit bei der Bedienung von Maschinen im Zuge der Automation überflüssig wird, er-

langt die intellektuelle Seite des Produktionsprozesses „ständig wachsende Bedeutung“¹⁸⁸).

Der Kenner des Marxismus wird darauf verweisen, daß Marx schon im „Kapital“ die gesellschaftliche Produktion im gleichen Sinne wie Jelmejew 90 Jahre später aufgefaßt hat. Das zeigt jedoch nur auf, wie weit der stalinistische Kommunismus hinter Marx zurückgeglitten war. Soweit er sich überhaupt auf Marx berufen konnte, ist er ein Vulgärmarxismus gewesen. In der Zeit von 1957 bis 1959 war jedoch nicht nur eine Rückbesinnung auf den ursprünglichen Marxismus zu verzeichnen, sondern gleichzeitig auch der beginnende Versuch, die neuen Wirklichkeiten theoretisch zu erfassen, wobei im Ansatz schon über Marx hinausgegangen wurde. Marx hatte die Arbeiterschaft immer für die entscheidende Kraft der industriellen Gesellschaft gehalten, bei Jelmejew wird sie plötzlich auf den dritten Platz verwiesen, und nicht etwa im Sinne der Parteibürokratie. In seinem Gesellschaftsbild wird zwar auch die Basis von der Arbeiterschaft gestellt, doch eigentlich nur noch im negativen Sinne der Repräsentanz körperlicher Arbeit, deren Umfang und deren Bedeutung ständig schmilzt. Der Arbeiter hat nur noch eine Chance, wenn er die Stufe des Technikers und Ingenieurs erklimmt. Die Ingenieure und Techniker müssen ihrerseits das Niveau der wissenschaftlichen Forschung erreichen, weil die moderne Industrie immer mehr nach Einführung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse in den Produktionsprozeß drängt. So ergibt sich eine neue, dreistufige Hierarchie der Gesellschaft. Auf der obersten Stufe stehen die Wissenschaftler, auf der mittleren die Ingenieure und Techniker, auf der untersten die Arbeiter und kleinen Angestellten. Demgegenüber bezeichnen sich die Kommunistischen Parteien meist noch immer als Arbeiterparteien, und sie pochen in der Regel darauf, daß ihre Staaten solche der Arbeiter sind. Aus dem Blickwinkel Jelmejews gesehen kann man das nur rückständig und lächerlich nennen.

Wissenschaft oder Ideologie?

Die Kommunistische Partei kommt in Jelmejews Schema überhaupt nicht mehr vor. Wenn sie in einem zurückgebliebenen Land die Forcierung der industriellen Revolution überneh-

¹⁸⁸) Kultur und Fortschritt, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Ost-Berlin, Dezember 1959 — das Datum der Originalveröffentlichung in russischer Sprache konnte nicht festgestellt werden.

men kann, so ist sie in einer modernen Industriegesellschaft überflüssig. Die zweite industrielle Revolution, deren geistige Verarbeitung Jelmejew als erster unter den sowjetischen Kommunisten versucht hat, räumt mit den Ergebnissen der ersten auf und wälzt die Gesellschaft abermals um, viel gründlicher, als eine politische oder soziale Revolution dies vermöchte. Es fragt sich, ob die kommunistischen Revolutionen vielleicht nur Erfüllungsgehilfen der industriellen sind, ob die kommunistische Weltrevolution eventuell nur als Ausläufer der industriellen Weltrevolution begriffen werden kann. Dies würde heißen, daß ihre Chancen im wesentlichen auf zurückgebliebene Länder beschränkt sind. Jedenfalls fällt auf, daß die meisten kommunistischen Staaten, angefangen von der Sowjetunion selbst, zum Zeitpunkt der kommunistischen Machtergreifung Entwicklungsländer waren. Indessen ist es trotzdem möglich, daß die anderen Fälle — zum Beispiel die Tschechoslowakei — mehr als Ausnahmen von einer Regel sind. Schließlich kann auch nicht von vornherein ausgeschlossen werden, daß eine kommunistische Partei es versteht, sich von den Verhältnissen eines zurückgebliebenen Landes auf die Situation einer modernen Industriegesellschaft umzustellen. Dies verlangt aber in jedem Falle von ihr, daß sie die Ideologie nicht mehr über die Wissenschaft stellt. Kann sie das tun, ohne ihre Macht zu gefährden? Müßte die politische Partei nicht durch eine Partei der Wissenschaft abgelöst werden? In einer modernen kommunistischen Industriegesellschaft entsteht unweigerlich die Alternative: Primat der Ideologie oder Primat der Wissenschaft?

Der Übergang von Stalin zu Chruschtschow war in der Sowjetunion mit dem Hinüberwachen von der ersten in die zweite industrielle Revolution verbunden. Es ging nicht nur darum, die kommunistischen Herrschaftsformen von jenen Kompetenzen zu befreien, die nach dem marxistischen Schema der Sozialformationen eigentlich aus dem Zeitalter der Sklaverei und des Feudalismus stammten — Zwangsarbeit an industriellen Projekten und staatliche Leibeigenschaft in den Kolchosen und Sowchosen —, man mußte sie auch den Erfordernissen einer höheren Phase der Industriegesellschaft anpassen, als sie in der UdSSR bis zum Zweiten Weltkrieg bestand. Vor allem war es nötig, jene neuen gesellschaftlichen Kräfte, die von der ersten industriellen Revolution hervorgebracht worden waren, aber zunächst im Schatten zwischen

Arbeitern und Unternehmerstaat standen — Techniker und Ingenieure auf der einen, Manager und Wissenschaftler auf der anderen Seite —, in das kommunistische Herrschaftssystem einzugliedern. Unter Stalin waren alle Angehörigen dieser Gruppe als potentielle Feinde verdächtig. Man bezahlte ihnen zwar hohe Gehälter, betrachtete sie aber als bourgeois. In der Stalinzeit galt die Intelligenz lediglich als eine labile „Zwischenschicht“ und als ebenso unzuverlässig wie das Kleinbürgertum in den westlichen Ländern. Am liebsten hätte man neben jeden Angehörigen der Intelligenz einen politischen Kommissar gesetzt.

Obzwar Jelmejews Aufsatz seiner innersten Tendenz nach die Grenzen des Kommunismus schon überschritt, scheint er den theoretischen Ausgangspunkt einer solchen Eingliederung gesetzt zu haben. Am 29. September 1959 faßte das Zentralkomitee der KPdSU einen Beschluß über die Rolle der Wissenschaft im technischen Fortschritt und über die Einführung wissenschaftlicher Errungenschaften in der Produktion, der die „Schaffung wissenschaftlicher Forschungsinstitute direkt bei den Großbetrieben“ vorsah, aber auch darauf bestand, daß „die schöpferische Weiterentwicklung der Wissenschaft und Technik in untrennbarer Verbindung mit der Praxis des kommunistischen Aufbaus“¹⁸⁹⁾ erfolgt. Im ideologischen Vorspruch hieß es, daß in der Sowjetunion „alle notwendigen Voraussetzungen für eine schöpferische Entwicklung der Wissenschaft und Technik geschaffen worden“ seien. Hierbei wurde etwas vergessen. Zu diesen Voraussetzungen gehört nämlich auch eine freie Atmosphäre des unbehinderten Meinungsstreits, die speziell für die Wissenschaft ebenso notwendig ist wie das tägliche Brot für den Menschen. Eine weitere Voraussetzung, die noch unerfüllt war, bestand im Zugang zu allen Informationen über die wissenschaftliche und technische Entwicklung des Westens.

Es mutete merkwürdig an, daß Chruschtschow auf der gleichen Sitzung des Zentralkomitees, die den besagten Beschluß über die Wissenschaft faßte, endgültig wieder den Biologen *Lyssenko* auf den Schild hob, der schon von Stalin protegiert worden war und eine unheilvolle Rolle bei der Unterdrückung jener Genetiker gespielt hatte, die der Morgan-Mendel-Schule angehörten. Nach dem XX. Partei-

¹⁸⁹⁾ Prawda, Moskau, 30. 6. 1959.

tag von seinem Amt als Präsident der landwirtschaftlichen Lenin-Akademie verdrängt, war er schon im September und Dezember 1958 erneut positiv hervorgehoben worden.

Ebenso kontrovers zum Wissenschaftsbeschluß erschien eine Stellungnahme des Zentralkomitees, die sich gegen die Honorierung wissenschaftlicher Vorlesungen im Dienste der Unionsgesellschaft zur Verbreitung politischer und wissenschaftlicher Kenntnisse wandte: „Man muß erreichen, daß die Lektoren für die Vorlesungen in der Regel kein Honorar erhalten, um mit der Zeit ganz zu unbezahlten Vorlesungen überzugehen.“¹⁹⁰⁾ Hier brach das antiintellektuelle Ressentiment bereits wieder durch. Anscheinend tobte in Chruschtschows Brust ein erbitterter Kampf zwischen kommunistischer Tradition und moderner Industriegesellschaft. Beide verlangten ihr Recht, aber ihre Ansprüche liefen und laufen weit auseinander. Was dem einen Kontrahenten bewilligt wird, geht meist auf Kosten des anderen. Dieses Dilemma treibt viele Kommunisten, die gern modern sein wollen, bis an den Rand der Verzweiflung.

Offizielle und offizielle Entstalinisierung

Es wird noch darzustellen sein, wie der kleine und unscheinbare Aufsatz Jelmejews eine größere Umgestaltung des kommunistischen Weltbilds bewirkt hat, als das beim gesamten Chruschtschowismus trotz seiner vielbändigen Emphasen der Fall war. An dieser Stelle wollen wir nur noch erwähnen, daß die geistigen Veränderungen meist von Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften ausgegangen sind, also in erster Linie von Wissenschaftlern statt von Parteiideologen. Fast möchte man sagen, die sowjetische Akademie der Wissenschaften sei schon zu einer besonderen Institution der Entstalinisierung geworden. Zwischen der Entstalinisierung von oben und jener von unten hat sich in der vierten Phase der osteuropäischen Revolution eine Plattform gebildet, die im Unterschied zu den parteioffiziellen Stellungnahmen eine offiziöse Ebene ist; zwar nicht verbindlich, aber durch den festen Rückhalt ihrer Argumente äußerst wirksam. Von dieser Plattform aus wird sowohl die Entstalinisierung von oben als auch die von unten beeinflusst.

Was die erste betrifft, so verwarf die KPdSU in dieser Phase nur wenige Axiome des Stali-

nismus als falsch oder überholt. Als falsch die berüchtigte Formel von der ständigen Zuspitzung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus, als überholt die These von der kapitalistischen Einkreisung des Sowjetstaats. Diese beiden Axiome hatten eine Einheit gebildet, da sie von der innen- und außenpolitischen Seite her gemeinsam den Massenterror theoretisch rechtfertigen sollten. Als Konsequenz ihrer Verwerfung wurde von Chruschtschow auf dem XXI. Parteitag im Januar/Februar 1959 verkündet, daß der Sozialismus in der Sowjetunion nicht nur vollständig, sondern auch endgültig gesiegt habe und durch keine Kraft der Welt mehr rückgängig gemacht werden könne¹⁹¹⁾. Es war unschwer zu erkennen, daß er diese Konsequenz als Stütze seiner Koexistenztheorie brauchte. Nach Stalin würde von einem endgültigen Sieg des Sozialismus in der UdSSR erst beim weltumspannenden Triumph des Kommunismus gesprochen werden können. Chruschtschow revidierte diese Behauptung, indem er erklärte, daß die Gefahr einer „Restauration des Kapitalismus“ in der UdSSR infolge der Entstehung des sozialistischen Weltsystems mit einer Milliarde Menschen gebannt sei. An diesen drei gemäßigten Revisionen ist vielleicht am besten zu ermesen, wieweit die offiziöse Ebene schon vorgeprellt war.

Aber selbst sie war noch zaghaft im Vergleich zu bestimmten Ausdrucksformen der Entstalinisierung von unten, die sich in der vierten Phase wesentlich verbreiten und vertiefen konnte, wenn ihnen auch ein größerer Erfolg noch versagt blieb.

Direkte Aktionen von unten

Nach der Deportation tausender „Unruhestifter“ aus den größeren Städten der Sowjetunion scheint es in den Jahren 1957/58 verhältnismäßig ruhig geblieben zu sein. 1959 kam es jedoch wieder zu direkten Aktionen, deren Vielfalt die Ereignisse des Jahres 1956 übertraf.

Was die vier Studenten getan hatten, die im Januar wegen „schwerer Verbrechen“ abgeurteilt wurden, ließ sich nicht ermitteln. Jedoch informierte die Komsomol-Zeitung ihre Leser in einer einzigen Mai-Nummer gleich über zwei Fälle des Untergrunds. In einem Haus seien „Schreibmaschinen . . . , zahlreiche Matrizen, ein Vervielfältigungsapparat und Stöße antisowjetischer Literatur“ entdeckt wor-

¹⁹⁰⁾ Partijnaja shisn, Moskau 18/59.

¹⁹¹⁾ Leningradskaja Prawda vom 13. 1. 1959.

den, in einem anderen „gab es unter dem Ofen einen Hohlraum, in dem auf einem Vervielfältigungsapparat verschiedene antisowjetische Schriften hergestellt wurden“¹⁹²⁾. Da diese Informationen in der Zeitung des Jugendverbandes standen, dürfte es sich auch bei diesen Verhafteten um jüngere Leute gehandelt haben. Noch weniger klar war ein Zeitungsbericht vom August, wonach sich zwei Gruppen von je fünf Arbeitern aus Leningrader Betrieben an einem See trafen, wo neun den zehnten erschlugen. Alle Arbeiter wurden als „Faschisten“ und „Volksfeinde“ entweder zum Tode oder zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Die wahrscheinlichste Deutung ist jene von Wolgin, „daß hier bei einem Treffen zweier revolutionärer Gruppen Gericht und Abrechnung mit einem Spitzel stattgefunden haben müssen“¹⁹³⁾. Offenbar hatten die Arbeiter der beiden Leningrader Betriebe — entsprechend der konspirativen Tradition des Bolschewismus — illegale Zellen in Gestalt von Fünfergruppen gebildet. Auch die Bolschewiki sind in ihrer illegalen Zeit mit Polizeispitzeln erbarmungslos umgegangen. Sollte Lenins „Was tun?“ nun noch einmal zur Grundlage einer revolutionären Arbeiterbewegung geworden sein? Unwillkürlich mußte man sich ja fragen, wie viele solcher Zellen es in wie vielen Fabriken schon gab.

Seltsames geschah auch in Noworossijsk. Hier wurde ein Chruschtschowbild, das in einem Klub hing, mit einem Trauerflor entdeckt. Kaum war der Flor entfernt, als Chruschtschow einen Schnurrbart aufgemalt erhielt, der ihm unverkennbar die Charakteristik eines neuen Stalin geben sollte. Als man auch das Bild entfernte, erschien auf dem leergebliebenen Platz die mit Kreide geschriebene Frage: „Warum wird Chruschtschow nicht aufgehängt?“ Im Technikum der Stadt rissen unbekannte Täter alle Spruchbänder ab und stellten Lenins Büste in eine Ecke¹⁹⁴⁾.

Der September 1959 verzeichnete ein Ereignis, das in einem demokratischen Land kaum beachtet worden wäre, in einer sowjetischen Kleinstadt aber höchstwahrscheinlich noch niemals vorgekommen ist. Die Chauffeure des kleinen Städtchens Torshok im Gebiet Kalinin streikten für höhere Löhne. Nach ihrer Drohung, eine Delegation nach Moskau zu schicken, wurden ihre Forderungen bewilligt¹⁹⁵⁾.

¹⁹²⁾ Komsomolskaja Prawda vom 31. 5. 1959.

¹⁹³⁾ A. Wolgin, Hier sprechen Russen, S. 476.

¹⁹⁴⁾ Ebenda, S. 468.

¹⁹⁵⁾ Ebenda, S. 480.

Das bedeutendste Ereignis des Jahres 1959 — und zwar nicht allein in der Sowjetunion, sondern im Maßstab aller kommunistischen Länder — war jedoch der Jungarbeiter-Aufstand in Temir-Tau vom 3. bis 5. Oktober 1959. Er begann, wie solche Lawinen fast immer entstehen. In Temir-Tau, das in der Nähe Karagandas liegt, wurde ein neues Hüttenwerk gebaut, wozu der Komsomol rund 3000 Jugendliche beiderlei Geschlechts mobilisiert hatte. Sie mußten neben der Baustelle in Zelten kampieren. Als ihre Beschwerden kein Gehör fanden, besetzten sie am 3. Oktober in einem Handstreich die Stadt und ließen sich nicht einmal einschüchtern, als man Miliz und Militär gegen sie aufbot. Sie entwaffneten die Milizionäre und Soldaten, verschanzten sich mit den erbeuteten Waffen und unternahmen sogar einen Ausbruchversuch, als die Stadt umzingelt wurde. Ein Teil des Militärs soll sich geweigert haben, auf die Jungen und Mädchen zu schießen. Erst Truppen des Staatssicherheitsdienstes konnten den Widerstand brechen. Ein inoffizieller Bericht spricht von 90 Toten und Hunderten Verwundeten¹⁹⁶⁾. Das war ein sowjetisches Posen! Wenn es während seines Verlaufs tatsächlich zur Verweigerung des Schießbefehls durch zahlreiche Soldaten kam — wofür ein Tagesbefehl des sowjetischen Verteidigungsministers über Verletzungen des Dienstes im Turkestaner Militärbezirk als offizielle Bestätigung angesehen werden kann —, dann ging der Aufstand vom Temir-Tau in seiner Bedeutung über die des Posener Aufstands vom Juni 1956 noch hinaus.

Hing es mit der schon zu Beginn und im Frühjahr 1959 aufgedeckten Untergrundtätigkeit zusammen, daß der Staatssicherheitsdienst plötzlich wieder aus dem Hintergrund hervortrat? Im Mai 1959 fand eine Allunionskonferenz seiner leitenden Mitarbeiter statt, die sich „mit Worten heißer Liebe und aufrichtiger Dankbarkeit“ an das Zentralkomitee wandte und seine „väterliche Fürsorge“ rühmte. Man schwor, „auch in Zukunft (!) die Formen und Methoden der Tscheka-Arbeit (!) ständig zu vervollkommen (!) und alle Mitarbeiter im Geiste der ruhmreichen (!) Tradition der Tscheka zu erziehen“¹⁹⁷⁾. Diese in Geist und Wortlaut total stalinistische Resolution wurde in der „Prawda“ abgedruckt. Wahrscheinlich hat sie Millionen sowjetischen Bürgern einen Alptraum beschert. Sie sollte wohl eine Warnung sein, war aber eine ungeheuerliche Heraus-

¹⁹⁶⁾ Ebenda, S. 468/69.

¹⁹⁷⁾ Prawda, Moskau, 18. 5. 1959.

forderung aller überlebenden Opfer der Stalinischen Zwangsmethoden und jener Kommunisten, die nicht mehr hinter den XX. Parteitag zurückgehen wollten.

Kurz darauf wurde auch klar, daß entweder längst nicht alle Zwangsarbeitslager aufgelöst oder bereits neue geschaffen worden sind. Die „Komsomolskaja Prawda“ brachte im August den Brief eines „Bekehrten“, der nebenbei von mehrjähriger Haft in einer „Besserungskolonie“ berichtete und hierbei ausplauderte, daß er gemeinsam mit Kriminellen schwere körperliche Arbeit verrichten mußte, bis er endlich „Mitglied des Aktivsowjets“¹⁹⁸⁾ der Kolonie geworden war. Man setzte also sogar die berüchtigte Methode fort, politische Häftlinge mit Kriminellen zu mischen. Das war auch die Methode des SS in den Konzentrationslagern des Nationalsozialismus gewesen, und jeder, der sie kannte, erinnerte sich ihrer mit Schauern. Die einzige Neuerung in den sowjetischen „Arbeits- und Besserungskolonien“ schien darin zu bestehen, daß die „Aktivisten“ in einen „Sowjet“ kommen konnten. Wer hätte eine solche Erniedrigung der Räteidee für möglich gehalten. Sie war in der Sowjetunion nur noch dazu gut, die Weiterführung des lediglich eingeschränkten Systems der Zwangsarbeit zu verschleiern. Möglicherweise steht die „Sowjet“-Karriere auch den Kriminellen offen.

Drei Linien

Zwiespältiger konnte die Entwicklung kaum noch verlaufen. Man muß jedoch bei aller Zickzackbewegung die Grundlinien im Auge behalten. Trotz des verwirrenden Hin und Hers zeichneten sich während der vierten Phase innerhalb der Sowjetunion drei Tatsachen ab. Ihre wichtigsten Ergebnisse waren das Ende der kollektiven Führung, der Zerfall des geistigen Monopols der Kommunistischen Partei und ein Neuaufbruch der revolutionären Bewegung.

Das Ende der kollektiven Führung durch die Vereinigung der Ämter des Partei- und Regierungschefs stabilisierte zwar Chruschtschows Macht, jedoch nicht die der Partei, in der ein neuer Zyklus von Rivalitäten begann. Von nun an war jedes Wort über Personenkult doppel-sinnig — es konnte Stalin, aber auch Chruschtschow meinen. Auf dem XX. Parteitag hatte es ausdrücklich geheißen, daß man nie mehr eine unbegrenzte Macht zulassen dürfe. Erst durch die im Interesse der osteuropäischen Re-

volution liegende Ausschaltung der Molotow-Malenkow-Fraktion ermöglicht, mußte die Machtkonzentration über kurz oder lang zu neuen Konflikten in der Parteispitze, wahrscheinlich auch zwischen Zentralkomitee und Teilen der Mitgliedschaft führen. Die konservative Fraktion hatte nicht nur Reformen, sondern auch Chruschtschows Drang zur Alleinherrschaft gebremst.

Das Ideenmonopol der Kommunistischen Partei ist die geistige Säule des totalitären Systems. Die Brechung dieses Monopols bedeutete eine in der Stalinära wurzelnde Tradition. Sie hatte sich bis zum Monopol des Generalsekretärs entwickelt. Schließlich durfte niemand mehr außer Stalin selber neue Gedanken äußern. Es gab Ansätze zur Verlagerung dieses unglaublichen Privilegs, das ein großes Volk und eine internationale Bewegung von den geistigen Regungen eines einzigen Mannes abhängig machte, auf Malenkow und später auf Chruschtschow, die als Theoretiker jedoch wenig begabt waren. Sie erteilten daher auch intellektuellen Mitgliedern des Parteiapparates das Wort. Bald ergriffen die Wissenschaftler das Wort von selbst, ohne die Kommunistische Partei und Chruschtschow vorher zu fragen. Auf Konferenzen und Versammlungen trugen sie ihre neuen Gedanken vor.

Der revolutionäre Neuaufbruch fiel erst ins Jahr 1959. Zwei Jahre lang war die Methode der Einschüchterung erfolgreich. 1953 waren Zwangsarbeiter aufgestanden, 1956 Studenten, 1959 fiel das Los auf die Arbeiterjugend. Es ging nicht mehr allein um Stalin, man rebellierte auch gegen Chruschtschow. Und alles, was dem Aufstand von Temir-Tau im Laufe des Jahres schon vorausgegangen war, mündete auch in ihn ein. Aus der historischen Perspektive darf sogar festgestellt werden, daß die Rebellen von 1959 auf den Schultern der Zwangsarbeiter und der Studenten standen. Die revolutionäre Bewegung innerhalb der Sowjetunion war bereits in ihre dritte Periode getreten.

Dem polnischen Posen ist ein „polnischer Oktober“ gefolgt. Wird dem sowjetischen Posen in absehbarer Zeit ein „sowjetischer Oktober“ folgen? Vermutlich ja, wenn die Sowjetunion mit dem Stalinismus nicht endgültig aufräumt.

Im polnischen Oktober ist die Ehre der Posener Aufständischen wiederhergestellt worden. Wird im sowjetischen Oktober, falls er kommen sollte, die Ehre aller Aufstände — von Kronstadt bis Temir-Tau — wiederhergestellt werden? Auch dies ist wahrscheinlich.

¹⁹⁸⁾ Komsomolskaja Prawda, 16. 8. 1959.

Insgesamt lassen sich die drei Jahre der sowjetischen Entwicklung durch die Umstellung eines Lenintitels charakterisieren. Sie bedeuteten für die osteuropäische Revolution zwei Schritte zurück und einen Schritt vorwärts. Doch der letzte Schritt war größer als die beiden anderen zusammen.

Die dritte Kommunismusform (China)

Am 27. Februar und 12. März 1957 hielt Mao Tse-tung seine berühmten Widerspruchsreden, die, wie wir schon erwähnten, eine geänderte und erweiterte Fassung seiner Hundert-Blumenrede waren. Hatte sich die Erklärung der KPCh vom Dezember 1956 insbesondere mit Konflikten zwischen kommunistischen Staaten und Parteien befaßt, so wandte sich Mao nunmehr seinem eigenen Volk und innerpolitischen Problemen zu.

Maos neue Thesen

Mao, der in seiner Schrift „Über den Widerspruch“ (1937) als erster kommunistischer Philosoph zwischen antagonistischen und nichtantagonistischen Widersprüchen unterschieden hatte, wandte diesen theoretischen Gesichtspunkt jetzt auf die kommunistische Praxis an. Er erneuerte in seinen Reden den dialektischen Grundsatz, daß Widersprüche die Triebkräfte der Entwicklung sind. „Viele wagen nicht zuzugeben, daß es noch Widersprüche im Volke gibt, die doch gerade die Kräfte sind, die unsere Gesellschaft vorantreiben.“¹⁹⁹⁾ Mit dieser Bekräftigung hob sich der Maoismus bereits deutlich vom Stalinismus ab, der die Widersprüche in den kommunistischen Ländern vertuschte. Und während die Stalinisten alle objektiven Widersprüche als Sabotageakte des Klassenfeindes interpretierten, der in allen Fällen „liquidiert“ werden müsse, sprach Mao von objektiven Widersprüchen im Volke, die nicht durch Zwang, sondern nur durch demokratische Methoden gelöst werden könnten. Das gelte auch für alle Probleme ideologischen Charakters, weil niemand gezwungen werden könnte, etwas Bestimmtes zu glauben und die kommunistische Weltanschauung anzunehmen. „Bei der Regelung von Fragen ideologischen Charakters oder von Streitfragen im Volke können wir nur demokratische Methoden anwenden, Methoden der Diskussion, der Kritik, der

Überzeugung und Erziehung, nicht aber Zwangs- und Unterdrückungsmaßnahmen.“²⁰⁰⁾

Mao behauptete sogar, daß sich unversöhnliche Widersprüche in versöhnliche verwandeln könnten. „Der Widerspruch zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, der zwischen der nationalen Bourgeoisie und der Arbeiterklasse besteht, ist eigentlich antagonistischer Art. Aber unter den konkreten Verhältnissen, die in China bestehen, kann ein solcher antagonistischer Widerspruch, wenn er richtig gelöst wird, in einen nichtantagonistischen umgewandelt werden und auf friedliche Weise gelöst werden.“²⁰¹⁾ Diese These erklärt eine spezifisch maoistische Methode: die der „Gehirnwäsche“ oder Bewußtseinsreform. Sie geht davon aus, das Klassenfeinde nicht „liquidiert“ werden müssen, sondern umerzogen werden können. Die Methode der Umerziehung wird im großen Maßstab auch auf Intellektuelle angewendet, die von Mao (im Unterschied zu den anderen kommunistischen Führern) schlechthin der Bourgeoisie zugerechnet werden. So schockierend sie sein mag, gegenüber der Methode des Genickschusses ist sie zweifellos noch relativ human.

Mao behauptete ferner, daß sich versöhnliche Widersprüche in unversöhnliche verwandeln können, wobei er das ungarische Beispiel erwähnte. „Unter gewöhnlichen Umständen sind Widersprüche im Volke nicht antagonistisch. Aber wenn man sie nicht ordentlich behandelt, oder wenn wir in unserer Wachsamkeit nachlassen und nicht auf der Hut sind, kann Antagonismus entstehen. . . Solche antagonistischen Aktionen in verhältnismäßig großem Maßstab, wie sie während der Ereignisse in Ungarn stattfanden, erklären sich durch die Tatsache, daß einheimische und ausländische konterrevolutionäre Kräfte am Werk waren.“²⁰²⁾

Soweit die vier neuen Thesen Mao Tse-tungs. Sie zeigten an, daß sich der Maoismus als eine besondere Form der kommunistischen Philosophie und Politik entwickelte, die nicht mit dem Stalinismus gleichgesetzt werden kann; denn alle Thesen standen im Widerspruch zur stalinistischen Doktrin. Die Bewußtseinsreform stand auch im Widerspruch zur stalinistischen Praxis. Nur die Erklärung der ungarischen Revolution durch konterrevolutionäre Kräfte deutete auf eine gewisse Annäherung an den stalinistischen Standpunkt hin.

¹⁹⁹⁾ Ebenda, S. 17.

²⁰¹⁾ Ebenda, S. 11

²⁰²⁾ Ebenda, S. 20

Die große Diskussion

Unter „Volk“ verstand Mao Tse-tung allerdings nur jene Personen und Gruppen, „die der Sache des sozialistischen Aufbaus zustimmen, sie unterstützen und dafür arbeiten“²⁰³). Indem er die Zugehörigkeit zum Volk von der Unterstützung seiner Partei und ihrer speziellen Politik abhängig machte, stieß er selbst jene Chinesen ab, die zwar grundsätzlich die Ziele des Kommunismus bejahten, aber aus diesen oder jenen Gründen die kommunistische Praxis für bedenklich hielten.

Hundert Blumen sollten nur noch unter der Voraussetzung blühen dürfen, daß sie „den sozialistischen Aufbau fördern“, die „volksdemokratische Diktatur festigen“, den „demokratischen Zentralismus stärken“ und die „Führung der Kommunistischen Partei“²⁰⁴) bestätigen. Angesichts solcher Bedingungen, von denen im Mai 1956 noch nichts zu hören war, verblich das farbige Motto von den vielen Denkschulen, die ungehindert miteinander konkurrieren sollten, zu einer grauen und papiernen Phrase.

Dennoch machte das chinesische Volk von der Aufforderung Maos zu einer offenen Diskussion überraschend regen Gebrauch; es stieß alle „Kriterien“ beiseite, die seine Meinungsäußerung eingrenzen sollte — es rannte alle Zäune um. Die Bevölkerung sprudelte über und war froh, nach sieben Jahren erzwungenen Schweigens die Zunge wieder lösen zu können. Doch der Tenor klang anders, als die Pekinger Führung ihn wünschte. Das chinesische Volk zog mit Hilfe seiner Intellektuellen die Bilanz der kommunistischen Politik seit Gründung der chinesischen Volksrepublik im Oktober 1949 und hielt zum Teil Gericht über die Kommunistische Partei, weil sich zwischen dieser und ihm eine Kluft gebildet hatte. So wurde die Diskussion zu einem Stück echter Volksdemokratie.

Zwei Stimmen, die eines Wissenschaftlers und die eines Vertreters der acht Satellitenparteien, welche dem Kommando der Kommunisten in der „Einheitsfront“ unterstehen, waren besonders bezeichnend für die Stimmung im Lande.

Der Professor für Chemie und Physik Ko Pei-chi sagte vor Dozenten der Pekinger Universität: „Als die Kommunistische Partei im Jahre 1949 in unsere Stadt einzog, wurde sie von der Bevölkerung zum Willkommen mit Speise und

Trank empfangen und als Wohltäterin begrüßt. Heute aber kehrt das Volk der Partei den Rücken und meidet sie wie Tod und Teufel... Die Ankauf- und Absatzplanung hat Schiffbruch erlitten. Das Resultat ist ein Engpass in der Versorgung... Die Partei hat Fehler gemacht, und ihre Führer sollten dafür zur Verantwortung gezogen werden... Die Parteimitglieder gebärden sich wie Geheimpolizisten und unterwerfen die Massen ihrer Kontrolle... Ich möchte nochmals darauf hinweisen, daß die Massen drauf und dran sind, die Kommunistische Partei zu stürzen und alle Kommunisten zu erschlagen. Wenn die Partei keine Reformen einleitet und alle Anstrengungen unternimmt, um der Degeneration Einhalt zu gebieten, wird unweigerlich der Tag ihres selbstverschuldeten Endes kommen... Das Scheitern der Drei-Anti-Kampagne (gegen Korruption, Vergeudung und Bürokratismus — G. B.) hat die Schleusen geöffnet. Noch ist es möglich, diese Flut durch Beseitigung der drei Übel unter Kontrolle zu bringen. Andernfalls wird die Kommunistische Partei von den Fluten mitgerissen und den Fischen zum Fraß vorgeworfen werden.“²⁰⁵)

Der Journalist Chu An-ping, Chefredakteur des Organs der „Einheitsfront“, führte in einer Versammlung folgendes aus: „Ich glaube, die Führung des Landes durch eine bestimmte Partei ist nicht gleichbedeutend damit, daß dieses Land der betreffenden Partei gehört... Jahrelang standen Eignung und Befähigung vieler Parteimitglieder in einem Mißverhältnis zu ihren Aufgaben. Sie haben zum Schaden des Staates ihre Ämter schlecht verwaltet, und sie waren nicht imstande, sich den Respekt der Massen zu verschaffen, und daraus hat sich ein gespanntes Verhältnis zwischen der Partei und den Massen ergeben. Aber die Schuld liegt weniger bei den einzelnen Parteimitgliedern als bei der Partei selbst, die überall Böcke zu Gärtnern gemacht hat. Ich möchte wissen, ob die Partei etwa denkt, das ganze Land sei eine einzige ‚königliche Domäne‘, die man einzig und allein mit den Mitgliedern der kommunistischen Großfamilie bewirtschaften kann. Nach meiner Meinung liegt diese Vorstellung, daß ‚die Welt der Partei gehört‘, nicht nur allem Sektierertum zugrunde, sondern sie ist auch die Wurzel vieler Widersprüche zwischen Partei und Parteilosen. Die Handgreiflichkeit des Sektierertums und das schlechte Verhältnis zwischen Partei und Massen sind heute ein für das ganze Land kennzeichnendes Phänomen.“²⁰⁶)

²⁰³) Ebenda, S. 9.

²⁰⁴) Ebenda, S. 62.

²⁰⁵) Jen Min Jih Pao, Peking, 31. 5. und 8. 6. 1957.

²⁰⁶) Ebenda, 2. 6. 1957.

Hier traten die wahren Widersprüche zutage, nämlich zwischen dem Volk und der kommunistischen Bürokratie, zwischen den anderen politischen Gruppen und der Kommunistischen Partei, zwischen den Parteilosen und den Kommunisten. Charakteristisch war die Auflehnung gegen den feudalistischen Geist des kommunistischen Machtmonopols, das, wie in Osteuropa, am heftigsten angegriffen wurde, weil man in diesem Monopol die Wurzel aller Übel sieht, an denen auch der Kommunismus selber krankt.

Es war offenkundig, daß sich das chinesische Volk eine Regierung wünschte, die nicht nur aus Kommunisten bestand und fähiger war, die Probleme des Landes zu lösen. In den Augen vieler Millionen Chinesen hatte die KPCh große Verdienste beim Sturz des korrupten Kuomintang-Regimes und bei der nationalen Einigung Chinas erworben, war aber dann selber korrupt geworden und bürokratisch entartet. Es zeigte sich, daß in China eine ähnliche Situation wie in Ungarn, Polen und anderen Ländern Osteuropas bestand. Auch die Forderungen, die zur Lösung der wahren Widersprüche erhoben wurden, erwiesen sich als analog: Übergang zu einem Zweiparteiensystem mit echter Opposition, Beteiligung der anderen politischen Gruppen und der Parteilosen an der Regierung, Trennung von Partei und Staat.

Djilas Ruf nach einer zweiten Partei war also bis nach China gedrungen. Mao selbst gab das zu. In seinen Ausführungen über die Widersprüche im Volke befaßte er sich nicht weniger als sechsmal mit Ungarn! Seine beiden Reden dienten offensichtlich dem Zweck, die Lehren aus den Ereignissen in Osteuropa und speziell in Ungarn zu ziehen. Wie schief Mao Tse-tung die Probleme schon sah, ergab sich aus seiner irrigen Folgerung, daß das alte System nicht gestürzt und das neue nicht errichtet hätte werden können, wenn das kommunistische Gesellschaftssystem dem Kuomintang-System nicht weit überlegen gewesen wäre. In Wirklichkeit wußte zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der Kuomintang natürlich noch niemand, ob das neue System besser sein würde — man hoffte es nur. Die Kuomintang wurde nicht gestützt, weil der Kommunismus besser, sondern weil sie korrupt und verfault war; weil sie sich als außerstande erwies, die nationalen und sozialen Probleme zu lösen. Aus einer revolutionären Partei war eine reaktionäre geworden, und ein Teil des chinesischen Volkes schien bereits der Ansicht zu sein, daß

sich diese Entwicklung bei der Kommunistischen Partei wiederholte.

Wie geschickt sich das Volk — anders gesonnen und anderer Gestalt als im Bewußtsein Mao Tse-tungs — den Wendungen der offiziellen Politik anzuschmiegen und sie auszunutzen verstand, zeigte die Bildung der „Hundert-Blumen-Gesellschaft“ an der Pekinger Universität. Nach außen hin maoistisch, erklärte sie den Marxismus einschließlich seiner maoistischen Version für überholt²⁰⁷⁾.

Solche Ergebnisse der Diskussion konnten kein Beitrag zur Festigung der kommunistischen Macht sein. Außerdem flackerten im Juni 1957 in mehreren Provinzen neue Unruhen auf. Die chinesische Presse hat selbst von Studenten- und Bauerndemonstrationen berichtet²⁰⁸⁾. Anscheinend sind sie teils durch die Versorgungskrise, teils durch Versuche zur Unterdrückung der Diskussion ausgelöst worden.

Der neue Kurs sollte so mild wie eine frische Brise sein, doch er schlug in ein Gewitter aus. Kaum vier Wochen blühten die Blumen, dann verzauberten sie sich in „giftiges Unkraut“.

Die Unterdrückung begann mit der Entfernung fast aller Personen von ihren Posten, die sich mit ihrer Kritik zu weit vorgewagt hatten. Als abschreckendes Exempel wurden drei Studenten in Wuhan öffentlich hingerichtet, was dafür spricht, daß die Auflehnung unter der Studentenschaft am weitesten verbreitet war. Am 1. August 1957 erließ die Regierung ein Gesetz, das alle mit Zwangsarbeit bedroht, die gegen den Kommunismus auftreten oder eine ihnen übertragene Arbeit verweigern. Als Peking Anfang 1958 das Ergebnis der „Berichtigungskampagne“ bekanntgab, zu der die Kommunistische Partei 1957 rund 750 000 ihrer Funktionäre eingesetzt hatte, befanden sich unter den entlarvten „Staatsfeinden“ auch 5000 Parteimitglieder, 3000 Jungkommunisten und 200 Mitarbeiter der Zentralregierung — ein Beweis, daß es neben den sonstigen Gegensätzen auch einen gewissen Konflikt zwischen Parteiführung und Mitgliedschaft gab²⁰⁹⁾.

Tatsache bleibt jedoch, daß man noch nie so offen wie im Frühjahr 1957 in China — außer in den Tagen der ungarischen Revolution — in einem kommunistischen Land diskutiert hat. Wenn auch Mao Tse-tung mehr eine gelenkte

²⁰⁷⁾ Mehnert, Peking und Moskau, Stuttgart 1962, S. 240.

²⁰⁸⁾ Ostprobleme vom 21. 6. 1957, S. 625/26.

²⁰⁹⁾ Mehnert, Peking und Moskau, S. 246.

als eine freie Diskussion vorgeschwebt hat, ließ er die Zügel mit bemerkenswerter Großzügigkeit schleifen. Manche der ketzerischsten Äußerungen sind im kommunistischen Zentralorgan veröffentlicht worden, in dem sogar von der Gewährung des Streikrechts an die Arbeiter die Rede war. Man öffnete ein großes Ventil, um die Unzufriedenheit entweichen zu lassen. Es war aber offenbar noch längst nicht groß genug, um die Atmosphäre zu reinigen. In den Diskussionen wurde eine strukturelle Reform des Systems verlangt.

Daher griff Mao auf jene Zwangsmethoden zurück, die er im Mai 1956 und noch Anfang 1957 als falsch verurteilt hatte, weil sie doch nichts ausrichten würden. Ohne Zweifel gewann er die Überzeugung, daß zwar eine grundlegende Reform wirklich notwendig sei, aber in einem anderen Sinne, als sie in der offenen Diskussion gefordert worden war. Dies, so scheint mir, ist der wichtigste Grund für die überstürzte Schaffung der Volkskommunen gewesen.

Die Volkskommunen

In seiner Widerspruchsrede vom 27. Februar 1957 hatte Mao gesagt, daß die Festigung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die nach dem Vorbild der russischen Kolchosen geschaffen worden waren, „wahrscheinlich fünf Jahre oder noch etwas länger dauern“²¹⁰) würde. Daß er sie statt dessen binnen anderthalb Jahren aufhob und durch Kommunen ersetzte, ist nur als Konsequenz der gescheiterten Hundert-Blumen-Kampagne und aus den neuen Unruhen vom Juni 1957 zu erklären, letzten Endes aus der osteuropäischen Revolution und ihrem Übergreifen auf China.

Im Frühjahr 1958 kündete die Kommunistische Partei einen „großen Sprung“ an. Die erste Volkskommune wurde im April in Maos Heimatprovinz Honan gebildet und erhielt den Namen „Sputnik“, was heißen sollte, daß sich die chinesische Volksrepublik so schnell wie eine Weltraumrakete vorwärtsbewegt. Als das chinesische Zentralkomitee im August 1958 den Beschluß zur Schaffung der Volkskommunen faßte, waren sie auf dem Lande schon gegründet, weshalb es möglich erscheint, daß Mao Tse-tung die kollektive Führung durchbrochen und sein eigenes Zentralkomitee vor vollendete Tatsachen gestellt hat. In der Sowjetunion hatte die Bildung der Kolchosen mehrere Jahre

in Anspruch genommen, in China ist die Schaffung der landwirtschaftlichen Volkskommunen binnen vier Monaten durchgesetzt worden. Dabei gingen die Kommunen in ihrer Zielsetzung noch weit über die der Kolchosen hinaus, die daher in China als „rückständig“ und „veraltet“²¹¹) hingestellt wurden. Worin bestehen die Unterschiede?

In ihrer ursprünglichen Form gab es grundsätzlich keine privaten Nebenwirtschaften mehr; nur ein paar Obstbäume und Hühner blieben im Privateigentum.

Die Volkskommunen sind nicht nur Großbetriebe, sondern auch Verwaltungseinheiten, in denen Staat und Wirtschaft verschmelzen.

Die Volkskommunen stellen militärische Milizformationen dar; alle Kommunemitglieder beiderlei Geschlechts vom 18. Lebensjahr ab werden zum Milizdienst verpflichtet.

Sie sind auch als politische Erziehungsstätten gedacht; dem zwölfstündigen Arbeitstag schlossen sich anfangs noch zwei Stunden Schulung an.

Schließlich sollen sie landwirtschaftliche Produktionseinheiten und industrielle Betriebe zugleich sein.

Obwohl die Ausgangsmotive für die Schaffung der landwirtschaftlichen Volkskommunen pragmatisch gewesen sein dürften, verbanden sie sich schnell mit ideologischen Zielen. Insgesamt spielten zweifellos folgende Bestrebungen eine Rolle:

a) Maximale Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft, wobei die niedrige Technik durch Organisation kompensiert werden sollte. Die als Vorbild herausgestellte Volkskommune „Sputnik“ erfüllte ihren Fünfjahrplan in drei Monaten²¹²). Die Kommunen sollten kollektive Stachanows sein.

b) Schaffung eines umfassenden Bewässerungssystems als Vorsorge gegen Dürren, die in China schon oft genug zu Bauernaufständen geführt hatten, weil man sie für Zeichen hielt, daß der Herrscher nicht mehr das Mandat des Himmels besitze. Das Problem der Wasserbewirtschaftung war schon immer ein Grundproblem Chinas. Einer der damals prominentesten Parteifunktionäre hat 1964 darauf hingewiesen, daß es vor Bildung der Volkskommunen „nach wie vor seiner grundlegenden

²¹⁰) Mao Tse-tung, Über die richtige Lösung von Widersprüchen im Volke, S. 39.

²¹¹) Z. B. in: Hing-tshi vom 1. 9. 1958 (Leitartikel).

²¹²) Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 18. 10. 1958.

Lösung harnte" ²¹³⁾, weil die Kräfte der Produktionsgenossenschaften infolge ihrer geringen Kopfzahl nicht ausgereicht hätten.

c) Vernichtung des restlichen Eigentums an Boden, Vieh, Geräten und selbst an Gebrauchsgegenständen. Hierbei offenbarte sich, daß die innere Logik des Kommunismus dahin tendiert, außer dem Privateigentum an Produktionsmitteln auch das an Konsumtionsmitteln abzuschaffen.

d) Übergang von der kollektiven Arbeit zur kollektiven Lebensweise. Teilweise wurden selbst Kochtöpfe und Teekessel eingeschmolzen, um jegliches Privatleben zu unterbinden und die proletarisierten Bauern zu zwingen, ihre Mahlzeiten ausschließlich in gemeinsamen Kantinen einzunehmen.

e) Zerstörung der Familie als Widerstandszelle gegen Staat und Partei. Die Kinder wurden von den Eltern, die Männer möglichst auch von den Frauen getrennt, um ihnen sowohl das Recht auf Erziehung als auch die Möglichkeit ungestörter Intimitäten zu nehmen. Dem ersten Zweck dienten Säuglingsheime und Kindergärten mit Ganztagsaufenthalt, dem zweiten Zweck entsprechend wurden in manchen Kommunen getrennte Schlafbaracken für Männer und Frauen errichtet, so daß der politische Kommissar auch die Kontrolle über das Liebesleben erhielt; das Zusammentreffen der Eheleute hing faktisch von seiner Genehmigung ab, wobei eine Variante der Orwellschen Vision Wirklichkeit annahm. Die Zeitschrift der kommunistischen Jugendliga schrieb triumphierend, daß durch die Volkskommunen „der Rahmen der individuellen Familie, der Tausende von Jahren bestand, endgültig zerschmettert" ²¹⁴⁾ sei.

f) Überholen der Sowjetunion auf dem Wege zum Kommunismus. Der XX. Parteitag der KPdSU und deren nach Ansicht Maos „fehlerhafte Politik" gegenüber Polen und Ungarn hatten den sowjetischen Führungsanspruch auch in China erschüttert. Aber das sowjetische System, bis dahin als Vorbild gefeiert, wollte Peking ebenfalls nicht mehr gefallen. Mao bezeichnete das sowjetische, von Chruschtschow noch mehr als von Stalin betonte Prinzip des „materiellen Anreizes" in der Produktion als „bourgeois". Tatsächlich appelliert es ja an den Besitztrieb, der gleichzeitig als „Überrest des Kapitalismus im Bewußtsein der

Menschen" ideologisch bekämpft wird. Wir dürfen sicher sein, daß der chinesische Parteichef den fundamentalen Widerspruch zwischen den wirtschaftlichen und ideologischen Prämissen der sowjetischen Politik durchschaute und seine Übertragung auf China, soweit noch nicht geschehen, zu verhindern suchte. Die Chinesen sollten statt für Lohn und Prämien aus politischer Überzeugung alle ihre Kräfte in den Dienst der Partei und des Staates stellen. Mao entschloß sich, den Weg zu zeigen, der die sowjetische Fehlentwicklung vermeiden und den Weg zum Kommunismus abkürzen könne. Selbst den Achtzig- und Neunzigjährigen in China wurde versichert, sie sollten beruhigt sein und fest daran glauben, daß sie noch vor ihrem Tode „das Glück des Kommunismus genießen können" ²¹⁵⁾. Der Übergang von der sozialistischen zur kommunistischen Phase, die Erreichung des kommunistischen Endziels, wurde also binnen fünf oder höchstens zehn Jahren erwartet, während Chruschtschow noch 1959, nach 42 Jahren kommunistischer Macht, davon sprach, daß erst die „materiell-technische Basis" des Kommunismus in der Sowjetunion geschaffen werden müsse.

g) Vermeidung einer Disproportion zwischen Industrie und Landwirtschaft durch Industrialisierung des Dorfes. Auch hier versuchte Mao meines Erachtens aus den Fehlern des Sowjetkommunismus zu lernen. Die Disproportion zwischen Industrie und Landwirtschaft hat eine tiefgehende Störung beider Sektoren der Wirtschaft in Rußland verursacht. Einer der wichtigsten Gründe war das Primat der Schwerindustrie. Mao hat demgegenüber das Prinzip der gleichzeitigen Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft aufgestellt. In den Kommunen soll es dergestalt verwirklicht werden, daß sie ihre eigene Industrie schaffen, um sich mit Werkzeugen und Maschinen selbst zu versorgen.

h) Militarisierung der Bauernschaft zwecks Vorbereitung auf einen möglichen Krieg. Die Bauern waren die Grundlage der chinesischen Revolution, und sie sollen auch die soziale Basis eines totalen Guerillakrieges sein, falls Formosa eine Landung oder die USA eine Intervention versuchen. Mao weiß sehr genau, daß sich die Städte für einen solchen Krieg wenig eignen. Es ist sicher kein Zufall, daß die Volkskommunen in ihrer Verpflegung und Ausrüstung autark sein sollen. „Jeder Chinese ein Soldat" — zumindest der Miliz. Jede

²¹³⁾ Tao Dschu, Volkskommunen auf dem Vormarsch, Peking 1965, S. 19.

²¹⁴⁾ Mehnert, Peking und Moskau, S. 451.

²¹⁵⁾ Jen Min Jih Pao, Peking, 6. 8. 1958.

Volkskommune eine militärische Festung. Militärische Disziplin bei der Arbeit.

So wurden ökonomische, ideologische und militärische Motive verbunden, wobei die politischen die wichtigsten gewesen sein dürften. Mao hatte in seinen Widerspruchsreden gesagt, das entscheidende Ziel bestehe darin, „die Ursache der Unruhen von Grund auf zu vernichten“²¹⁶⁾. Die große Diskussion war jedoch in neue Unruhen eingemündet. Deshalb strebte Mao jetzt dasselbe Ziel auf einem anderen Weg an. Dieser Weg bestand im Versuch, alle Formen des menschlichen Lebens einer absoluten Kontrolle durch die Kommunistische Partei zu unterwerfen, wofür die Volkskommune als die geeignetste Organisationsform erschien. Anscheinend sah man in einer solchen Kontrolle die einzige Garantie gegen eine Revolution wie die in Ungarn. Die lückenlose Überwachung aller Chinesen in den Volkskommunen vom frühen Morgen bis in die Nacht sollte jeden Widerstand schon im Keim ersticken.

Im Anschluß an die Bildung der Volkskommunen auf dem Lande wurde im August 1958 auch mit ihrer Errichtung in den Städten begonnen. Sie sollten laut Beschluß des Zentralkomitees vom Dezember 1958 „Organisationen der Produktion, des Handels und der Verteilung sein, gesellschaftliche Organisationen... in denen die staatliche Verwaltung und die Verwaltung der Kommune ein und dasselbe sind“²¹⁷⁾. Die Prinzipien waren dieselben wie für das Land. Es ging um die Errichtung eines allumfassenden, einheitlichen Systems, das an die Stelle der volksdemokratischen Struktur treten sollte. Aber der Widerstand in den Städten scheint noch größer als auf dem Lande gewesen zu sein. Jedenfalls fiel auf, daß 1958/59 1,3 Millionen Intellektuelle für ein ganzes Jahr aus den Städten aufs Land zur Umerziehung verschickt worden sind²¹⁸⁾.

In der Landwirtschaft kam es zum Rückgang der Produktion um ein Drittel, vielfach zum Zusammenbruch der Produktion überhaupt und zum Abschlagen des Geflügels durch die Bauern. Hatten diese an die einstigen Gutsbesitzer bis zu 50 % ihrer Ernte abliefern müssen, was von den Kommunisten — mit Recht — als ungeheuerliche Ausbeutung angeprangert worden war, so betrug das Abgabesoll der Volkskommunen an den kommunistischen Staat

bis zu 70 %. Der Rest reichte kaum noch zum Leben, das auch deshalb kaum noch lebenswert war, weil die Bauern neben ihrem täglichen Essen als Monatslohn manchmal nur eine Schachtel Zigaretten erhielten. Das Geld sollte ja ebenfalls abgeschafft werden.

Im Sommer 1958 kam es aus diesen Gründen wiederum zu Unruhen. Die „Pekinger Volkszeitung“ berichtete freilich erst im Dezember, daß Rebellen in verschiedenen Bezirken die Oberhand gewonnen und „chaotische Zustände“ geschaffen hätten. Es wurde von einer „Revolte der Rechtsopportunisten“ gesprochen, die „heimtückisch die Parteiführung und die Übernahme der politischen Gewalt durch das Proletariat angriffen“, aber noch nicht zur Vernunft gebracht werden konnten. Man hoffe aber, daß „die kleine Gruppe... zu der großen revolutionären Gesamtheit zurückkehren“²¹⁹⁾ werde.

Folglich müssen Kommunisten an der Spitze der Rebellen gestanden oder sich ihnen angeschlossen haben, wie das auch in Ungarn und Polen der Fall war. Man konnte auch ersehen, daß die Erhebung, obwohl schon im Sommer begonnen, im Dezember immer noch nicht erstickt war. In ganzen Bezirken scheint die Macht an die Aufständischen übergegangen zu sein, die offenbar sofort alle Maßnahmen rückgängig machten, die mit der Bildung von Kommunen verbunden waren.

Ich bin fest davon überzeugt, daß die 1959 begonnene „Berichtigungskampagne“ in den ländlichen Volkskommunen, die deren „Überspitzungen“ beseitigen sollte, nicht auf sowjetischen Einspruch zurückzuführen war, sondern vor allem auf diese Erhebung, die wesentlich größeren Umfang als alle vorangegangenen Unruhen hatte, und auf den Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugung. Von einer „Kapitulation“ Pekings vor Moskaus Redeschwall konnte wahrlich keine Rede sein. Der sowjetische Einspruch zielte auf die Wiederauflösung der Volkskommunen hin; sie wurden zwar reformiert, aber grundsätzlich beibehalten.

Mit den Volkskommunen — darin besteht ihre Bedeutung über China hinaus — entstand ein drittes Kommunismus-Modell, das sich vom sowjetischen wie vom jugoslawischen unterscheidet. Mit dieser neuen Organisationsform beschritt auch China den Weg des Nationalkommunismus. Er war wiederum mit dem An-

²¹⁶⁾ Mao Tse-tung, Über die richtige Lösung von Widersprüchen im Volke, S. 68.

²¹⁷⁾ Ostprobleme vom 13. 5. 1960, S. 297.

²¹⁸⁾ Mehnert, Peking und Moskau, S. 258.

²¹⁹⁾ Osnabrücker Tagespost, 24. 12. 1958.

spruch verbunden, die beste Form des Kommunismus gefunden zu haben. Was als Versuch geboren wurde, ein chinesisches Ungarn zu verhindern, wurde ungewollt zu einer Fortsetzung der osteuropäischen Revolution, die in China neben dem illegalen nun auch den legalen Weg beschritt.

Der Aufstand in Tibet

Im Frühjahr 1958, als in China die Bildung der ländlichen Volkskommunen begann, erhob sich die Bevölkerung Tibets gegen die chinesische Besatzungsmacht, die im Oktober 1950 einmarschiert war. Vergeblich hatte sich die tibetische Nationalversammlung damals an die Vereinten Nationen mit der Bitte um Hilfe gewandt. Im Mai wurde von den Rebellen ein Waffenarsenal und im Herbst die Stadt Tsetang erobert. Die Erhebung breitete sich bis nach Lhasa aus. Als der Dalai Lama am 9. März 1959 ins chinesische Hauptquartier geladen wurde, fürchtete die Bevölkerung um seine Freiheit und sein Leben. Etwa 10 000 Menschen versammelten sich zu seinem Schutz vor dem Palast, der später beschossen wurde. Die tibetische Regierung berief eine Ständeversammlung ein, die erneut die Unabhängigkeit Tibets proklamierte und den Vertrag mit China kündigte, der dem Mönchsstaat 1951 diktiert worden war²²⁰⁾. Ende März 1959 wurde Lhasa zwei Tage lang bombardiert und zur Unterwerfung gezwungen. Der Dalai Lama war inzwischen nach Indien geflohen, wohin ihm viele seiner Landsleute folgten und wo er erklärte, daß schon bis 1958 in Tibet „über tausend Klöster zerstört“²²¹⁾ worden seien. Die chinesischen Kommunisten hätten Buddha als ein „reaktionäres Element“ bezeichnet und die Mönche teils getötet, teils zur Feldarbeit gezwungen. Allerdings wissen wir u. a. aus dem Buch des Österreichers Harrer, der sieben Jahre in Tibet gelebt hat, daß die Mönche angesichts der chinesischen Intervention nicht passiv geblieben sind, sondern teilweise in der kleinen Armee ihres Landes mitgekämpft haben²²²⁾. Harrer gab die Zahl der Klöster in Tibet mit etwa tausend an, so daß folglich fast alle zerstört worden sind. Die Mönche konnten nichts mehr verlieren als ihre Religion.

Nun hatte auch Peking sein Ungarn. Die Revolution in Tibet war ebenfalls eine Ausweitung der osteuropäischen Revolution auf

asiatischen Boden, und zwar weitgehend in militärischen Formen. Das Echo der großen Ereignisse in Budapest und Warschau, von den anderen Hauptstädten Osteuropas ganz zu schweigen, rollte selbst von den Bergen des Himalaja zurück. Gab es je eine Revolution, die dergleichen vermochte?

Palastrevolte in Peking

Im August 1959 fand eine Sitzung des chinesischen Zentralkomitees statt, die einen Riß im Zentrum der Macht offenlegte. Mao Tse-tung sah sich erstmals seit 1935, als er Generalsekretär der Kommunistischen Partei geworden war, von eigenen Genossen in der Führung ernsthaft bedroht. Kein geringerer als der Verteidigungsminister Peng Teh-huai, Marschall der Volksarmee, Mitglied des Politbüros und Held des Korea-Krieges, verlangte eine Änderung seiner Politik, die er als „kleinbürgerlichen Fanatismus“ charakterisierte, mit der Begründung, daß sonst ein allgemeiner Aufstand des chinesischen Volkes gegen die Kommunistische Partei befürchtet werden müsse. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Befürchtung aus den Unruhen von 1956, 1957 und vor allem vom Sommer 1958 abgeleitet war, die auch andere führende Persönlichkeiten der chinesischen Volksrepublik bedenklich stimmten, so daß Peng nicht allein stand. Er scheint zumindest vom Generalstabschef der Armee, vom Minister für öffentliche Sicherheit und von zwei stellvertretenden Außenministern unterstützt worden zu sein, die allesamt mit ihm abgelöst wurden. In der Opposition waren also Vertreter des Politbüros, der Armee, des Staatssicherheitsdienstes und der Zentralregierung vereinigt, und am gefährlichsten für Mao war Pengs Popularität. Der Verteidigungsminister soll das Eingreifen der Armee zu seinen Gunsten angedroht haben, falls er abgesetzt werden würde²²³⁾. Gefährlich für Mao war auch, daß er hinter dem Rücken des eigenen Zentralkomitees einen Brief an die Moskauer Führung geschrieben und sich deren Unterstützung versichert hatte, denn niemand wußte, wie weit der sowjetische Einfluß in China reichte.

Obwohl auch andere Probleme mitgespielt haben können — genau wie Schukow wurde Peng später vorgeworfen, sich der Parteikontrolle über die Armee widersetzt zu haben —, standen die Volkskommunen im Mittelpunkt

²²⁰⁾ Ostprobleme vom 28. 10. 1960, S. 692.

²²¹⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 17. 11. 1959.

²²²⁾ H. Harrer, Sieben Jahre in Tibet.

²²³⁾ D. A. Charles in: The China Quarterly, London Nr. 8/61.

des innerparteilichen Konflikts. Der Verteidigungsminister und jene, die ihn unterstützten, lehnten sie nicht insgesamt ab, kritisierten aber ihre Schwächen und Folgen. Peng The-huai, der seine Einwände in einem Memorandum niedergelegt und statistisches Material gesammelt hatte, wies auf den unzumutbar niedrigen Lebensstandard der Bevölkerung hin, die sich zum Teil von Algen und Blättern ernähre. Er stellte sogar das kommunistische Machtmonopol mit der Bemerkung in Frage, daß man die Kuomintang angeprangert habe, weil sie die ganze Nation beherrschen wollte. Wie dramatisch die Auseinandersetzung gewesen sein muß, geht daraus hervor, daß Mao seinen Rückzug aufs Land angedroht hat, um dort eine neue Armee zur abermaligen Eroberung der Macht aufzustellen.

Der Verteidigungsminister wurde verhaftet und einer Gehirnwäsche unterzogen. Auch seine Fraktionsgenossen schaltete man aus. Sie galten insgesamt als „Rechtsopportunisten“, die sich auch gegen die Befehlsgewalt und „Diktatur“ der ersten Parteisekretäre ausgesprochen hätten.

Hatte es noch eines letzten Beweises bedurft, daß nach Moskau auch Peking an die Kette der osteuropäischen Revolution und der innerparteilichen Auseinandersetzungen geschmiedet war, zu denen sie überall führt, so gab es nun keinen Zweifel mehr.

Gomulka oder Kolakowski?

Gomulka erneuerte den 1948 abgebrochenen Weg eines polnischen Sozialismus, aber erhebliche Teile der Intelligenz und der Jugend wollten nicht mehr nur nationalen Kommunismus, sondern auch Demokratie. Was sich in Jugoslawien und Ungarn abgespielt hatte, nämlich ein Prozeß des Konflikts zwischen nationalen und weitertreibenden demokratischen Kommunisten, das wiederholte sich nunmehr in Polen. Wie es in Jugoslawien zum Bruch zwischen Tito und Djilas, in Ungarn zwischen Kadar und Nagy gekommen war, so entfaltete sich in Polen die Auseinandersetzung zwischen den Richtungen um Gomulka und Kolakowski. Gleichzeitig bemühten sich die Stalinisten — nach dem Warschauer Vorort, in dem sie zusammentrafen, Natolin-Gruppe genannt — um die Restauration ihres Systems. Die Jahre zwischen 1957 und 1959 standen im Zeichen des Ringens dieser drei politischen Kräfte.

Die Entstalinisierung geht weiter

Die Unterdrückung der ungarischen Revolution erreichte nur zum Teil ihr Nebenziel, auch den Schwung des „polnischen Oktobers“ zu brechen. Auf einigen Gebieten lief die Entstalinisierung erst 1957 richtig an.

Am 1. Januar 1957 wurde unter Leitung der Professoren Lange und Bobrowski ein ökonomischer Rat ins Leben gerufen, der ein neues Wirtschaftsmodell entwarf, dessen Grundzug im Abbau der Befehlswirtschaft zugunsten einer gesellschaftlichen Selbstverwaltung der Industrie bestand. Die Wirtschaft sollte weiterhin zentral geplant, aber dezentral verwaltet werden. Die Betriebe sollten eigenständig sein und in die Hände der Arbeiterräte übergehen. Man versuchte, das Prinzip der Planung mit dem der Rentabilität zu verknüpfen. Gleichzeitig war das Bestreben ersichtlich, die verstaatlichten Produktionsmittel auf die Gesellschaft, als deren Repräsentanten die Arbeiterräte galten, zu übertragen. Prof. Lipinski polemisierte auch gegen das stalinistische Primat der Schwerindustrie, das im Grunde ein Primat der Rüstung sei und zu schwerwiegenden Disproportionen in der Wirtschaft führe. Das neue Wirtschaftsmodell sollte durch eine entsprechende Wirtschaftsreform verwirklicht werden. „Po prostu“ kommentierte es als „Garantie für die Beseitigung der Bürokratie und für die Demokratisierung des wirtschaftlichen Lebens. . . . So aufgefaßt, soll der Plan kein starres, unwiderruflich verpflichtendes Diktat sein, sondern ein handliches und elastisches Arbeitswerkzeug“²²⁴). Das Modell war zwischen dem sowjetischen und dem jugoslawischen Wirtschaftssystem angesiedelt, neigte aber wesentlich mehr dem letzteren zu.

Zu den Wahlen im Januar 1957 durften erstmals episkopatreue Kandidaten aufgestellt werden. Acht von ihnen wurden gewählt, so daß eine zwar kleine, aber echte Opposition im polnischen Sejm entstand, dessen Bedeutung damit als Ganzes stieg. Zuvor hatten alle kommunistischen Parlamente nur als Abstimmungsmaschinen zur Legalisierung kommunistischer Parteibeschlüsse gedient. Jetzt war eine Bresche in diesen trügerischen Mechanismus geschlagen und der Grundstein zur Wiederherstellung der Souveränität des Parlaments im kommunistischen Machtbereich gelegt.

²²⁴) Po prostu 25/27.

Die Kommunistische Partei gab ihr Monopol auf die Organisation der Jugend in einem Einheitsverband preis. Der zerfallene kommunistische Jugendverband beschloß am 11. Januar 1957 seine Selbstauflösung. An seiner Stelle wurde die Sozialistische Liga gebildet, die, wie sie bekanntgab, nur auf freiwillige Mitglieder Wert legt. Neben der Liga breiteten sich überraschend schnell zwei andere Jugendverbände aus: Pfadfinder und Bauernjugend. Die Pfadfinder sind eine neue Erscheinung in kommunistischen Ländern. Der „Verband polnischer Bauernjugend“ entstand als Jugendorganisation der Vereinigten Bauernpartei, die sich gleich der Demokratischen Partei nach dem Oktober aus dem Blocksystem zu lösen versuchte. Es hatte sich auch ein „Verband der jungen Demokraten“ gebildet, der jedoch am 16. Januar 1957 wieder aufgelöst werden mußte. Anscheinend wollte Gomulka den Pluralismus der Jugendbewegungen möglichst begrenzen. Dennoch war hier ein Einbruch des demokratischen Prinzips zu verzeichnen; auch bei der Sozialistischen Liga, die zur Beseitigung der Überreste des Stalinismus und zur Entfaltung der Arbeiterräte beizutragen beschloß. „Jede Form von Unrecht und Verletzung der Menschenrechte“²²⁵⁾ sollte angegriffen werden. Auch die Aufnahme des Begriffs der Menschenrechte war ein neues Moment.

Die Entstalinisierung ging auf dem Gebiet der Literatur und Publizistik ebenfalls voran. Es wurden Schriften von Rosa Luxemburg, Koestler und Deutscher gedruckt, die verfemt gewesen waren. Die Wochenzeitungen „Po prostu“ und „Nowa Kultura“ spürten den Dunkelmännern der stalinistischen Schreckenszeit nach und verlangten Garantien, die eine Wiederholung des Terrors unmöglich machten. *Hochfeld* schrieb, daß nur organisierte Opposition und freie Kritik die Restauration des Stalinismus verhindern könnten²²⁶⁾.

Einen Wiederaufschwung nahm die Wissenschaft, insbesondere die Soziologie. 1957 entstand die Soziologische Gesellschaft, die die Einrichtung von besonderen Lehrstühlen für Soziologie an den Universitäten durchsetzen konnte. Wissenschaftler wie *Ingarden* und *Tatarkiewicz*, denen die Stalinisten das Lehrrecht abgesprochen hatten, konnten wieder Vorlesungen halten.

²²⁵⁾ Kersten, *Aufstand der Intellektuellen*, S. 84/85.

²²⁶⁾ *Po prostu*, 5/57.

Die Neubelebung der wissenschaftlichen, das heißt der kritischen Haltung trug auch zur Versachlichung der ideologischen Diskussionen in Parteikreisen bei. Das zeigte sich auf einer Konferenz über Probleme des Kapitalismus, die im Oktober 1959 in Zakopane stattfand. Hatte bis dahin der Grundsatz gegolten, daß die westliche Wirtschaftsordnung zur Lösung des Problems der Armut unfähig sei, und galt eben dies als Beweis für die Gesetzmäßigkeit des kommunistischen Triumphs im Weltmaßstab, so stellte Prof. Lipinski jetzt fest: „Die marxistische Lehre muß berücksichtigen, daß der sich wandelnde Charakter des Kapitalismus unablässig zu solchen Änderungen der Produktionsmethoden führt, wie sie noch vor kurzem als völlig unwahrscheinlich galten. Der Kapitalismus hat daher in vielen Ländern seiner höchsten Entwicklungsstufe ein Problem gelöst, das bisher in der Geschichte als nicht lösbar gegolten hat und dessen Lösung dem Sozialismus vorbehalten sein sollte — er zerstörte die Not als Massenerscheinung.“²²⁷⁾

Kolakowskis Programm der „neuen Linken“

Mit dieser Einsicht Lipinskis brach die bisherige sozialökonomische Begründung des Kommunismus in sich zusammen. Kolakowski, der mit seiner Unterscheidung zwischen intellektuellem und institutionellem Marxismus beträchtlich zur Versachlichung der Diskussion beitrug, versuchte daher, ihn geistig und moralisch neu zu fundieren, was — man kann es kaum glauben — von seinen innerparteilichen Gegnern als Versuch zur Restauration des Kapitalismus ausgelegt wurde. Er klagte die Stalinisten an, den Begriff des Kommunismus auf Macht und Produktion reduziert zu haben. „Die intellektuellen und moralischen Werte des Kommunismus sind kein Luxus, keine Verzierung seiner Tätigkeit, sondern die Bedingungen seiner Existenz“²²⁸⁾. Ein Kommunismus, dessen Existenzform die nackte Taktik sei, gehe unweigerlich zugrunde. Das gelte auch dann, wenn er den Klassenkampf über menschliche Erwägungen stelle. Ein Kommunist, der Verbrechen begehe, sei ein Verbrecher, selbst wenn er seiner Partei zu nutzen glaube. Das Individuum könne nicht Gegenstand der historischen, sondern nur der moralischen Beurteilung sein. Niemand dürfe sich hinter „historischen Notwendigkeiten“ verstecken und seine Entscheidungen auf anonyme Körperschaften übertragen.

²²⁷⁾ *Politica*, Januar 1965.

²²⁸⁾ L. Kolakowski, *Mensch ohne Alternative*, S. 161.

Am wichtigsten in dieser Zeit war aber das Programm der „neuen Linken“, das Kolakowski formulierte. Die Kommunistische Partei hatte immer als extreme Linke gegolten, und ihre Mitglieder waren hierauf nicht wenig stolz, denn den Begriff „links“ brachten sie mit Freiheit und Fortschritt, mit revolutionärem Geist und persönlichem Mut in Verbindung. Aber was hatte der Stalinismus mit Freiheit und Fortschritt zu tun? Hatte diese Art von Kommunismus ihren revolutionären Geist nicht längst ausgehaucht und persönlichen Mut mit Servilität gegenüber den „Führern“ vertauscht? Kolakowski stellte eine neue historische Situation fest — „die frühere Linke degenerierte und etablierte sich als Rechte“²²⁹). Deshalb hätte sich innerhalb und außerhalb der Kommunistischen Partei eine neue Linke herausgebildet. Er prägte den Begriff der „kommunistischen Linken“, die bereit sein müsse, sich mit allen Linksstehenden sowohl gegen die alte Rechte (den bürgerlichen Konservatismus) als auch gegen die neue Rechte (den Stalinismus) zu verbünden.

Die „Linke“ bedeutete für Kolakowski schlechthin das Streben nach Veränderung, aber die revolutionäre Linke sei mehr, nämlich die „Summe aller endgültigen Forderungen an die bestehende Gesellschaft“²³⁰). Sie bedürfte daher einer neuen Utopie und der Entwicklung zu einer revolutionären Bewegung, die nicht mit einer bestimmten Partei identifiziert werden könne. Ihre Haltung sei die eines „permanenten Revisionismus gegenüber der Wirklichkeit“²³¹). Sie verzichte auf ideelle Kompromisse und auf Mittel, die ihren Grundsätzen widersprechen, aber sie verzichte nicht unbedingt auf Gewalt! Die neue Linke sei „eine Sprengstoffladung, welche die Verhärtung des sozialen Lebens aufbricht, aber sie führt nicht ins Leere“²³²). Die Kräfte der Rechten in der Kommunistischen Partei sind „die Kräfte, die beim Stalinismus beharren, also diejenigen, die das System verteidigen, das den Verzicht auf die polnische Souveränität und die Unterstützung eines fremden Nationalismus befürwortet. Es sind die Kräfte, die die Diktatur des doktrinären Schemas im geistigen, die der Polizei im öffentlichen Leben und die militärische Diktatur im Wirtschaftsleben vertreten, die die Unterdrückung der Meinungsfreiheit fördern, die Phraseolo-

gie von der Volksherrschaft im Munde führen, hinter der sich die Herrschaft des Apparats verbirgt, die sowohl die Meinung der Bevölkerung als auch ihre Bedürfnisse mißachtet“²³³).

Kolakowski nannte sieben programmatische Punkte, die von der neuen Linken im Osten wie im Westen, überall in der Welt, verfolgt werden müßten:

1. Abschaffung aller Privilegien,
2. Abschaffung von Ungleichheit und Diskriminierung sowie Ausbeutung der einen Länder durch die anderen,
3. Kampf gegen die Beschränkung der Freiheit und für die Freiheit der Meinungsäußerung,
4. Verweltlichung des sozialen Lebens,
5. Vernichtung des Rassenhasses,
6. Sieg des rationalen Denkens als integraler Bestandteil des gesellschaftlichen Fortschritts,
7. Beseitigung der Militarisierung des sozialen Lebens und des Denkens.

Dieses Programm wurde im Februar 1957 von „Po prostu“ gedruckt, einer Wochenzeitung mit einer Auflage von 150 000 Exemplaren, die auch unter den jungen Offizieren recht beliebt war. Gleich danach begann die Gegenbewegung.

Für jeden, der zu sehen versteht, ist der Bogen sichtbar, der von Djilas bis zu Kolakowski führt, zugleich auch die Entwicklung des Denkens der kommunistischen Linken.

Ansätze zur Restalinisierung

Während des Entstalinisierungsprozesses breitete sich schon eine Gegentendenz aus. Sie mag anfangs nur von der Absicht gespeist worden sein, Polen das Schicksal Ungarns zu ersparen, richtete sich aber gegen die Errenschaften vom Oktober.

Der erste Schritt war die Wiedereinführung der Pressezensur im Februar 1957. Im Mai folgte die Umbesetzung der Chefredaktion des Zentralorgans „Tribuna Ludu“, wogegen acht Redakteure mit ihrem Rücktritt protestierten. Noch im gleichen Monat eröffnete Gomulka den Angriff gegen Kolakowski — dessen Anhänger sich um „Po prostu“ geschart hatten —,

²²⁹) Ebenda, S. 158

²³⁰) Ebenda, S. 147.

²³¹) Ebenda, S. 154.

²³²) Ebenda, S. 158.

²³³) Ebenda, S. 157.

dem vorgeworfen wurde, sich nicht der Partei unterzuordnen. Obwohl die polnischen Journalisten im Juli die Wiederherstellung der Pressefreiheit verlangten, ließ Gomulka die September-Nummer von „Po prostu“ beschlagnahmen und die Zeitung selbst am 2. Oktober 1957 verbieten, wogegen noch am selben Abend einige Hundert Studenten demonstrierten. Die Redaktion verteilte zwei offene Briefe an den Parteichef in den Fabriken, aber das weitgehend passive Verhalten der Arbeiter zeigte, daß ihre revolutionäre Energie abgeflaut oder erschöpft war. Sie setzten daher auch der Entmachtung der Arbeiterräte im Oktober 1958 keinen ernsthaften Widerstand entgegen. Formal blieb die Arbeiterselbstverwaltung bestehen; sie wurde jedoch der Parteikontrolle in der Weise unterworfen, daß zu jedem Arbeiterrat automatisch ein Vertreter der Kommunistischen Partei und der Staatsgewerkschaft gehört und der Betriebsdirektor an seinen Sitzungen teilnimmt²³⁴⁾. 1959 kam es zur Wiedereinführung des verhassten „sozialistischen Wettbewerbs“ in den Betrieben.

Es ließ auch aufhorchen, daß die beiden liberalsten Mitglieder der kommunistischen Parteiführung, Bienkowski und Morawski, im Herbst 1959 ihre Mitgliedschaft im Politbüro verloren. Hingegen rief Gomulka den stalinistischen General Witazewski aus Prag, wohin er ihn abgeschoben hatte, zurück und ernannte ihn zum stellvertretenden Chef des militärischen Geheimdienstes. Gomulka war weich gegenüber den Stalinisten und hart gegenüber den demokratischen Kommunisten, was im Laufe der Zeit seine eigene Position untergrub. Schon war einer von denen, die ihn eingekerkert hatten, Minc, gegen das neue Wirtschaftsmodell mit der Behauptung aufgetreten, daß Polen hinter den anderen kommunistischen Ländern zurückbleibe. Die Natolin-Fraktion wandte sich selbstverständlich gegen jede Art von Arbeiterräten, und ein Anhänger Gomulkas bestätigte ihr noch, daß niemand von den für die Wirtschaft verantwortlichen Personen den Vorschlag ernst genommen habe, „den Betrieben die absolute Freiheit zu geben und die Direktoren durch Arbeiterräte zu ersetzen“²³⁵⁾.

Aber trotz allem war Polen noch immer das Zentrum der geistigen Entwicklung Osteuropas.

²³⁴⁾ Tribuna Ludu, Warschau, 11. 10. 1958.

²³⁵⁾ Ostprobleme vom 15. 5. 1959, S. 319.

Unter den Trümmern der Revolution (Ungarn)

Die ungarische Revolution schwelte unter ihren Trümmern weiter und konnte erst im Laufe des Jahres 1957 ausgetreten werden. Einige der wichtigsten Maßnahmen der Regierung Kadar waren die Unterdrückung der rebellischen Intelligenz, der revolutionären Jugend und der restlichen Arbeiterräte.

Verfolgung

Am 15. Januar 1957 wurde der Notstand verkündet. Sondergerichte erhielten die Vollmacht, ohne schriftliche Anklage über Revolutionsteilnehmer das Todesurteil zu verhängen. Auch der neugebildete Staatssicherheitsdienst konnte wieder über Tod oder Leben entscheiden. Nochmals entstanden Zwangsarbeitslager. Bis Mitte 1957 waren bereits 60 000 Personen betroffen²³⁶⁾. Noch im Januar sollen zahlreiche Ungarn in die Sowjetunion deportiert worden sein.

Der Schriftstellerverband und die Künstlerverbände wurden verboten, viele Intellektuelle verhaftet, einige — so der Journalist Tolly, der Regisseur Földes und der Pfarrer Gulyás — hingerichtet. Der Schriftsteller Tibor Dèry erhielt neun, der Dramatiker Gyula Háy sechs Jahre Gefängnis. Eingekerkert wurden auch Wissenschaftler wie Bede, Zoltan und Süveges, Künstler wie Bessenyei und Theologen wie Papp²³⁷⁾. Man scheute nicht einmal davor zurück, Jugendliche im Alter von 14 Jahren vor Gericht zu stellen und zum Tode zu verurteilen. Es gab Ansätze zu einer neuen Priesterverfolgung.

Dies alles geschah, obwohl Kadar am 1. Mai 1957 öffentlich zugab, daß die schweren Fehler der vergangenen Jahre geeignet waren, in den Massen das Gefühl berechtigter Verbitterung zu wecken²³⁸⁾. Die Verfolgungen und Unterdrückungen zeigten, wie wenig Ansehen die Regierung Kadar im Volke besaß. Die Anwendung von Gewalt ist auch proportional im Verhältnis zur Autorität, die eine Regierung besitzt — je geringer die Autorität, desto größer das Machtaufgebot.

²³⁶⁾ Ungarn unter Sowjetherrschaft, S. 65.

²³⁷⁾ Ungarn zehn Jahre danach, S. 41.

²³⁸⁾ Kadar — Reden und Artikel, Ost-Berlin 1961, S. 18.

Obwohl versprochen worden war, die Arbeiterräte unangetastet zu lassen, schränkte eine Verordnung vom 5. Januar 1957 ihre Tätigkeit auf ein Mitspracherecht bei Prämien und Löhnen ein. Proteste führten zu Massenverhaftungen an den folgenden Tagen. Dem immer unerträglicher werdenden Druck wichen einige Organe der Arbeiterschaft durch ihre Selbstauflösung aus. Am 10. Januar 1957 gab beispielsweise der Zentrale Arbeiterrat des Budapester Industrievororts Csepel bekannt, daß er nicht mehr imstande sei, sein Mandat zu erfüllen. „Wir spielen keine andere Rolle, als die Befehle der Regierung auszuführen. Wir können aber keine Befehle ausführen, die gegen unsere Überzeugungen sind, und wir können nicht unnötig abwarten, wenn Mitglieder unseres Rates verhaftet und ohne jeden Grund gequält werden und wenn die ganze Arbeit des Arbeiterrats als ‚konterrevolutionär‘ abgestempelt wird.“²³⁹⁾

Obwohl die Demission verständlich war und in der Parteipresse als „Provokation“ bezeichnet wurde, kam sie den Absichten der Regierung entgegen. Kadar wollte nur Arbeiterräte unter der Leitung regimetreuer Kommunisten dulden, und da diese Manipulierung in den meisten Fällen mißlang, verordnete die Regierung durch Erlaß am 30. September 1957 die Auflösung aller Räte. So ging eine der bedeutendsten Errungenschaften der ungarischen Revolution, die Schaffung der Arbeiterselbstverwaltung, wieder verloren, obwohl sie eine wahrhaftig sozialistische Errungenschaft war. Die an ihrer Stelle errichteten Betriebsräte erhielten die Funktion zugewiesen, „wichtige Faktoren bei der Stärkung der Diktatur des Proletariats“²⁴⁰⁾ zu sein. In der gleichen Verordnung, die scheinbar selbständige Betriebsräte vorsah, wurde unmißverständlich erklärt: „Die Staatsunternehmen werden im Namen des Staates durch den Direktor geführt, dessen persönliche Verantwortung die Bildung der Betriebsräte nicht berührt.“²⁴¹⁾ Der stalinistische Betriebsdirektor hielt wieder Einzug, jedoch in Fabriken mit Belegschaften, die nicht mehr dieselben waren wie vor der Revolution.

Kadar hatte die Frage, ob Imre Nagy verurteilt werden würde, mehrmals verneint. Dennoch begann am 28. Januar 1958 ein geheimer Prozeß. Er wurde, nach einem Bericht von Gosztony, „verschiedene Male je nach der Entwicklung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen unterbrochen“²⁴²⁾. Die Entscheidung scheint weniger in Budapest als in Moskau gefallen zu sein. Tibor Meray bezweifelt sogar, „ob der Nagy-Prozeß wirklich von einem ungarischen Gericht geführt wurde oder ob sich das Tribunal nicht wenigstens zum Teil aus Russen zusammensetzte“²⁴³⁾. Beispielsweise enthalte das ungarische Weißbuch Sätze in sehr fragwürdigem Ungarisch — anscheinend handele es sich um Übersetzungen aus einer fremden Sprache.

Vier der Angeklagten — Imre Nagy, Maleter, Szilágyi und Gimes — wurden ohne das Recht auf Berufung zum Tode verurteilt. Nach dem Weißbuch hat nur Gimes seine Handlungsweise bedauert. Laut Kommunique sind die Hinrichtungen am 15. oder 16. Juni 1958 erfolgt. Nagy, der wußte, daß er eines Tages rehabilitiert werden würde, soll erschossen worden sein. Weitere fünf Angeklagte erhielten — ebenfalls ohne das Recht auf Berufung — eine Gefängnisstrafe von fünf Jahren bis lebenslanglich. Die phantasievolle Urteilsbegründung erinnerte an den Rajk-Prozeß, mit dem Unterschied, daß diesmal keine Selbstbezeichnungen vorzuweisen waren. Entgegen der Behauptung des Urteils, daß eine kleine Verschwörergruppe durch systematische Wühlarbeit und „unter aktiver Mitwirkung der Imperialisten einen bewaffneten konterrevolutionären Putsch entfesselt“²⁴⁴⁾ habe, hat der von den Vereinten Nationen eingesetzte Untersuchungsausschuß in seinem der Öffentlichkeit am 20. Juli 1957 übergebenen Bericht feststellen können, „daß sich ein ganzes Volk einmütig für die Beibehaltung seiner sozialistischen Errungenschaften bei gleichzeitiger Abschaffung der kommunistischen Diktatur“²⁴⁵⁾ aussprach, wobei die Erhebung „spontanen Charakter“ besaß.

Kadar und das Vorrücken der Stalinisten

Der ehemalige stalinistische Kultusminister Ungarns, Revai, hatte schon im März 1957 die

²³⁹⁾ E. Kiraly, Die Arbeiterselbstverwaltung in Ungarn, Aufstieg und Niedergang 1956—58, München 1961, S. 79.

²⁴⁰⁾ Ebenda, S. 83.

²⁴¹⁾ Ebenda, S. 84.

²⁴²⁾ Gosztony in: Politische Studien, Nov./Dez. 1966, S. 706.

²⁴³⁾ Meray, 13 Tage . . . , S. 296.

²⁴⁴⁾ Ostprobleme vom 15. 8. 1958.

²⁴⁵⁾ New York Times, 21. 6. 1957.

Einstellung aller Angriffe auf den Stalinismus verlangt; er forderte auch als erster Nagys Tod. Auch Kadar bezeichnete nun die Forderung nach Entstalinisierung als eine „Piratenflagge“, unter der er freilich selbst gesegelt war. Er mußte sich darüber Rechenschaft geben, daß die Stalinisten, falls sie wieder an die Macht kamen, nach seiner eigenen Beteiligung an der ungarischen Revolution fragen würden. Deshalb geriet er zu ihnen in eine ähnlich zwiespältige Lage wie gegenüber den Anhängern Nagys — genau wie Gomulka in Polen —, so daß er eine Politik des Lavierens zwischen beiden Gruppen einschlagen mußte. Nachdem er die eine unterdrückt hatte, bedrängten die andere ihn um so mehr. Am 21. Januar 1958 trat Kadar zur allgemeinen Überraschung „aus gesundheitlichen Gründen“ als Ministerpräsident zurück. Das scheint ein Erfolg der Stalinisten gewesen zu sein. Auf dem Parteitag Ende 1959 drangen sie noch weiter vor. Nach einem Bericht hat dieser Kongreß sogar „völlig unter dem Einfluß der Stalinisten und Rakosi-Anhänger gestanden“²⁴⁶⁾. Für diese These spricht der Zynismus, mit dem die neuerliche Kollektivierung der Landwirtschaft angekündigt wurde. Zumindest war Kadars Stellung innerhalb seiner Partei noch umstritten. Chruschtschow fand sich in Budapest ein, um ihn persönlich zu stützen. Er gab zu, daß der Beschluß zur Intervention in Ungarn auf Widerstand auch in der KPdSU gestoßen ist. Alle Kommunistischen Parteien hätten nach dem XX. Parteitag ein Fieber durchgemacht, aber nun müßten die Uhren wieder aufeinander abgestimmt werden.

Neue Symptome

Auf dem Parteitag wurde bekannt, daß sich in Ungarn eine neue illegale Organisation unter den Losungen der Unabhängigkeit und Neutralität gebildet hatte, der es gelungen war, „eine gewisse Menge demokratie- und sowjetfeindliches Material zu drucken“ und Einfluß unter „gewissen Kreisen der Studentenschaft und der Intelligenz“²⁴⁷⁾ zu gewinnen. Sie habe alle Revisionisten, Nationalkommunisten und die Vertreter der bürgerlichen Parteien vereinigen wollen.

Auf dem Parteitag wurde auch das Buch Erik Molnars über „Einige Wirtschaftsprobleme des gegenwärtigen Kapitalismus“ kritisiert. Mol-

²⁴⁶⁾ V. von Zsolnay in: Ungarn, zehn Jahre danach, S. 41.

²⁴⁷⁾ Ostprobleme vom 5. 2. 1960, S. 67.

nár, ein Kommunist, der zu Kadar hielt, hatte sich mit Stalins Theorie der allgemeinen Krise des Kapitalismus auseinandergesetzt und war hierbei zu ähnlichen Schlüssen wie die polnischen und jugoslawischen Reformer gekommen. Der Klassenkampf habe in den westlichen Ländern das Gesetz der absoluten Verelendung außer Kraft gesetzt. Man könne auch nicht mehr von chronischer Nichtauslastung der Kapazität, permanenter Arbeitslosigkeit und periodischen Krisen sprechen. „Den Tenor oder den Geist meines Buches will ich kurz so interpretieren, daß wir als marxistische Revolutionäre den Tatsachen direkt ins Auge schauen müssen, ohne unseren Blick durch alte Theorien trüben zu lassen. . . . Uns beeinflußt die dogmatische Vergangenheit, eine Bürde, die wie ein Ballast auf uns lastet.“²⁴⁸⁾ Kaum hatte man die Revisionisten der Schule Imre Nagys unterdrückt, da tauchte in Kadars Reihen derselbe Geist auf. Offenbar gab es buchstäblich nichts, was ihn aufhalten und ausrotten konnte.

Die „neue Klasse“ und das Laibacher Programm

Belgrad, obwohl durch die wortbrüchige Verhaftung Imre Nagys beim Verlassen der jugoslawischen Botschaft im November 1956 brüskiert, schien dennoch von seinem seit 1948 verfolgten Kurs abzugehen, als könnte es sich dem Druck der rückläufigen Tendenzen, die Osteuropa und die Sowjetunion überschwemmten, nicht entziehen. Doch der Konflikt mit Moskau erneuerte sich schon nach Ablauf eines Jahres.

Rückläufige Tendenzen

Eine Delegation der KPJ traf sich im August 1957 mit einer Delegation der KPdSU in Bukarest. Die Jugoslawen sagten ihre Teilnahme und Mitarbeit an einer kommunistischen Weltkonferenz zu, die sie vorher abgelehnt hatten. Im Oktober folgte die diplomatische Anerkennung der DDR, deren Repräsentanten mit besonderem Eifer über den Titoismus hergefallen waren und es bald erneut tun sollten.

Belgrad nahm auch die Mitarbeit im Comecon auf, dessen sowjetische Regie nicht übersehen werden konnte, und es schien entschlossen, den vorläufigen Beobachterstatus bald mit der Mitgliedschaft zu vertauschen.

²⁴⁸⁾ Ostprobleme vom 1. 4. 1960, S. 211.

Das Verbot der Zeitschrift „Revue 57“ und die neuerliche Verurteilung von Milovan Djilas ließen sich mit ähnlichen Maßnahmen in anderen kommunistischen Ländern vergleichen, obwohl der in Jugoslawien betroffene Personenkreis sehr klein blieb.

Djilas und „Die neue Klasse“

Djilas, der bereits im Gefängnis saß, wurde am 5. Oktober 1957 wegen „feindlicher Propaganda“ zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt, nachdem sein Buch „Die neue Klasse“ in den USA erschienen war. Er hatte das Manuskript während der Haft abgeschlossen und aus dem Gefängnis mit der Bitte geschmuggelt, die Veröffentlichung möglichst bald ohne Rücksicht auf die Folgen für seine Person zu besorgen. Im Vorwort bekannte er sich nun zum demokratischen Sozialismus westlicher Prägung, was bezeugte, daß ein Kommunist in seiner Entwicklung sogar die Grenze des demokratischen Kommunismus überschreiten kann.

Djilas knüpfte an Trotzki an, der die stalinistische Bürokratie aus dem Typus des Berufsrevolutionärs wachsen sah, aber noch nicht bemerkte, daß diese Bürokratie ihrerseits zur Grundlage einer neuen Klasse von Eigentümern und Ausbeutern wurde — Eigentümern insofern, als sie sich des Monopols auf die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und über die Verteilung des Sozialprodukts bemächtigt, Ausbeutern, weil sie am Proletariat, dem sie schmeichelt, in Wahrheit nur noch insoweit interessiert ist, als es ihr durch möglichst hohe Arbeitsproduktivität ein möglichst gutes Leben gestattet. Doch die neue Klasse hat auch das Machtmonopol an sich gerissen und ist — absoluter als die absoluten Monarchen — nicht bereit, es jemals wieder abzugeben oder zu teilen. Schließlich versucht sie, das Denken zu monopolisieren und erlaubt nur noch Ideen, die sie preisen oder die ihren eigenen Gehirnen entstammen.

So ist vom ursprünglichen Marxismus fast nichts als ein Bodensatz geblieben, so sind die ursprünglichen Revolutionäre zu neuen Despoten geworden, so hat sich statt der klassenlosen Gesellschaft in den kommunistischen Ländern eine neue Klassengesellschaft gebildet, und dies alles im Namen der Arbeiterschaft, obwohl das Besitz-, Macht- und Ideenmonopol der neuen Herrschicht vor allem ein Monopol über die Arbeiter selbst ist, die sie verriet und denen sie mißtraut.

Den Kern der kommunistischen Klasse stellt die Parteibürokratie, und ihre Basis ist die Partei, aus der sie ihren Nachwuchs rekrutiert, deren Gewicht jedoch im gleichen Maße sinkt, wie das der neuen Klasse steigt. Diese verzahnt sich jedoch bis zu einem gewissen Grade auch mit den niederen Schichten und absorbiert deren revolutionäre Elemente. Aber die heroische Epoche des Kommunismus ist vorüber und die neue Klasse hat dem Volk nichts mehr zu sagen. Es käme darauf an, die neuen Despoten ihres Besitzmonopols zu berauben und somit als Klasse wieder zu vernichten. Man müsse den Widerspruch zwischen dem realen Besitz und der formalen Besitzlosigkeit der kommunistischen Klasse im Bewußtsein der von ihr beherrschten Völker intensivieren, um zu wirklichen Veränderungen des kommunistischen Systems zu gelangen, denn nach Stalins Tod habe sich vorerst nur die Methode und nicht das System geändert.

Djilas bezeichnete die Sowjetunion als den am meisten imperialistischen kommunistischen Staat, der nicht freiwillig auf die Beherrschung der anderen kommunistischen Länder verzichte und daher in Konflikt mit deren neuen Klassen gerate, sobald sie stark und selbstbewußt genug geworden seien. „Es ist unmöglich, vorauszusagen, was für Formen die Beziehungen zwischen den kommunistischen Staaten noch annehmen werden. Wie die Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen Regierungen verschiedener Länder bald zu Verschmelzungen und Föderationen führen kann, so können Konflikte zwischen kommunistischen Staaten auch zum Krieg führen. . . . Einerseits werden die nationalen Formen des Kommunismus stärker, aber andererseits nimmt der Sowjetimperialismus nicht ab. . . . Obwohl die Bedingungen für die weitere Integration mit der Sowjetunion verwirklicht werden, so verwirklichen sich doch die Bedingungen, die zur Unabhängigkeit der osteuropäischen kommunistischen Regierungen führen, noch rascher.“²⁴⁹⁾ Jedoch müsse auch berücksichtigt werden, daß irgendeine Kraft den Nationalkommunismus immer wieder zur Sowjetunion zurückzieht.

Tito sei ein großer Revolutionär, aber ein Mann ohne neue Ideen. Die Erwartung, daß die jugoslawische Partei als Brücke zwischen dem Kommunismus und der Sozialdemokratie dienen könne, habe sich als unbegründet erwiesen.

²⁴⁹⁾ Djilas, Die neue Klasse, S. 239 ff.

Djilas irrte in mancherlei Hinsicht. Seine Voraussage, daß weitere kommunistische Revolutionen ohne einen Dritten Weltkrieg unmöglich seien, wurde schon durch Kuba widerlegt. Völlig falsch oder verfrüht war die Behauptung, daß der Kommunismus nirgends anders als in Gestalt des Nationalkommunismus existiert. Man gewann auch den Eindruck, daß der Autor die jugoslawische Dynamik und die Bedeutung der jugoslawischen Reformen unterschätzte.

Djilas zog aber als erster die Summe aller Veränderungen, die der Kommunismus vom Beginn bis zur Mitte unseres Jahrhunderts durchschritt. Er wies auch nach, daß er in das Gegenteil seiner Ziele umgeschlagen war. Außerdem gab er eine auf große Erfahrungen und tiefe Einsichten gestützte Analyse der Situation in den kommunistischen Ländern, die sich im ganzen als treffend erwies. Sein Buch ist ein Dokument der osteuropäischen Revolution. Djilas hatte selbst der neuen Klasse angehört, aber freiwillig auf ihre Privilegien verzichtet. Er kehrte zu seinem Ursprung zurück: dem Kampf gegen alle Formen der menschlichen Ausbeutung und Unterdrückung, von wem auch immer sie gehandhabt werden. Insofern war er unvergleichlich konsequenter als jene Kommunisten, die im Besitz der Macht ihre Herkunft vergaßen. Obwohl sich der Autor vom Kommunismus schon losgesagt hatte, stand in seinem Buch der kommunistische Geist gegen die kommunistische Macht auf. Er wurde daher in allen kommunistischen Ländern, einschließlich Jugoslawiens selbst, zum Staatsfeind Nr. 1. Gleichzeitig gingen aber viele seiner Ideen in das neue jugoslawische Parteiprogramm ein.

Das Laibacher Programm

Die Belgrader Delegation kehrte von der internationalen Konferenz kommunistischer Parteien, die im November 1957 in Moskau stattfand, enttäuscht und verbittert zurück. Chruschtschow glaubte offenbar, die jugoslawischen Kommunisten nach der Unterdrückung des ungarischen Volkes zu einer Reueerklärung und zur Wiedereingliederung in den Ostblock zwingen zu können. Da sie ihre eigene Verurteilung unterschreiben sollten, verließen sie vorzeitig die Konferenz. Jugoslawien bereitete sofort eine Gegenerklärung zur Moskauer Deklaration vor. Sie wuchs sich zu einem Programm aus, das in deutscher Sprache nicht weniger als 310 Seiten umfaßt. Der Entwurf, der im April 1958 vom VII. Kon-

greß der jugoslawischen Kommunisten zum Beschluß erhoben wurde, war schon im Februar allen Kommunistischen Parteien gestellt worden. Das verletzte den sowjetischen Anspruch auf Hegemonie. Chruschtschow war anmaßend genug, von Tito zu verlangen, daß ihm der Entwurf zur Genehmigung vorgelegt werde — man wollte ihn „verbessern“, bevor er zur Diskussion gestellt wurde²⁵⁰). Tito änderte zwar einige besonders kritische Sätze über die UdSSR und den Warschauer Pakt ab, doch die endgültige Fassung war immerhin noch so, daß sie Wutausbrüche in Moskau auslöste. Das war angesichts der Grundgedanken des Laibacher Programms und Chruschtschows Politik auch verständlich. Belgrad hatte sich die Aufgabe gestellt, den gesellschaftlichen Entwicklungsgang der Welt zugleich mit den Erfahrungen des jugoslawischen Kommunismus zu formulieren.

Als Hauptzug der zeitgenössischen Evolution wurde das Erstarken der staatskapitalistischen Tendenzen in Ost und West herausgestellt; im Westen sei das Verschmelzen des Staates mit der Wirtschaft, im Osten das Verwachsen von Partei- und Staatsapparat zu verzeichnen. Hier wie dort werde die Bürokratie zu einer selbständigen Kraft, die ihre Herrschaft über die Gesellschaft errichte und deren Entwicklung bremse. Der Stalinismus habe auf Machtkonzentration, Verflechtung von Partei und Staat, einseitigem Zentralismus und pragmatischer Verfälschung der marxistischen Lehre beruht. Man könne nur weiterschreiten, wenn diese Wurzeln ausgerottet würden. Der Marxismus, jahrzehntelang hinter der Zeitgeschichte zurückgeblieben, müsse vom pragmatischen Druck befreit werden. Es sei nötig, alle zum Hemmschuh gewordenen Institutionen durch Formen der gesellschaftlichen Selbstverwaltung zu ersetzen. Der Knebelung des kommunistischen Gedankenguts sei durch Entfaltung des freien Meinungskampfes entgegenzutreten²⁵¹).

Die Sozialdemokratie wurde als Bestandteil der Arbeiterbewegung bezeichnet. Man erkannte auch an, daß die westliche Arbeiterschaft eine ganze Reihe bedeutsamer Rechte erworben hat. Obwohl zum Sturz des Kapitalismus auch Gewalt verwendet werden könne, bestehe jetzt die Möglichkeit, im Westen „verschiedene Selbstverwaltungsformen“ — etwa

²⁵⁰) Löwenthal, Chruschtschow und der Weltkommunismus, S. 82.

²⁵¹) Das Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Belgrad 1958, S. 55.

die Beteiligung der Arbeiter an der Leitung nationalisierter Industrien — ohne Revolution durchzusetzen.

Die sowjetische Hegemoniepolitik wurde, wie das schon 1952 geschehen war, abermals als neue Form des Kolonialismus angeprangert.

Jugoslawien betonte nochmals sein Recht auf einen eigenen Weg. Entgegen der Deklaration der Kommunistischen Parteien seien nationale Besonderheiten nicht als zweitrangig, sondern für die betreffenden Länder als entscheidend zu betrachten. Allgemeine Gesetzmäßigkeiten könnten bestenfalls ein grober Rahmen sein, der jeweils durch die betreffende kommunistische Partei ausgefüllt werden müsse.

Die Funktion der Partei wurde im Geiste von Djilas so interpretiert, daß ihre führende Rolle allmählich verschwinden müsse. „Die gesellschaftliche Rolle der Kommunisten Jugoslawiens ist nicht die Rolle einer übergeordneten, von dem Volke getrennten Elite, sondern die Rolle eines gleichberechtigten Teiles der werktätigen Massen.“²⁵²) Dieser Bruch mit der leninistischen Parteitheorie war aber mit dem Bekenntnis zum demokratischen Zentralismus und zur Diktatur des Proletariats verbunden, so daß er ein wenig fragwürdig wirkte.

Um so klarer war die Betonung der Arbeiterselbstverwaltung als Grundlage des jugoslawischen Gesellschaftssystems. Sozialismus bedinge Beseitigung der Lohnarbeit, die nur zu erreichen sei, wenn in allen kommunistischen Ländern die Fabriken in die Verwaltung von Arbeiterräten übergangen. „Bei alledem ist die Tatsache am wichtigsten, daß die Arbeiterklasse nicht Herr ihres Schicksals und so auch nicht zur Haupttriebkraft des gesellschaftlichen Fortschritts werden kann, wenn sie nicht die unmittelbare Kontrolle über die Verwaltung, die Produktion und die Verteilung sicherstellt. In dieser Funktion kann dieselbe kein Regime der staatlichen Kontrolle über den Privateigentümer, kein Staatsapparat und kein staatlicher Direktor ersetzen.“²⁵³) Unter diesem Gesichtspunkt war nur Jugoslawien im vollen Sinne des Wortes ein sozialistisches Land, während sich alle anderen kommunistischen Staaten noch mehr oder weniger auf der Vorstufe des Staatskapitalismus befanden.

Kolakowski hatte ein Jahr zuvor in Polen das internationale Programm des demokratischen

Kommunismus und der „neuen Linken“ umrissen, in Laibach beschloß man das Weltprogramm des Nationalkommunismus. Im ersten Fall war der Sprecher noch eine Einzelperson, im zweiten Fall eine ganze Partei.

Der neue Konflikt

Die Verabschiedung des Parteiprogramms hatte zur Folge, daß die Sowjetunion und die DDR Kredite kündigten, die sie Jugoslawien gewährt hatten. Chruschtschow brachte Tito wieder mit den „amerikanischen Imperialisten“ in Verbindung, und der Nationalkommunismus wurde so dargestellt, als ob er unmittelbar vom amerikanischen und britischen Geheimdienst inszeniert worden sei, um in Osteuropa den Kapitalismus mit Hilfe jugoslawischer Agenten zu restaurieren. Die sowjetischen Führer zeigten sich empört, daß man in Belgrad die „brüderliche Hilfe für das ungarische Volk“²⁵⁴) eine Intervention genannt hatte.

Die sowjetische Strategie einer erneuten Isolierung Jugoslawiens schreckte nicht einmal vor der Taktik zurück, Djilas gegen Tito auszuspielen. In mehreren Fällen wurde behauptet, daß Djilas Buch „Die neue Klasse“ den offiziellen Ansichten Belgrads entspreche. Beispielsweise hieß es in einer tschechoslowakischen Zeitung: „Die Einstellung der jugoslawischen Revisionisten ist in ihrer vulgären Form in dem Buch ‚Die neue Klasse‘ von Djilas enthalten“²⁵⁵). Ähnlich äußerte sich ein sowjetischer Theoretiker namens Butenko²⁵⁶). Das war Belgrad zuviel. Obwohl man Djilas zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt hatte, wurde man dennoch mit ihm identifiziert. Tito erklärte, daß die Geschichte Jugoslawien offenbar einen Leidensweg vorgezeichnet, aber auch die Aufgabe zugewiesen habe, den Kommunismus vor Degeneration zu bewahren, damit er aus dem bestehenden Chaos gestärkt hervorgehe. Die jugoslawischen Kommunisten wurden wieder vom Geist der Partisanen erfüllt.

Ulbricht restabilisiert seine Macht

Die Auswirkungen der ungarischen Revolution und des „polnischen Oktobers“ waren in der DDR auch noch im ersten Halbjahr 1957 zu spüren, doch bald setzte sich wieder die harte Linie durch.

²⁵⁴) Prawda, Moskau, 4. 6. 1958.

²⁵⁵) Pravda, Bratislava, 11. 1. 1959.

²⁵⁶) Sowjetwissenschaft, Ost-Berlin, Nr. 12/58.

Fortwirken der Opposition

Anfang 1957 kam es zu einem Vorlesungsstreik an der Ost-Berliner Humboldt-Universität zugunsten eines Dekans, gegen den ein politisches Disziplinarverfahren eingeleitet worden war. An der Leipziger Universität unterschrieben 155 Studenten eine Resolution, die sich unter anderem gegen den Russisch-Unterricht wandte. An der Technischen Hochschule Dresden tauchten Flugblätter auf und mehrere hundert Studenten demonstrierten vor der Mensa gegen das Verbot, nach dem Westen zu reisen.

Auch bei den Dozenten und Wissenschaftlern gärte es weiter. Jänicke vermutet sogar, „daß das eigentliche Schwergewicht einer politisch zielgerichteten Opposition an den Universitäten und Hochschulen bei den jungen Kräften im Lehrkörper beziehungsweise in den wissenschaftlichen Apparaten lag“²⁵⁷). Er führte als Beispiele drei Oppositionsgruppen junger Wissenschaftler an, die in Ost-Berlin, Leipzig und Halle aufgedeckt wurden. Die Ost-Berliner Gruppe, auch der heimlichen Verbreitung von Schriften Trotzki und Rosa Luxemburgs angeklagt, verlangte Absetzung Ulbrichts, Neubildung der SED-Führung, Aufwertung der Volkskammer zu einem echten Parlament und Umwandlung der Armee in eine Miliz. Die Leipziger Wissenschaftler forderten Pressefreiheit, Bildung unabhängiger Betriebsräte und Auflösung des Staatssicherheitsdienstes, während sich die Haller Opposition zu Harichs Programm bekannt haben soll.

Interesse verdient auch die rein intellektuelle Opposition solcher Wissenschaftler wie der Professoren Kuczynski, Kohlmey und Viehweg. Kuczynski versuchte, die chinesische Hundert-Blumen-Kampagne auf die DDR zu übertragen — „wie der Tau die Blumen tränkt, so nährt der Meinungsstreit die Wissenschaft“, aber „wer möchte behaupten, daß sich die Wege alle im einzelnen gleichen“²⁵⁸). Hier wurde also Mao gegen Ulbricht ausgespielt und zugleich eine nationalere Politik angedeutet. Professor Kohlmey trat für neue Formen der Selbstverwaltung in den Betrieben ein. Professor Viehweg, Direktor des Instituts für Agrarwissenschaften, wollte eine Vielfalt echter Genossenschaften anstelle der Kolchosen. Er schlug auch die Umwandlung der MTS in Reparaturwerkstätten vor, genau das, was Chruschtschow 1958 in der Sowjetunion durchführen sollte.

²⁵⁷) M. Jänicke, *Der dritte Weg*, S. 155.

²⁵⁸) *Einheit* 5/57.

Unterdrückung der Opposition

Der SED blieben die beiden Zentren des anhaltenden Widerstandes, Studentenschaft und Wissenschaft, natürlich nicht verborgen. Acht Studentengruppen wurden verhaftet und zu Zuchthausstrafen verurteilt, darunter der Stauffenberg-Kreis in Jena und der Nationalkommunistische Studentenbund in Dresden. Außerdem ist die Verhaftung von mindestens drei Dozentengruppen bekannt. Professor Kuczynski wurde im März 1958 zur Selbstkritik gezwungen, Professor Kohlmey als Direktor des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts abgesetzt, Professor Viehweg erhielt zwölf Jahre Zuchthaus.

In den Jahren 1957/58 sind allein an sechs Universitäten 65 Verhaftungen erfolgt²⁵⁹). Das hinderte Ulbricht jedoch nicht auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 zu sagen: „Der Marxismus-Leninismus ist die humanste aller Lehren, die es gibt.“²⁶⁰)

Als Exempel für Humanität diente der Harich-Prozeß im März 1957, in dem der Hauptangeklagte wegen Bildung einer „staatsfeindlichen Gruppe“ zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Auch sechs seiner Freunde und Mitarbeiter erhielten Zuchthausstrafen. Harich hat ein eindrucksvolles Schlußwort gehalten, nachdem es sein Ziel war, „durch einschneidende Veränderungen der wirtschaftlichen und politischen Struktur der DDR einen möglichen Volksaufstand überflüssig zu machen... Die Grundlagen des Sozialismus bejahen heißt nicht, die Grundlagen dieses Staates so zu lassen, wie sie augenblicklich existieren, denn dieselben Grundlagen haben in Ungarn zur Revolution geführt.“²⁶¹)

Dieser Prozeß sowie die anderen gegen Studenten und Dozenten haben zu einer Massenfucht der Intelligenz aus der DDR geführt. 1957 flohen 1894, 1958 2522 Studenten in den Westen, 1958 befanden sich auch 208 Hochschullehrer unter den Flüchtlingen²⁶²). Nach einer Diskussionsrede Grotewohls auf dem V. Parteitag der SED ging die DDR-Flucht von Mai 1957 bis Mai 1958 im allgemeinen um 62,4 % zurück, während sie bei der Intelligenz im gleichen Jahr noch um 2,5 % anstieg. Das

²⁵⁹) M. Jänicke, *Der dritte Weg*, S. 144.

²⁶⁰) W. Ulbricht, *Die Sicherung des Friedens...*, Ost-Berlin 1958, S. 11.

²⁶¹) *Einheit* (Ostbüro der SPD), *Das Wort hat Dr. W. Harich*, S. 10.

²⁶²) *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7. 10. 1959.

war nach Ansicht von Hager, Sekretär des Zentralkomitees, ein Aderlaß, den kein Staat auf die Dauer aushalten könne. In dieser Erklärung kündigte sich schon der spätere Mauerbau an.

Ulbricht setzte auf Molotow

Es war deutlich, daß Ulbricht den Widerstand der Intelligenz innerhalb und außerhalb seiner Partei mit allen Mitteln brechen wollte und noch immer eine Politik betrieb, die eher Molotow als Chruschtschow entsprach. Hierfür gibt es zwei Belege. Einem Mitglied des Harich-Kreises wurde kurz vor Beginn des Prozesses vom damaligen Generalstaatsanwalt Melsheimer offen gesagt: „Sie haben auf Chruschtschow gesetzt und zu spät bemerkt, daß Molotow der Mann der Zukunft ist.“²⁶³⁾ Als Chruschtschow im Februar 1957 für eine Wirtschaftsreform plädierte, untersagte Ulbricht die Veröffentlichung seiner Rede in der DDR.

Wahrscheinlich wußte er auch, daß Schirdewan gewisse Sympathien in Moskau genoß. Dessen einflußreiche Gruppe, aus Vertretern der Parteiintelligenz zusammengesetzt, wurde im Februar 1958 aus der Parteiführung ausgeschlossen. Noch zu diesem Zeitpunkt soll Schirdewan eine ähnliche Politik wie in Polen befürwortet haben, weil sonst ein neuer Aufstand zu befürchten sei. Auch Selbmann ergriff das Wort: „Wir haben im KZ gesessen, während die, die heute alles besser wissen, in Moskau Rundfunkreden gehalten haben.“²⁶⁴⁾ Im September 1958 verlor er sein Amt als stellvertretender Ministerpräsident.

Ulbrichts Macht war wieder stabilisiert, ja bis zu einem gewissen Grade umfangreicher denn je. Daß die Wiederbefestigung des Stalinismus in der DDR selbst Sekretäre des SED-Zentralkomitees zur Verzweiflung treiben konnte, bewies der Selbstmord Zillers am 14. Dezember 1957 nach einer Auseinandersetzung mit Ulbricht.

Der SED-Chef knüpfte dort an, wo er 1952 abbrechen mußte, war aber klug genug, sich nach der Ausbootung Molotows in der Sowjetunion gut mit Chruschtschow zu stellen.

²⁶³⁾ M. Hertwig, Die Wahrheit über Wolfgang Harich und seine Freunde, S. 7.

²⁶⁴⁾ Die neue Opposition in der SED, Ostbüro der SPD, S. 9.

Andere Länder

Bulgarien

Der Weg Bulgariens wurde durch den Wiederaufstieg des Stalinisten Tscherwenkoff demonstriert. Tscherwenkoff war 1954 als Parteichef und 1956 auch als Ministerpräsident abgelöst worden. Aber 1958 konnte er bereits wieder die Mehrheit des Zentralkomitees für sich gewinnen, und im Dezember 1959 war er erneut der führende Mann auch im Politbüro der Kommunistischen Partei. Eine Regierungsumbildung sicherte seinen Anhängern die abermalige Vorherrschaft in den obersten Staatsbehörden.

Bulgarien nahm nun Pekinger Kurs. Im Herbst 1958 wurde ein „großer Sprung“ verkündet, um den Übergang zum Kommunismus abzukürzen. Wie in China legte man die Kolchosen sowjetischen Typs zu großen Verbänden zusammen. Am 7. Dezember 1958 berichtete das Zentralorgan der Partei über die Gründung der ersten Volkskommune auf bulgarischem Boden. Doch schon am nächsten Tage erschien — offenbar auf sowjetischen Druck — ein Dementi.

Tscherwenkoff setzte gleichwohl seine Bemühungen fort, Bulgarien zu maoisieren. Noch im Januar 1959 pries er die chinesischen Volkskommunen als Keime des Kommunismus. Gleichzeitig lobte er Mao Tse-tung: „Die Volkskommunen zeigen, daß die die marxistisch-leninistische Lehre meisterhaft anwendende Kommunistische Partei Chinas den rechten Weg des sozialistischen Aufbaus in China gefunden hat.“²⁶⁵⁾

Ab März 1958 erhob Bulgarien Ansprüche auf das jugoslawische Mazedonien. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich, daß Nationalismus und Nationalkommunismus zweierlei sind. Dem Nationalismus geht es um die Befriedigung territorialer Ansprüche und um die Verwirklichung einer Reichsidee — in diesem Fall Großbulgariens —, beim Nationalkommunismus handelt es sich um die Lösung aus der sowjetischen Hegemonie und um eine neue Daseinsform des Kommunismus schlechthin, der in den stalinistischen Fesseln nicht mehr gedeihen kann. Der Nationalismus ist etwas Altes, der Nationalkommunismus etwas geschichtlich Neues. Sie sind verschiedenen Ebenen und Epochen der Politik zugeordnet. Natürlich können sie sich hier und da auch verbünden. Aber ihre Charaktere stimmen nicht überein.

²⁶⁵⁾ Rabotnitschesko delo, Sofia, 15. 1. 1959.

Tschechoslowakei

In der Tschechoslowakei wurde die Revolte der Jugend abgebremsst und die der Intelligenz gewaltsam unterdrückt. Statt des Stalinismus bekämpfte man den Revisionismus. Außerdem eröffnete die Parteiführung einen neuen Feldzug gegen den „bürgerlichen Nationalismus“ unter den slowakischen Kommunisten. Einer von diesen hat später aufgedeckt, daß der hoffnungsvolle Entwicklungsprozeß durch Polizeimethoden unterbrochen wurde. Relativ glimpflich kam noch O. Pavlik — ehemaliger Präsident der slowakischen Akademie der Wissenschaften — davon; er hatte sich im Juni 1956 für eine Reform des Schulsystems eingesetzt und wurde im April 1957 aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen.

Auch in der Tschechoslowakei gab es Ansätze einer Grundsatzdiskussion. Der Schriftsteller Svitak wies auf die Unvereinbarkeit von Propaganda und Wissenschaft, der Philosoph Bartos auf die Fragwürdigkeit des dialektischen Gesetzes der „Negation der Negation“ hin. Sie wurden jedoch ebenso wie der Physiologe Bureš, der gegen die unkritische Übernahme sowjetischer Theorien auftrat, zum Schweigen gebracht.

Gegen jede der verdächtigsten Bevölkerungsgruppen — Studenten, Schriftsteller und Wissenschaftler — sind damals besondere Repressalien eingeleitet worden. An den Universitäten ersetzte man die ordentlichen Aufnahmeprüfungen durch politische Kolloquien, die Einfuhr der polnischen Literatur- und Kulturzeitschriften wurde verboten und die Mitarbeiter der Slowakischen Akademie der Wissenschaften mußten ab Mai 1959 politische Schulungskurse besuchen.

Rumänien

Die rumänische Parteiführung wollte sich gegen eine Wiederholung der Unruhen unter der ungarischen Minderheit sichern. 1957 begann die Rumänisierung dieser Minderheit und ihres autonomen Gebiets. Zunächst jagte eine Säuberungswelle über Siebenbürgen und vor allem über Intellektuelle hinweg. An den ungarischen Schulen wurden rumänische Parallelklassen gebildet, während die ungarischen Klassen in gemischten Schulen aufgelöst werden mußten. Im Juli 1959 verlor die ungarische Bolyai-Universität durch Verschmelzung mit der rumänischen Babes-Universität

ihre Selbständigkeit²⁶⁶). Was war aus dem Prinzip des proletarischen Internationalismus geworden?

Immerhin raffte sich nun auch Rumänien auf, ab Januar 1957 die bäuerliche Zwangsablieferung zu beenden. Im Herbst 1958 wurde aber die Zwangsarbeit wieder eingeführt. Dieses Land erschien der sowjetischen Führung so zuverlässig, daß sie im Sommer 1958 ihre Truppen aus Rumänien abzog.

Albanien

Der albanische Parteiführer Hodscha stellte sich im Februar 1957 öffentlich hinter den ungarischen Stalinisten Rakosi, dessen Politik, wie Chruschtschow später sagen sollte, Budapest in ein Schlachthaus verwandelt hatte. Dennoch konnte im Mai 1959, als Chruschtschow Tirana besuchte, noch keine Trübung des sowjetisch-albanischen Verhältnisses festgestellt werden. Die albanischen Stalinisten freuten sich über das Wiederaufleben des Konflikts Moskau-Belgrad. Albanien hatte übrigens einen geringfügigen Anlaß benutzt, um am 16. August 1958 seinen Gesandten aus Jugoslawien abuberufen und dieses Land zu beschuldigen, ein Terror-System zu unterhalten, das alle unterdrücke, die dem Marxismus-Leninismus treu geblieben seien. Djilas war hiermit sicher nicht gemeint.

Der Westkommunismus

Im Westkommunismus setzte sich die Diskussion über den XX. Parteitag und über die sowjetische Intervention in Ungarn fort. Auch die Abfallbewegung ging weiter. Die Kommunistische Partei Italiens gab für das Kalenderjahr 1955/56 den Verlust von 20 000, für das Kalenderjahr 1956/57 aber den zehnfachen Verlust von 200 000 Mitgliedern zu. Noch schwerer traf sie die Kündigung der Aktions Einheit durch die Nenni-Sozialisten im Februar 1957. Nenni begründete die Kündigung damit, daß die italienischen Kommunisten, trotz des Interviews von Togliatti, die sowjetische Intervention in Ungarn gebilligt hätten. Hatte sich 1956 ein Zersetzungsprozeß erst in Schweden und Holland bemerkbar gemacht, so gerieten nun die kommunistischen Parteien weiterer Länder in den Strudel. Moskau stellte „revisionistische Gruppen“ in Dänemark,

²⁶⁶) Osteuropa Nr. 2/3-1966.

Italien, Österreich, Brasilien, Kanada und in den USA fest. Ihre Gemeinsamkeiten bestanden in Sympathien für Jugoslawien, für die ungarische Revolution und den „polnischen Oktober“.

Doch bliesen auch die Stalinisten zur Sammlung.

Spaltung Kommunistischer Parteien.

In Schweden gründete der Stalinist Persson 1958 den „Kommunistischen Arbeiterverband“, nachdem er den Eindruck gewonnen hatte, daß die Kommunistische Partei dem Revisionismus verfallen sei.

In Holland stellten die Anhänger Brugs eigene Kandidaten zu den Parlamentswahlen vom 12. März 1959 auf und erhielten als Sonderpartei rund 35 000 Wählerstimmen gegenüber 144 000 der offiziellen KP ²⁶⁷⁾.

In der Kommunistischen Partei Brasiliens, der stärksten Lateinamerikas, hatte das sowjetische Eingreifen in Ungarn zu einer großen Diskussion in der kommunistischen Presse geführt. Auf Parteibefehl sollte diese Diskussion Ende Februar 1957 abgebrochen werden. Als die Redakteure sich weigerten, wurden 26 von ihnen entlassen und die Büros der Redaktionen im Handstreich von der Parteiführung besetzt. Hierüber erbittert, erklärte das Präsidiumsmitglied Barate seinen Austritt und bildete eine eigene Vereinigung, der sich außer Kommunisten und Sozialdemokraten auch Nationalisten anschlossen. Sie wurde durch den Parteichef Prestes, der sich 1924 bis 1927 durch seine Guerilla-Kolonie legendären Ruhm erworben hatte, zunächst heftig bekämpft, 1958 aber mehr und mehr unterstützt, so daß die Partei — nun auf den Gegendruck der Stalinisten hin — endgültig auseinanderfiel ²⁶⁸⁾.

Die dramatischste Entwicklung vollzog sich jedoch in Dänemark. Als einzige kommunistische Partei Westeuropas schickte die KP dieses Landes eine Delegation zum Laibacher Parteitag der jugoslawischen Kommunisten, über den von Moskau aus der Boykott verhängt worden war. Die Entsendung der Delegation zeigte den Einfluß Aksel Larsens, der schon seit 1932 an der Parteispitze stand und die Kommunistische Partei dänisieren wollte. Dies

stachelte den Widerstand der Stalinisten an, die noch den überwiegenden Einfluß besaßen und den Parteiapparat beherrschten. Im August 1958 setzten sie einen Beschluß des Zentralkomitees durch, wonach die grundlegenden Thesen des jugoslawischen Programms falsch und für die kommunistische Bewegung schädlich seien. Nun verfaßte und veröffentlichte Larsen im September 1958 ein Memorandum, das die bedingungslose Abhängigkeit der Kommunisten von der UdSSR und das Fortleben der stalinistischen Tradition kritisierte. Die Moskauer „Prawda“ griff ihn als zweiten kommunistischen Parteiführer Westeuropas an. Dem folgten Attacken eines holländischen und eines SED-Stalinisten — erstmals kam es zu Zwistigkeiten zwischen den kommunistischen Parteien des Westens. Chruschtschow schickte seinen Vertrauten Pospelow nach Kopenhagen, damit er auf Larsens Sturz hinarbeite; Tatsächlich wurde er am 15. November 1958 aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Drei Monate später, am 15. Februar 1959, gründete er die Sozialistische Volkspartei. Rund 3000 Kommunisten — fast 20 % der gesamten Mitgliedschaft — gaben ihre Parteibücher zurück und traten in die neue Organisation ein ²⁶⁹⁾. Ihr schlossen sich auch unzufriedene Sozialdemokraten und linke Intellektuelle an. Im Grunde entstand die Sozialistische Volkspartei als eine Form des Nationalkommunismus.

Folgen der Ermordung Nagys im Westen

Es ist aber zweifelhaft, ob Larsen Tausende von Kommunisten in seine neue Partei hätte mitziehen können, wenn der westliche Kommunismus Mitte 1958 nicht von einem dritten Schock heimgesucht worden wäre. Dieser Schock wurde durch die Hinrichtung Imre Nagys und seiner Gefährten in Ungarn ausgelöst. Waren 1956 vor allem intellektuelle Kräfte abgesprungen, so verließen nun auch zahlreiche Arbeiter die kommunistischen Parteien. Ein führender italienischer Kommunist hat später eingestanden, daß es in Italien erst „nach einigen Jahren“ möglich war, den abermaligen Rückschlag wettzumachen und „erneut beträchtliche Kräfte der Intelligenz und der Arbeiter zu gewinnen“ ²⁷⁰⁾. Unter anderem trat der Kulturredakteur der „Unità“ zurück.

²⁶⁷⁾ Ostprobleme vom 3. 4. 1959, S. 221.

²⁶⁸⁾ H. Weber, Konflikte im Weltkommunismus, S. 270.

²⁶⁹⁾ Kommunistische Parteien im Westen, Frankfurt 1968, S. 177.

²⁷⁰⁾ Ferrara in: Probleme des Friedens und des Sozialismus 12/66, S. 1066.

In England erklärte Lewis Horner, kommunistischer Generalsekretär der Bergarbeiter-Gewerkschaft, daß er nicht länger schweigen könne. In Frankreich sah sich Henri Lefévre, einer der brillantesten kommunistischen Theoretiker, zur weiteren Mitarbeit außerstande. In den USA trat das kommunistische Parade Pferd, der Schriftsteller Howard Fast, demonstrativ aus der Partei aus.

In der Schweiz machte das Beispiel Dänemarks Schule, allerdings mit dem Unterschied, daß hier keine neue Partei, sondern eine überparteiliche Vereinigung entstand. Im Kanton Neuenburg wurde Ende 1958 gemeinsam von Kommunisten und Linksozialisten eine „neue sozialistische Linke“ gegründet, zu der ein erheblicher Teil der aktivsten Kommunisten stieß²⁷¹⁾. Im Kanton Genf protestierten zwei Redakteure der kommunistischen Parteizeitung durch ihren Rücktritt. Nach der „Neuen Zürcher Zeitung“ war die Ermordung Nagys und Maleters der Tropfen, der das Gefäß ihrer Auflehnung zum Überfließen brachte.

Die Kommunistische Partei der USA war in ihrer Existenz bedroht. Drei führende Funktionäre — Gates, Charney, Schneidermann — wollten sich von der Sowjetunion auch durch die Trennung vom Begriff des Kommunismus distanzieren. Sie schlugen die Umwandlung der Partei in eine überparteiliche „Assoziation politischer Aktionen“ vor, was ihnen auch beinahe gelungen wäre.

²⁷¹⁾ Neue Zürcher Zeitung vom 15. 2. 1959.

²⁷²⁾ Nollau, Zerfall des Weltkommunismus, S. 103.

Der Nagy-Prozeß trieb die theoretische Besinnung des westlichen Kommunismus weiter voran. Auch hier setzte sich Larsen an die Spitze. Obwohl vor allem wegen seiner Solidarisierung mit Tito ausgeschlossen, ließ ein 1959 von ihm ausgearbeitetes Schriftstück erkennen, daß er sich dem Standpunkt von Djilas näherte, also ebenfalls vom Nationalkommunismus zum demokratischen Kommunismus übergang. Er bezeichnete den Leninismus als veraltet, die Diktatur des Proletariats als falsch und den demokratischen Zentralismus als gefährlich. Das hätte Tito nicht unterschrieben, und damit waren auch die Prinzipien, auf die sich Chruschtschow berief, in Frage gestellt.

In Westeuropa rückten die Kommunistischen Parteien näher zusammen als jemals zuvor. Gewiß hat dieser neuen Entwicklung auch die am 1. Januar 1959 angelaufene Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zugrunde gelegen. Am 1. April 1959 fand eine erste Beratung westeuropäischer Kommunisten statt, deren Auftrag darin bestand, eine größere Konferenz vorzubereiten. Diese Konferenz trat im November 1959 in Rom zusammen. An ihr waren 17 Parteien beteiligt. Vertretern der SED wurde die Teilnahme verweigert²⁷²⁾. So begann die Absonderung des westeuropäischen Kommunismus. Damit trat der Regionalismus als neuer Faktor auf, der die osteuropäische Revolution begünstigen sollte und zum Teil schon eines ihrer vielen Ergebnisse war.

(wird fortgesetzt)